

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Graz hat's ... in der eigenen Hand

GR. **Hohensinner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Stadtrat Rüschi, wertige Damen und Herren auch auf der Galerie, lieber Gemeinderat! Immer wieder werden wir Politikerinnen und Politiker darauf angesprochen, dass die schönsten Grazer Straßen und Plätze im wahrsten Sinne des Wortes von Menschenhand verreckt und verunstaltet werden. Ob es Papierln und Getränkedosen auf Plätzen der Stadt sind, ob es um verschmutzte öffentliche Verkehrsmittel oder massenhaft Zigarettenstummeln an den Haltestellen geht, es ist der Hundekot auf den Spielplätzen, also diese Liste ließe sich wirklich sehr lang fortsetzen, insgesamt entsteht trotz engagierten Einsatzes unserer Wirtschaftsbetriebe ein erheblicher Schaden, beziehungsweise das Stadtbild wird verunstaltet.

An dieser Stelle möchte ich ein großes Dankeschön an jene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wirtschaftsbetriebe aussprechen, die sich tagtäglich einsetzen, dass das Stadtbild schöner wird.

Es scheint „en vogue“ zu sein, seine „Reste“ an Ort und Stelle einfach fallen zu lassen. Der beinahe schon tägliche „Tritt ins Glück“ macht nicht nur glücklich.

Leider hat sich in den letzten Jahren an diesem Bild nichts geändert. Laut Auskunft der Wirtschaftsbetriebe nimmt die nicht ordentliche Entsorgung von Müll in einigen Bezirken sogar stark zu.

Zwar gibt es in der Stadt Graz seit dem Jahre 1978 eine Verordnung über die Straßenreinigung, sie ist nur leider den Bürgerinnen und Bürger kaum bis gar nicht bekannt und wird auch kaum bis gar nicht exekutiert.

Das eigentliche Manko liegt in der teilweise nicht vorhandenen Eigenverantwortung der Menschen.

Zu diesem Thema hätte der von mir gerne ausgesprochene Slogan unserer Stadt in einer leicht abgeänderten Variante „Graz hat’s – Graz hat’s selbst in der Hand“ doppelte Bedeutung.

Wenn die Menschen unserer Stadt, wenn wir selbst, mehr Eigenverantwortung bezüglich der Entsorgung von diversen nicht mehr gebrauchten Dingen zeigen würden, könnten wir selbst einen Teil der Verschönerung unserer Stadt in die Hand nehmen. Natürlich müsste hier unsere Stadt einerseits bewusstseinsbildende Maßnahmen setzen und andererseits auch die notwendigen Rahmenbedingungen setzen. Hier gibt es zwei wirklich sehr schöne Beispiele, nämlich einmal in der deutschen Stadt Nordhausen, ich habe im dringlichen Antrag auch zwei Webadressen angegeben, zum anderen gibt es in Wien eine Kampagne, wo wirklich auf die Eigenverantwortung der Bevölkerung gesetzt wird.

Besonders hervorheben möchte ich auch das Engagement des Umweltamtes im Rahmen des landesweiten "Steirischen Frühjahrspulzes" und da ein Danke nicht nur an das Umweltamt sondern auch an hunderte Bürgerinnen und Bürger, die hier wieder daran teilnehmen werden.

Jüngst ließ Landesrat Johann Seitingner mit einem Reinhaltungsgesetz aufhorchen. Weil die objektive Sauberkeit unserer Stadt nicht nur durch die angesprochenen bewusstseinsbildenden Maßnahmen gesteigert werden kann, ist die Sanktionsmöglichkeit mit einem einheitlichen Bußgeldkatalog über ein entsprechendes Landesgesetz sehr zu begrüßen.

Da ein zukünftiges Reinhaltungsgesetz sicherlich nur so effektiv ist, wie es auch in der Praxis umsetzbar ist, ist es wichtig, dass wir uns als Stadt Graz und dass sich die Stellen der Stadt Graz schon jetzt darauf vorbereiten beziehungsweise dieses Gesetz auch mitbegleiten in der Entstehungsphase.

Die Tatsache, dass Sauberkeit neben ausreichender Beleuchtung, die wesentliche Rolle bei der Beurteilung des subjektiven Sicherheitsgefühls einer Kommune spielt, bestärkt uns in unserem Vorhaben.

Deswegen stelle ich namens der ÖVP folgenden

dringlichen Antrag:

Die Vizebürgermeisterin und Umweltstadträtin Lisa Rücker wird ersucht, gemeinsam mit den zuständigen Stellen der Stadt vor allem folgende Möglichkeiten zu prüfen:

- Umsetzung bewußtseinsbildender Maßnahmen in der Bevölkerung zur Vermeidung der Verunreinigung des Stadtgebietes,
- Mitwirkung an den Vorbereitungs- und Begleitmaßnahmen zur Umsetzung des im Entstehen begriffenen Steiermärkischen Reinhaltungsgesetzes.

Ich möchte auch gleich dazusagen, es gibt auch einen Zusatzantrag der SPÖ, dem werden wir auch zustimmen, das sage ich jetzt schon einmal vorweg. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. Mag.^a Dr.ⁱⁿ. **Sprachmann** zur Dringlichkeit: Ich bedanke mich bei dir, lieber Kurt für diesen dringlichen Antrag. Die SPÖ wird natürlich der Dringlichkeit zustimmen und dann, wie bereits angekündigt, weil wir einfach uns denken, dass die Grazer Bevölkerung auch den Anspruch auf eine gescheite Aktion hat, einen Zusatzantrag stellen, der dann anschließend betreffend den Inhalt verlesen wird (*Applaus SPÖ*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, hoher Gemeinderat, lieber Kollege Kurt Hohensinner! Du stellst hier einen Pro-forma-Antrag, da werden wir natürlich zustimmen, Umweltschutz, da kann man nur ja sagen. Was wir vermissen, sind Lösungen, wir hätten uns in diesem Antrag natürlich mehr Lösungen gewünscht. Du führst auch zwei Beispiele wie Wien aus, auch hier frage ich mich, willst du eine ähnliche Kampagne wie in Wien haben, wo man dann Hundekothaufen in der Glaskugel sieht, ich glaube, das wollen wir in Graz nicht unbedingt. Aber ich glaube hier eher, du willst einen Auftrag an die Bürgermeister Nagl nahe stehende Werbefirma schaffen, damit man auch hier wieder in Form einer Werbemaßnahme ein bisschen ein Zubrot hat (*Applaus FPÖ*). Aber ich komme auch schon zu den positiven Sachen, eine Verschärfung des Reinhaltegesetzes, wie es du für das Land Steiermark forderst, natürlich positiv, wenn einer absichtlich die Stadt verdreckt, der gehört bestraft. Wir erkennen den guten Willen und stimmen zu. Einen Schlusssatz in diesem Sinne noch: Wir wünschen uns weniger City of Design, dafür besser die Kreativität in Lösungen stecken (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu dem Antrag ist natürlich Folgendes zu sagen: Selbstverantwortung ist ein wichtiges Gut, zu dem soll man aufrufen, aber damit soll man nicht, sage ich einmal, wie es der Kollege Roland Lohr gesagt hat, richtigerweise erkannt und gesagt hat, Steuergelder verwenden für medienwirksame Kampagnen, um dieses Ziel wirklich zu verfolgen. Was mich auch an eine Frotzelei erinnert, liebe Kollege Hohensinner, seitens der ÖVP-Fraktion ist, dass ihr bisher im letzten Jahr alles vernachlässigt habt, torpediert habt, ihr wirklich den ursprünglichen Begriff und die ursprüngliche Funktion und Einrichtung der Ordnungswache entsprechend untergraben habt. Ihr habt die Ordnungswache torpediert, ihr habt die Leute abgezogen, ihr habt die Funktionen abgezogen, diese Ordnungswache hätte die Aufgabe gehabt, entsprechend hier Maßnahmen zu ergreifen und alle rechtlichen Ausweitungen, die die Ordnungswache gebraucht

hätte, um dieser Funktion wirklich gerecht zu werden, nämlich ein entsprechendes Anhalterecht zu vereinbaren, die Möglichkeit überhaupt erzielen, dass die Wachorgane überhaupt eine Ausweiskontrolle durchführen können, das habt ihr über den Kollegen Hamedl, über die Kollegen in der Landtagsfraktion absolut verhindert, weil das hätte einer entsprechenden landesgesetzlichen Regelung bedurft. Und jetzt herzugehen und zu sagen, na wir verzichten auf das, wir spielen nicht die Bösen, wir wollen nur die Guten sein, wir wollen nur aufrufen zur Selbstverantwortung, wir wollen uns präsentieren, das ist mir wahrlich zu wenig und daher werde ich diesem Antrag nicht zustimmen, weil er einfach unglaublich ist.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Darf ich zwischendurch einen besonderen Gast auf der Galerie begrüßen. Die ehemalige Kollegin Stadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl ist bei uns, herzlich willkommen (*allgemeiner Applaus*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. Mag.^a Dr.ⁱⁿ. **Sprachmann** zum Antrag: Werte Kolleginnen und Kollegen! Dass Grazer eine schmutzige Stadt ist, das wurde seitens der SPÖ bereits in den verschiedensten Anträgen und Anfragen sehr ausgiebig diskutiert. Bei der Beantwortung einer meiner letzten Anfragen hat Herr Bürgermeister Nagl ebenfalls zugestimmt, nur es hat bis dato keine Änderungen der bisherigen Situation gegeben. Ich möchte ganz kurz auf meinen Kollegen von der FPÖ eingehen, dass keine Lösungen im Antrag vom Kollegen Hohensinner angeboten worden sind, ich denke mir, mit diesem Zusatzantrag seitens der SPÖ können wir von der SPÖ die Lösungen auch anbieten und zwar genau bei, was von Seiten vom Kollegen der FPÖ auch

angeprangert worden ist, und zwar diese Wiener Sauberheitskampagne. Ich muss nämlich sehr widersprechen, diese Wiener Sauberheitskampagne war nämlich eine hervorragende Aktion, es wurde nicht nur Bewusstseinsbildung gemacht unter medialer Begleitung für die Bevölkerung, sondern es wurden auch einzelne Themenschwerpunkte gesetzt. Zum Beispiel betreffend von den Hundstrümmern, die uns sehr oft ins Auge stechen, wurden ausreichende Hundekotsackerl und Wiesenstecker angeboten. Betreffend von den Zigarettenstummeln wurden Aschenrohre mit der Aufschrift „Hast einen Tschik“ hingestellt, es erfolgte eine Sperrmüllentsorgung, es erfolgte die Einführung von Misttagen, von Sauberkeitstagen, ein Misttelefon wurde eingeführt, die verschiedensten Aktionen durchgeführt. Ich denke mir, und das ist auch die Anregung seitens der SPÖ, unsere Grazer Bevölkerung hat das Anrecht darauf, dass eine gescheite Aktion durchgeführt wird und deswegen eben auch unser Zusatzantrag. Ich stelle ihn hiermit und zwar: Davon auszugehen ist, dass allein Bewusstseinsarbeit und Gesetze nicht ausreichen werden, um Straßen, Plätze und Parks sauberer zu machen, wird die zuständige Stadtsenatsreferentin Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rücker beauftragt, die Realisierung einer Sauberheitskampagne – auch unter Berücksichtigung einer möglichen Einbindung des Projektes ERFA - nach Wiener Vorbild prüfen zu lassen. Ich ersuche um Zustimmung des Zusatzantrages. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Schloffer**: Der Herr Gemeinderat Lohr hat gesagt, die Personen, die absichtlich die Stadt verdrecken, gehören bestraft. Was schiach und grässlich und noch dreckig aussieht, ist es jeden Sonntag zum Beispiel jetzt. Wenn die Gratiszeitungen erscheinen mit den dazugehörigen Werbeprospekten drinnen. Alle profitieren wir von der Gratiszeitung, da sind wir sicher, wir sind alle froh, wenn sie für uns etwas abdrucken, aber die werden hingelegt vor jeder geschlossenen Haustüre, vor jedem geschlossenen Geschäft am Sonntag, am Montag sperren die erst auf, dann kommt der Wind, so wie jetzt momentan. Die Feuerbachgasse, der Griesplatz ist voll mit

Zeitungen, Prospekten, dann heißt es, ja das schaut so schiach aus. Die ganzen Packelbandeln rundherum die weißen, werden abgeschnitten, die werden liegen gelassen, die werden nicht entsorgt von den Leuten, die die Zeitungen zustellen. Also ich denke, man könnte da einmal einen heiklen Punkt ansprechen, und ich werde bei der nächsten Sitzung diesbezüglich einen Dringlichkeitsantrag einbringen, ich hoffe auch mit Ihrer Unterstützung, Kurtl und Co zum Beispiel dann, dass man da einmal was anfängt. Die Zeitungen liegen vor jeder Wohnungstüre, wo keiner wohnt. Auf offener Straße, am Gehsteig werden die Zeitungen hingelegt. Das sind wahnsinnige Kilo von Papier und macht das Bild der Stadt Graz sicherlich nicht schöner und da denke ich mir, das wäre ein Punkt, wo wir einmal anfangen müssten, das einzuschränken, aber da muss es irgendeine Vorlage geben, dass die Leute nicht, damit sie ihre Zeitungen anbringen, sie müssen ja pro Stück, wird überall hingelegt, wo überhaupt keiner wohnt, dort werden sie hingelegt, vor den Geschäften am Sonntag, am Montag sperren sie auf. Derweil geht der Wind damit spazieren, das kann es nicht sein und das ist für mich sehr viel Mist. Wie kann man diese Leute bestrafen, die den Mist verursachen, eine Frage. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR. Hohensinner: Danke für die Zustimmung (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Zusatzantrag von GRin. Mag.^a Drⁱⁿ. Sprachmann wurde mit Mehrheit angenommen.

2) Grazer Ostbahnhof darf zu keinem Flüssiggasverladebahnhof werden

GR. **Kraxner** stelle namens von ÖVP, SPÖ, Grünen, KPÖ, FPÖ, BZÖ und GR. Mag. Mariacher folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Kraxner**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mein Antrag handelt vom Grazer Ostbahnhof und um die Gasverladestation, die geplante. Als ehemaliger Bezirksvorsteher vom VI. Grazers Gemeindebezirk habe ich schon in der vergangenen Periode mit meinen BezirksratskollegInnen und den Kollegen aus dem Gemeinderat und dem Bürgermeister Nagl verschiedene Aktionen gesetzt, die die Problematik rund um die Errichtung einer Flüssiggasverladestation auf Selbstbedienungsbasis in unmittelbarer Nähe von dichter Wohnbebauung aufzeigen sollten. Unzählige Presseartikel und andere mediale Möglichkeiten habe ich versucht zu nutzen und mit reger Bürgerbeteiligung diese Gasanlage versucht zu verhindern. Die ÖBB samt ihren Töchterunternehmen haben allerdings entgegen aller Beteuerungen bereits alle baulichen Maßnahmen getroffen, diese Anlage in Betrieb zu setzen. Es gab einen negativen Bescheid des Landes Steiermark, der jetzt im Moment gerade beim Verwaltungsgerichtshof liegt und trotz der ganzen negativen Stellungnahmen von Berufsfeuerwehr, Feuerwehr der Stadt Graz und der FA18e gibt es trotzdem die Bestrebungen der ÖBB, diese Anlage in Betrieb zu nehmen.

Bei so einer Anlage ist vor allem auf die große Gefahr von Flüssiggas hinzuweisen, die schon durch geringe Mengen im Kanalsystem zu einem großen Gefahrenfaktor werden kann. Dieses Verhalten der ÖBB zeigt eindeutig das Ziel nämlich, die Fertigstellung und Inbetriebnahme dieses Projekts um jeden Preis umsetzen zu wollen. Vor dem Hintergrund des Bombenfundes am Grazer Hauptbahnhof werden die Grazerinnen und Grazern wieder einmal vor vollendete Tatsachen gesetzt und es werden Bombenblindgänger hier... Entschuldigung, jetzt muss ich noch einmal bringen. Der Bombenfund am Grazer Hauptbahnhof wird den Grazerinnen und Grazern wieder einmal vor Augen geführt, wie gefährlich in Bezug auf

Bombenblindgänger die Umgebung der Grazer Bahnhöfe noch immer ist. Interessant war in diesem Zusammenhang auch, dass nicht nur eine großräumige Evakuierung rund um den Hauptbahnhof von Nöten war, sondern dass die entstandenen Schäden einen heftigen Streit um die Haftung auslösten – wie wäre dies im Falle einer Explosion am Ostbahnhof, wo vielleicht keine Zeit für einer großräumige Evakuierung bleiben würde? Wer übernimmt da die Haftung für menschliche Opfer beziehungsweise für entstandene Sachschäden?

Wie sehen Notfallspläne im Falle einer Explosionsgefahr aus?

Ich gebe auch zu bedenken, dass im Rahmen des zu beschließenden STEK 4.0 das Gelände östlich und westlich der Conrad-von-Hötzendorf-Straße eines jener Zentren werden soll, wo die Stadt Graz große Entwicklungschancen sieht und verdichtet Hochbauten zulassen möchte.

Bei einem zufälligen Treffen mit Frau Bundesministerin Bures in Wien in einem Kaffeehaus habe ich nochmals auf die Gefahren dieser Selbstbedienungs-Flüssiggasverladestation hingewiesen und sie ersucht, als verantwortliche Ministerin für Verkehr, Innovation und Technologie, alles gegen eine mögliche Inbetriebnahme zu unternehmen. Leider konnte ich keine Zustimmung der Frau Ministerin abrufen, sondern lediglich ein Angebot zu einem persönlichen Gesprächstermin bekommen.

Daher gilt es, alle politischen Kräfte, egal welche politische Ebene, zu mobilisieren, um im Falle eines positiven Erkenntnisses des Verwaltungsgerichtshofes dieses Projekt politisch doch noch zu verhindern.

Um nun keine wertvolle Zeit für politische Verhandlungen mit dem Ministerium zu verlieren, stelle ich heute im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs und aller im Grazer Gemeinderat vertretenen Fraktionen folgenden

dringlichen Antrag:

1. Der Bürgermeister der Landeshauptstadt Graz, Mag. Siegfried Nagl, möge noch im April diesen Jahres mit dem Büro von Frau Bundesministerin Doris Bures Kontakt aufnehmen und sie zu einem Lokalausweis nach Graz einladen, um dann nochmals auf die äußerst ungünstige Lage im Hinblick auf etwaige Bombenblindgänger und die zukünftige Wohn- und Geschäftsbebauung hinzuweisen.
2. Der Gemeinderat möge im Sinne des Motivenberichts die Bundesregierung in einer Petition auffordern, die ÖBB noch vor dem Erkenntnis des VwGH von einer Inbetriebnahme der Flüssiggasverladestation am Grazer Ostbahnhof abzuhalten.
3. Der Grazer Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird weiters ersucht, bei der Findung alternativer Standorte nochmals mit den ÖBB zu verhandeln.

(Applaus ÖVP).

GR. **Grosz** zur Dringlichkeit: Hoher Gemeinderat, Kollege Kraxner! Wir unterstützen den dringlichen Antrag selbstverständlich, er ist gut, er ist richtig und ich glaube, du hast es auch recht gut zum Ausdruck gebracht, wir brauchen eine Allianz aller Parteien hier im Gemeinderat zu einem einheitlichen Standpunkt, auch gegenüber der Bundesregierung, gegenüber der Verkehrsministerin. Ich biete jetzt nur etwas sehr konkret an, wir machen Folgendes: Wir haben nach Ostern Nationalratsitzung, wie du weißt, bin ich ein Geschäftshuber, Doppelfunktionär, auch Abgeordneter zum Nationalrat, ich werde diesen dringlichen Antrag ohne ein Wort zu verändern, also bis auf das Erste mit, „der Bürgermeister möge noch im April des Jahres Kontakt aufnehmen“, weil das können wir uns schenken, aber der Nationalrat fordert die Bundesregierung auf und damit auch die ÖBB, umgehend von der Flüssiggasstation Abstand zu nehmen. Eine gemeinsame EntschlieÙung des Österreichischen Nationalrates und die Flüssiggasstation ist weg. Grundvoraussetzung ist die

Zustimmung meiner Fraktion BZÖ, garantiere ich heute hier, bin Mitglied des Klubpräsidiums, wird zustimmen, Zustimmung der Grünen setze ich fast auch voraus, haben entsprechende Initiativen im Parlament bereits eingebracht, wir auch und das was jetzt wichtig ist, ist, nicht nur die Bundesregierung aufzufordern im Wege einer Petition, sondern wirklich die Entschließung des Nationalrates, die Bundesregierung zu verpflichten und jetzt hast du mein Angebot, wir bringen das ein, in zwei Wochen haben wir Nationalratssitzung, in zwei Wochen ist die Flüssiggasstation vom Tisch, Nationalrat erzwingt die Verkehrsministerin, von diesem Projekt Abstand zu nehmen, alles kein Problem. Grundvoraussetzung, wie gesagt ist, die Mitglieder, zumindest die steirischen Abgeordneten zum Nationalrat der Österreichischen Volkspartei, entsandt hier von der Steiermark, stimmen dem zu, wäre sehr wichtig und die sozialdemokratischen Abgeordneten der Steiermark. Wenn die SPÖ gar nicht mitgeht, weil es die Frau Bures betrifft, dann reicht der ÖVP-Parlamentsklub, der grüne Parlamentsklub, der BZÖ-Parlamentsklub und ich bin mir sicher, bei der FPÖ beim Kollegen Strache, Klubobmann Strache, auch die werden mitgehen und wir bringen eine Vierparteieneinigung im Österreichischen Nationalrat gegen die Flüssiggasstation zustande. Grundvoraussetzung, diese Parlamentarier, auch der Grazer Abgeordnete Schönegger geht mit, na selbstverständlich, auch die Grazer Abgeordnete Ridi Steibl, die gehen mit mit uns und Grundvoraussetzung ist, der Klubzwang wird aufgehoben und wir stimmen nicht hier im Gemeinderat ständig Petitionen ab mit Zustimmung der ÖVP und der SPÖ, und in Wien lehnen es genau die Mandatare dieser beiden Parteien aus Graz stammend, wo Abgeordnete, die in Graz wohnen, lehnen das ständig reihenweise ab, das wäre gescheit. In drei Wochen ist die Flüssiggasstation weg. Kollege Kraxner, nimmst das Angebot an?

GR. **Kraxner:** Ja, warum nicht.

GR. **Grosz**: Super, dann machen wir es, Flüssiggasstation ist in drei Wochen vom Tisch, wir machen eine gemeinsame Initiative im Nationalrat und erzwingen mit EntschlieÙung die Bundesregierung, davon Abstand zu nehmen. Ich werde mir erlauben, dem Gemeinderat in vier Wochen bei der nächsten Sitzung über den Ausgang zu berichten.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Eichberger** zum Antrag: Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es freut mich, dass mein Kollege nicht nur als Gemeinderatskollege, sondern auch Ex-Bezirksvorsteherkollege aus Jakomini hier und heute, was diese ÖBB-Gasumladestation betrifft, aktiv wird, geworden ist. Selbstverständlich, na net, wird natürlich die SPÖ-Fraktion, sie hat der Dringlichkeit ja bereits zugestimmt, wird natürlich auch dem Inhalt zustimmen, weil uns natürlich dieses Thema ganz, ganz wichtig ist und es ist ja nicht so, dass wir heute und hier das erste Mal zu diesem Thema sprechen und wir sind natürlich auch gerne bereit als sozialdemokratischer Gemeinderatsklub, die ÖVP insofern zu stärken und die ÖVP-Fraktion hier zu unterstützen, wenn es darum geht, dem Herrn Bürgermeister um etwas zu bitten und ich sehe das schon als relativ interessanten dringlichen Antrag, dass wir hier jetzt abgesehen von der wirklichen Dringlichkeit und Wichtigkeit der Verhinderung dieser Anlage, dass wir hier heute einen Beschluss fassen, dass der Herr Bürgermeister mit jemanden reden darf, also ich hoffe ja nur, dass das ein einmaliger Ausrutscher ist, weil ansonsten wären wir ja möglicherweise bei jeder Gemeinderatssitzung mit unzähligen dringlichen Anträgen konfrontiert, ob der Herr Bürgermeister irgendeinen Termin wahrzunehmen hat und auch der Herr Bürgermeister irgendjemandem einen Brief schreiben darf. Also das Ganze war etwas sonderbar, ich habe mir eher erwartet, dass innerhalb des ÖVP-Gemeinderatsclubs

einfach auch mit dem Herrn Bürgermeister gesprochen wird, geh sei so lieb, rede mit der Frau Ministerin Bures, rede mit der ÖVP, schau nach irgendwelchen Alternativen. Dass wir dazu jetzt noch einen dringlichen Antrag brauchen, ist etwas sonderbar, weil anscheinend ist dem Freund und Kollegen Bernhard Kraxner entgangen, dass wir am 13. Dezember 2007 hier im Gemeinderat einen gemeinsamen dringlichen Antrag beschlossen haben, SPÖ, ÖVP, KPÖ, Grüne, FPÖ mit dem Inhalt, der Gemeinderat der Stadt Graz möge in einer Petition das Verkehrsministerium und die ÖBB auffordern, von den Plänen für die Errichtung einer Flüssiggasumladestation umgehend Abstand zu nehmen und stattdessen auf einen Alternativstandort außerhalb des Stadtgebietes zurückgreifen. 5. Juni 2008 mündliche Anfrage des Gemeinderates Eichberger an den Herrn Bürgermeister „Welche weiteren Schritte gedenkst du zu unternehmen, um die Gasumladestation am Ostbahnhof doch noch zu verhindern“, mündliche Anfrage auch wieder von meiner Person am 23. April 2009 an den Herrn Bürgermeister „Was haben die bisherigen Verhandlungen am Ergebnis gebracht“ und zuguterletzt darf ich auch noch die zuständige Referentin mit ins Boot nehmen, die Frau Stadträtin Grabner, auch die habe ich gefragt, nämlich konkret am 22. Oktober 2009, was sie gedenkt, hier in Bezug auf die geplante mögliche Umladestation an Sicherungsmaßnahmen einzubringen. Deshalb bin ich heute schon etwas verwundert, ich hätte mir eher vorgestellt, dass der Herr Bürgermeister unter Umständen auch in Form einer Mitteilung kundtut, was ihm bereits gelungen ist, wie der Stand der Dinge ist beziehungsweise auch einen so konkreten Vorschlag vielleicht gebracht hätte, wie der große Verhinderer dieser Umladestation, und ich sehe ja schon das Denkmal fast unten am Ostbahnhof, eines Gerald Grosz, der heute hier ja fast schon erklärt hat, morgen ist diese Gasumladestation Vergangenheit. Aber trotz alledem, bleiben wir bitte dabei, wir kämpfen seit Jahren mit dem Herrn Bürgermeister und anscheinend bis dato vergeblich. Deshalb, wir unterstützen jegliche Initiative. Aber warum ist bis dato noch nichts passiert? Warum hat es diese Gespräche noch nicht gegeben? Warum hat es diesen Lokalaugenscheinverhandlungen noch nicht gegeben? Warum gibt es kein Ergebnis mit den Österreichischen Bundesbahnen...

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Lieber Klaus Eichberger, du bist schon weit über eine Minute über der Zeit.

GR. **Eichberger**: Und ich komme bereits zum Schluss aufgrund des Ersuchens des Vorsitzenden. Wie gesagt, ja zu diesem Dringlichen, ja zu allen Maßnahmen, die zur Verhinderung dieser Umladestation führen, aber bitte, sind wir so ehrlich und ersuchen wir den Bürgermeister, nach über vier Jahren endlich diese Schritte zu setzen, die wir an und für sich ihn schon vor vier Jahren gebeten haben, zu tun. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, liebe Gäste! Ich möchte zu allererst sagen, dass sich mir der Sinn der Rede des Kollegen Eichberger nicht erschlossen hat, das Einzige, was bei mir angekommen ist, dass du offensichtlich mit den falschen Leuten redest, statt dass du endlich hergehst und bei deiner eigenen Ministerin aktiv wirst (*Applaus Grüne*), weil du hast uns aufgezeigt, mit wem du alles seitens der Stadt geredet hast...

Zwischenruf GR. Eichberger: Der Bürgermeister will ja reden.

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**:...welche Fragen du gestellt hast, aber offensichtlich ist dir nicht eingefallen, einmal mit deiner eigenen Ministerin zu reden. Zum dringlichen Antrag selbst, wir unterstützen das selbstverständlich, es hat ja auch eine

entsprechende Initiative (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), wir unterstützen den Antrag selbstverständlich, es hat ja eine entsprechende Initiative gemeinsam mit den Grünen auch im Bezirk gegeben und ich habe mir noch einmal den Bescheid vom Land Steiermark angeschaut, und es ist wirklich erschreckend, da wurde zum Beispiel im Oktober 2006 am Gelände des Ostbahnhofes eine Bombe gefunden und zwar in einer relativ geringen Tiefe, nämlich von 1 bis 1,5 Meter, da hat sich dann herausgestellt, würde so eine Bombe explodieren in einer Entfernung von 800 bis 1000 Meter Trümmer und Splitter fliegen würden, das wäre weit über das Liebenauer Stadion hinaus, das wäre weit über die Lagergasse hinaus, würde tief in die Stadt herein gehen und tatsächlich wäre es so, dass bis zu einem theoretischen Bevölkerungspotential von 16.000 Personen da im Gefahrenbereich wären und beeinträchtigt werden könnten und daher ist es ganz selbstverständlich für uns, dass wir als grüne Fraktion dem dringlichen Antrag zustimmen (*Applaus Grüne*).

GR. **Grosz**: Eigentlich wollte ich mich wirklich nicht mehr zu Wort melden, aber Kollege Eichberger, du hast es regelrecht provoziert. Geht der Herr Abgeordnete Eichberger heraus und kritisiert eine Initiative, dass wir dem Bürgermeister auch namens des gesamten Gemeinderates den Rücken stärken in solchen Gesprächen, erstens und dann sagt dieser Gemeinderat Eichberger, dass es seit 2007 bereits in der Hand der Verkehrsminister gelegen wäre, die Flüssiggasstation abzdrehen. Jetzt erinnere ich den Kollegen Eichberger daran, wer Verkehrsminister im Jahre 2007 war, ein gewisser Werner Faymann, Mitglied eingetragenes bei der sozialdemokratischen Partei Österreichs, jetzt seit 2008 Frau Bures, Mitglied der sozialdemokratischen Partei Österreichs und wenn du schon den Antrag, der wirklich gut ist vom Kollegen Kraxner, das betone ich ja, nur ich glaube nicht an die Umsetzung, aber wenn du das schon so herunterblödelst da, dann wäre es für dich seit 2007 ein Einfaches gewesen, dort anzurufen in Wien, beim Herrn Faymann, bei der Frau Bures zusagen, Freundschaft Genosse, ich bin euer Stadtparteivorsitzenderstellvertreter aus Graz, ich

bin der, der nur mit 82 % gewählt worden ist, mich mögen sie zwar nicht bei der eigenen Gruppe, aber Genossin Bures, hilf uns, bist ja eine von uns, das hast du nicht gemacht. Das rote Telefon nach Wien in die Löwelstraße, dort die Interessen der Steirerinnen und Steirer, der Grazer zu vertreten, dieses rote Telefon hast du nicht bedient, zumal ich dir nicht einmal abnehme, dass du ihre Nummer hast, damit fängst ja die Geschichte an. Denn bei 82 % mögen dich ja nicht nur deine eigenen Leute nicht, sondern die Wiener offenbar auch nicht, das gehört ja auch einmal gesagt. Also wenn du hier die Kompetenz bei anderen einforderst bei so einem wichtigen Thema, dann erwarte ich mir, dass du deine Kompetenz auch einmal geltend machst, sofern du eine hast. Dann mach deine Kompetenz als sozialdemokratischer Gemeinderat der Stadt Graz geltend und schau mit allen anderen Parteien darauf, dass diese Flüssiggasstation nicht gebaut wird, dann rufst deine Genossin Silhavy an und sagst, dass sie bei der nächsten Nationalratssitzung im Mai einen Antrag bekommen wird der Abgeordneten aus der Steiermark, Kunasek, des Abgeordneten Kogler, des Abgeordneten Grosz und da hat sie gefälligst zuzustimmen. Vielleicht schaffst du das mit deiner Kompetenz, anstatt da den Pausenkasperl herunterzureißen, bei einem Thema, das um einiges zu ernst ist.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Kollege Grosz...

GR. **Grosz**: 19 Sekunden...

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Pausenkasperl...

GR. **Grosz**: Nehme ich sofort zurück, nehme ich mit dem Ausdruck meines Bedauerns zurück. Also, einigen wir uns darauf, dass wir wirklich danach trachten, dass dieser Antrag nicht nur eine der vielen leeren Petitionen des Grazer Gemeinderates wird, sondern dass wir wirklich alle auf allen Ebenen, wo wir hin Kompetenz haben oder unser Einfluss reicht, schauen, dass diese Flüssiggasstation der Vergangenheit angehört und dann kehren wir auch die fünf Jahre des Versagens der SPÖ in dem Bereich auch schön nobel zu, damit man im Gemeinderatswahlkampf über euer unseliges Wirken nicht reden müssen.

GR. **Kraxner**: Eingangs möchte ich mich einmal bedanken bei allen Fraktionen für die Zustimmung dafür, dass sie auf den Antrag hinaufgegangen sind. Bei dir Klaus, ich weiß nicht, warum du den Antrag so fehlinterpretiert hast, das verstehe ich nämlich wirklich nicht, es steht niemals drinnen, dass wir den Herrn Bürgermeister ermächtigen zu sprechen, was auch immer, sondern lediglich, dass er bitte noch einmal Kontakt aufnimmt, nachdem er die Frau Bures schon darauf eingeladen hat und ich bitte darum, dass du wirklich dein volles Gewicht da hineinwirfst, dass es zu diesem Gespräch kommt und ich würde mich freuen, wenn man in Kürze einmal feiern können, dass die Flüssiggasanlage nicht kommt (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

3) Maßnahmenkatalog gegen Feinstaub

GRin. Mag.^a **Bauer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. Mag.^a **Bauer**: Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bringe heute einen dringlichen Antrag ein rund um das Thema Feinstaub. Der Hintergrund ist jener, dass wir vor 14 Tagen den Rechnungshofbericht Feinstaubrücklage Verwendung erhalten haben. Darin mussten wir erkennen, dass von den 21 Millionen, die in der Feinstaubrücklage vorhanden waren, nur mehr 3,24 Millionen Euro disponibel verfügbar sind, alles andere ist bereits verbraucht beziehungsweise für Maßnahmen ausgegeben. Maßnahmen, die die Stadt Graz treffen kann, liegen insbesondere im Baubereich, und das ist sehr schade, dass der Herr Bürgermeister nicht da ist, der oberste Zuständige im Baubereich und hier wäre es sehr wichtig zu wissen, wie er es mit der Umsetzung beziehungsweise mit der Anwendung des Erlasses aus dem Jahr 2006 handhaben würde. Hier wurde festgelegt, dass es einen Leitfaden zur Minimierung von Feinstaubemissionen durch Bautätigkeiten gibt und es wird hier den Baubehörden zur Anwendung empfohlen. Insbesondere auch deshalb, weil auch auf Baustellen sogenannte Offroad-Maschinen unterwegs sind, eine Stunde Offroad würde umgerechnet 30.000 Pkw-Kilometer bedeuten. Auch die Frau Vizebürgermeisterin ist bedauerlicherweise nicht da, denn sie betrifft auch ein Punkt, den ich in diesem Antrag anspreche, nämlich der Maßnahmenkatalog, der aus dem Jahr 2008 stammt. Ich fordere hier eine Überarbeitung dieses damaligen Antrages ein beziehungsweise dieses Maßnahmenkataloges und weise auch noch insbesondere auf einen Punkt hin, dass es auch weitere Bereiche beziehungsweise Maschinen oder auch im Bahnbereich Loks gibt, wo man Emissionen in größerem Ausmaß einsparen kann. So bedeutet beispielsweise eine Stunde Vollast der ÖBB-Verschublokomotive 2068 246.000 Pkw-Kilometer. Also hier ist eine Maßnahmen leicht zu setzen und eine enorm hohe Reduktion hinsichtlich der Emissionen zu erreichen, auch wenn man sonst die AutofahrerInnen zu weniger Pkw-Kilometer in einem höheren Ausmaß anhalten, sage ich jetzt einmal vorsichtigerweise, muss. Ich habe in dem dringlichen Antrag drei Stoßrichtungen, das eine ist die Überarbeitung, ich darf das jetzt kurz machen: die Überarbeitung des Maßnahmenkataloges und dieser Maßnahmenkatalog sollte im Gemeindeumweltausschuss vorgelegt werden, das war der Wunsch der Grünen, dem ich auch Folge geleistet habe. Ich habe ursprünglich

gesagt, na ja, es wäre auch ganz gut, dem Gemeinderat diesen Bericht vorzulegen, aber bitte, nehmen wir einmal den Gemeindeumweltausschuss, das ist auch gut. Der zweite ist auch die Maßnahmen, die die Baubehörde im Zusammenhang mit den Baustellen. Nachdem ja sehr viele angekündigt sind, wir marschieren in das Baustellenjahr mit 450 Baustellen, was da hier alles getan wird, und das dritte ist der Punkt mit Offroads beziehungsweise auch mit den Diesellokomotiven. Ich habe heute gehört, dass einiges schon auch in Bewegung geraten ist, es hat heute eine Sitzung auf Landesebene gegeben, sodass eine Ausarbeitung der Offroad-Verordnung in Ausarbeitung ist und im Juni vorgestellt werden soll und dass man sich auch bemüht, hinsichtlich der ÖBB-Lokomotiven etwas zu tun gemeinsam mit der TU, also das sind schon zwei positive Signale, seit ich den Antrag geschrieben habe, das ist mein dringlicher Antrag heute hier im Gemeinderat, ich ersuche Sie um Zustimmung (*Applaus SPÖ*).

GR. Dipl.-Ing. **Topf** zur Dringlichkeit: Ja, Frau Kollegin Bauer, wir werden der Dringlichkeit zustimmen, es ist nur etwas verwunderlich, dass diese Ideen, die durchaus angebracht sind und zu diskutieren sind und durchaus von unserer Seite auch begrüßt werden, nicht im Gemeindeumweltausschuss eingebracht werden. Der Gemeindeumweltausschuss, der sich ja immer wieder zusammensetzt, auch prominent vertreten durch eure Fraktion, beschäftigt sich ja ständig mit Maßnahmen und Verbesserungen durchaus auch jetzt im Hinblick auf die Verbesserungen, die eben im Maßnahmenkatalog oder Adaptierungen notwendig sind. Also diese Ideen bitte ich auch den Herrn Klubobmann, der ja, wie gesagt, prominenter Vertreter deiner Fraktion im Umweltausschuss ist, bitte diese Dinge einzubringen, dort werden sie behandelt, also das mittels eines Dringlichen zu machen, ja wir unterstützen das, aber gerade deshalb gibt es ja den Gemeindeumweltausschuss, wo diese Dinge anzubringen, zu diskutieren sind und natürlich auch letztendlich mit dem zuständigen Landesrat, der jetzt im Umweltbereich hier die entsprechenden Maßnahmen setzen

könnte, das zu diskutieren. Wir werden auch durch diesen dringlichen Antrag, sage ich einmal, ein/zwei Schritte weiterkommen, aber wesentlich sind die Schritte, die im Umweltausschuss dann entsprechend motiviert und unterstrichen dann auch mit den Fachabteilungen des Landes, die ja ein wesentlicher Partner sind, zu diskutieren sein werden (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 16.50 Uhr den Vorsitz.

GR. Mag. **Mariacher**: Kurz zum Kollegen Topf als meinem Vorredner, natürlich gibt es den entsprechenden Ausschuss für diese Themenbereiche, aber es soll im Gemeinderat durchaus darüber hinaus auch die Möglichkeit geboten werden, zu diesen gerade komplexeren Themen Bezug zu nehmen, insofern auch meinerseits Kollegin Bauer Gratulation zu diesem Thema auch zur Aufbereitung. Es ist gleich im ersten Absatz eigentlich ein sehr wichtiges Thema angesprochen, nämlich jene, dass die Feinstaubrücklage, die einmal 20 Millionen ausgemacht hat, schon rapide geschrumpft ist auf knapp drei, 3,2 Millionen Euro. Ich gehe sogar einen Schritt weiter, wir werden nicht nur das sicher zu folgen haben, was die Kollegin Bauer gesagt hat, dass man mit diesem Geld möglichst noch effizienter, noch besser, noch überlegter umzugehen hat und es auszugeben haben, weil dafür ist es vorgesehen, sondern dass wir uns auch ab heute bereits Gedanken machen sollten, was ist, wenn das Geld gar ist? Was ist, wenn dieser Topf geleert ist, gibt es eine Möglichkeit einer Nachfinanzierung auch seitens des Landes oder gibt es Alternativformen, um hier auch zur Feinstaubbekämpfung entsprechende Maßnahmen auch in der Zukunft zu machen, weil ich sage schon zu prophezeien, dass mit den 3,2 Millionen auch effizientest eingesetzten Geldes wir nicht das Auslangen finden werden, um die Situation so ins Reine zu bringen, dass es gesundheitsförderlich und nicht

gesundheitsschädlich und dass wir auch die gesetzlichen Normen internationaler Natur auch einzuhalten haben. Ein Thema, was mich aus dem Antrag interessiert, vielleicht könnte man das auch nachher noch entsprechend analysieren, aufbereiten oder erkunden, das Thema der Offroad-Baumaschinen, die da besonders erwähnt sind als schädlich, die Frage, warum diese Firmen diese Maschinen gerade einsetzen, bekommen die keine Möglichkeiten, möglicherweise Kreditfinanzierung sich neue zu machen? Warum machen sie das, weil ich gehe davon aus, die älteren Maschinen auch nicht unbedingt die wirtschaftlichsten sind. Hier müsste man wirklich auch die Analyse noch entsprechend abwarten, um hier auch gegebenenfalls den Firmen zu helfen, dass hier wirklich diese Umweltschäden wirklich vermieden werden. In diesem Sinne werde ich den Antrag unterstützen. Dankesehr.

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat, liebe Gäste, liebe Frau Kollegin Mag.^a Bauer! Ein wichtiger Antrag Feinstaub, dieses Thema beschäftigt uns ja schon lange, es passiert ja auch schon viel, zumindest seitens des Landes kann ich hier positive Zustimmung zusichern, dass wir natürlich alles beitragen gegen den Kampf, gegen den Feinstaub. Hier sind natürlich nicht nur neue Maßnahmen drinnen, an vielen wird, wie gesagt, schon gearbeitet. Aber kommen wir konkret zu den drei Punkten, die auch im Antrag drinnen stehen. Der erste, hier wird Bürgermeisterin Rücker damit beschäftigt, einen Maßnahmenkatalog und eine Evaluierung ihrer Tätigkeiten vorzulegen. Ja, das ist tatsächlich sehr wichtig, hier ist die Frau Vizebürgermeister gefordert, auch ihre Hausaufgaben zu machen. Ich nenne hier nur einen Punkt, die Straßenreinigung, diese passiert nur mangelhaft in der Stadt Graz. Es kommt vor, und hier hat es eine Änderung auf Grund von Sparmaßnahmen gegeben, dass nicht mehr Parkverbote in den zu reinigenden Straßen aufgestellt werden und hier dadurch, dass die Fahrzeuge natürlich die Straße verparken, die Reinigung nur sehr rasch passiert und sehr mangelhaft, der Dreck wird sozusagen auf den Gehsteig geschwemmt und der Feinstaub bleibt liegen. Also hier auf jeden Fall ist

mehr Geld in die Hand zu nehmen, um wieder die Reinigung sinnvoll und effizient zu gestalten. Punkt zwei beschäftigt sich mit der Staubproblematik bei Baustellen, auch hier habe ich Rücksprache natürlich mit den zuständigen Stellen im Land Steiermark gehalten. Es gibt den sogenannten Baustellenleitfaden, der umfangreiche Maßnahmen bündelt zur Verminderung der Staubbelastung auf Baustellen. Die Arbeitsgruppen sind im Auftrag vom Herrn Landesrat Dr. Kurzmann dabei, dieses Luftreinhalteprogramm zu überarbeiten und prüfen derzeit alle Möglichkeiten einer Verschärfung dieser Regelungen. Diese sind im Baustellenbereich, wie Sie wissen, auch notwendig, weil hier nur Kann-Bestimmungen drinnen sind und das wird sicherlich zu einer Muss-Bestimmung führen. Punkt drei beschäftigt sich mit dem Einbau von Filtern bei Diesellokomotiven, auch das keine neue Idee. Der Vorschlag wurde bereits vor einigen Wochen von der zuständigen Arbeitsgruppe eingebracht, wird derzeit überprüft. Das Hauptproblem liegt darin, dass es noch zu wenige Filtersysteme gibt, die eine entsprechende Haltbarkeit haben. Es gibt Prüfungen durch die technischen Abteilungen, und das Land Steiermark ist auch in diesem Punkt natürlich dahinter, dass eine Umsetzung der Maßnahmen erfolgt. Also wir stimmen der Dringlichkeit zu und unterstützen den Kampf gegen den Feinstaub (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Bgm.-Stvin. **Rücker** zum Antrag: Wir kommen jetzt zur Diskussion des Antrages, gibt es dazu Wortmeldungen? Wenn nicht, melde ich mich selbst zu Wort. Ich bin ein bisschen amüsiert, ich darf als Vorsitzende mich selbst zu Wort melden, das muss ich euch jedes Mal erklären, aber vielleicht wird es irgendeinmal zu merken sein. Die Anregungen, die vom Land, von Seiten des Landes immer wieder kommen, finde ich schon sehr interessant, auch das zum Thema Straßenreinigung usw. Ich habe mir übrigens heute wieder berichten lassen gerade eben aus der Arbeitsgruppe zwischen

Land und Stadt, die nicht vom Herrn Landesrat eingerichtet wurde, das ist leider ein Irrtum, die schon seit Jahren tagt und regelmäßig...

Zwischenrufe unverständlich.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Ja, er kolportiert gerne, als hätte er die eingerichtet, er lässt sich zunehmend von dieser Arbeitsgruppe beraten, das muss ich ihm zugestehen, am Anfang hat er überhaupt ganz andere Ideen gehabt, inzwischen hört er wenigstens, was die Fachleute dort sagen, so lasse ich mir zumindest berichten. Die drei Punkte, die hier abgestimmt werden, ich möchte trotzdem auf diese drei Punkte eingehen. Zum ersten Punkt, natürlich alle, die sich damit beschäftigen, wissen, dass einerseits die Evaluierung zwischen Land und Stadt in der Arbeitsgruppe gerade stattfindet zu den Maßnahmen, die auf dieser Ebene bisher umgesetzt wurden. Gerne werden wir die auch, ich hoffe, dass bis Mai, so wie geplant, auch dieses Ergebnis da ist, dass wir das im Juni dann auch im Gemeindeumweltausschuss vorlegen. Was ich nicht versprechen kann ist, dass wir die zusätzliche städtische Maßnahmen schon bis Juni vorlegen, das könnte September werden, das wäre, nachdem jetzt gerade sehr viel andere Tätigkeiten da sind in Vorbereitung für den nächsten Winter, die eben in Richtung Maßnahmenumsetzung gehen, ein bisschen schwierig werden, aber es gibt eben unterschiedliche Evaluierungsschienen, die eine läuft gerade, das ist die zwischen Land und Stadt für die gemeinsam umgesetzten Maßnahmen. Zum Punkt zwei: Die zuständige Baubehörde, ja, auch mir ein Anliegen, dass es diesen Baustellenleitfaden schon lange gibt und dass er nicht ausreichend umgesetzt wird, ist auch ein Thema in der Stadt. Ich bin froh, wenn das in Form eines dringlichen Antrages auch die Baubehörde wieder daran erinnert wird, dass hier eine Aufgabe ist. Und zum dritten Punkt habe ich eben auch gerade erfahren, dass dieser Bereich in

der Arbeitsgruppe untersucht werden wird. Nur noch eine Anregung zum Herrn Landesrat und seine mannigfaltigen Aktivitäten zum Thema Feinstaub. Der Herr Landesrat hat die Straßenreinigung und den Staub auf der Straße entdeckt, er ist allerdings vor kurzer Zeit beim zuständigen Umweltminister mit seinem Büro gewesen, um dort die umfassenden Maßnahmen der Steiermark vorzustellen, die gegen den Feinstaub gesetzt werden würden. Ich habe berichtet bekommen, dass er quasi hochkant wieder aus dem Büro des Umweltministers hinausgeflogen ist, weil eben die Maßnahmen, die reduzierten Maßnahmen, mit denen der Herr Landesrat derzeit glaubt, den Feinstaub in der Steiermark und insbesondere da in Graz bekämpfen zu können, bei weitem, auch nicht von unserem Bundesminister, da ist noch nicht einmal die EU das Thema, anerkannt werden als ausreichend, um den Feinstaub wirklich effektiv zu bekämpfen. Das heißt, er ist zurück an den Start geschickt worden und ich hoffe, dass es jetzt dazu geführt hat, dass er das erste Mal auch ein bisschen auf die Arbeitsgruppe hört, die ja schon länger fachlich damit arbeitet und dass es dazu führt, dass er doch bis zum Juni das eine oder andere als Maßnahme einbringen wird. Die Stadt Graz macht viel mit dem Feinstaubfonds, das stimmt, viele unterschiedliche Maßnahmen, wir haben auch immer gesagt, dass es unterschiedliche Ansätze braucht, was bisher ausgelassen ist, und das wissen alle hier, ist der Bereich des Verkehrs, der 50 % des Feinstaubes verursacht, das ist nicht nur Baustellenverkehr und nicht nur Diesellokverkehr, sondern insbesondere die ganze Verkehrsbelastung in einem Ballungsraum wie Graz. Hier bin ich neugierig, welche Antworten der Herr Landesrat finden wird, im Juni, wie gesagt, beginnt das Verfahren der EU und auch die Kosten, die dann auf die Steiermark zukommen, werden zu argumentieren sein. Sinnvoller wäre, und da bin ich ganz beim Kollegen Mariacher, das Geld jetzt in einen Feinstaubfonds der Stadt zu überweisen vom Land, als dann als Strafzahlung an die EU zu überweisen. In dem Sinne unterstützen wir den Antrag und ich hoffe, dass wir im Gemeindeumweltausschuss in zwei Etappen diese Berichterstattung auch vornehmen können, die hier von mir gefordert wird (*Applaus Grüne*).

GRin. Mag.^a **Bauer**: Zwei Sätze, das eine, ich bedanke mich für die Unterstützung, der zweite Satz, das Wesentliche ist wirklich, dass dem Feinstaubfonds bald die Luft ausgeht. Wir müssen uns sehr genau aussuchen, welche Maßnahmen mit diesem wenigen Geld, das wir noch haben, gefördert werden und hier muss bestmöglich hinsichtlich der Wirkung, aber, und das ist einen Aspekt auf den ich besonders hinweisen möchte, auch auf den Verteilungsaspekt. Auch der Feinstaubfonds berührt Verteilungsaspekte, also, dass man hier beide noch kommenden zu beschließenden Maßnahmen berücksichtigt. Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

4) Konzept für die Beschäftigung von AsylwerberInnen

GR. **Eichberger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eichberger**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In meinem dringlichen Antrag geht es um die Frage der Beschäftigung von Asylwerberinnen und Asylwerbern bei der Stadt Graz beziehungsweise bei angeschlossenen Organisationen oder NGOs. Ich darf kurz zum Motivenbericht kommen, wie sich der eine oder die andere sicherlich noch erinnern kann, weil es noch nicht allzu lange her ist, haben wir hier im Gemeinderat vor einiger Zeit die Integrationsstrategie der Stadt Graz präsentiert bekommen, in dem unter anderem auch festgeschrieben ist, was von den rund 38.000 in dieser Stadt lebenden Migrantinnen und Migranten erwartet wird – und was sie auch erwarten dürfen, und auch im Zuge dieser Diskussion ist ganz, ganz klar herausgekommen, dass es eben verschiedene Maßnahmen gibt, um Personen mit Migrationshintergrund entsprechend hier in unserer Stadt zu integrieren, brauche ich nicht weiter

ausführen, ob das verstärkt Deutsch-Kurse sind, ob das Ausbau der Schulsozialarbeit und, und, und ist, aber eines, und das ist, glaube ich, auch allen hier in diesem Raum oder zumindest hoffe ich den meisten auch bewusst und bekannt, dass natürlich ein Arbeitsmarktzugang die Integration am Arbeitsmarkt ein ganz ein wesentlicher Faktor in Bezug auf die Integration ist. Und auch die eine oder der andere kann sich vielleicht noch an die sehr treffenden Worte des Herrn Bürgermeisters, Mag. Siegfried Nagl, erinnern in diesem Zusammenhang, der wortwörtlich gemeint hat: „Wer nach Graz kommt, sollte vom ersten Tag an arbeiten dürfen. Dass Migrantinnen und Migranten vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden, sei kontraproduktiv und würde viele in die Kriminalität und nicht genehmigte Arbeitsverhältnisse treiben, wie gesagt, so die Aussage auch des Herrn Bürgermeisters im Zuge dieser Präsentation.

Im Wissen, dass die derzeitigen äußerst beschränkte Arbeitsmöglichkeiten für diese Personengruppe gibt, nämlich nur im Bereich von sogenannten Kontingentsbewilligungen in der Land- und Forstwirtschaft beziehungsweise im Fremdenverkehr, und auf der anderen Seite eine unzureichende Möglichkeit des Zugangs zum regulären Arbeitsmarkt und auch wissend, dass hier die Kompetenz, was mögliche Änderungen dieser Zugangsberechtigungen betrifft, auf Bundesebene liegt, und es eben sehr unsicher ist, ob es zu Änderungen kommt und wenn es zu diesen kommt, ist die Frage auch des Zeitpunkts dieser Änderung sehr ungewiss, wollen wir hier selbst möglicherweise Initiativen setzen.

Die Stadt Graz war im Jahr 2004 bereits Vorreiter in Sachen Beschäftigung von Asylwerberinnen und Asylwerbern, und seit damals sind knapp 40 Personen über die Wirtschaftsbetriebe der Stadt Graz beschäftigt worden.

Mit Ende Februar 2011, um eine aktuelle Zahl zu bringen und damit Sie und ihr auch wisst, in welcher Größenordnung bewegt sich hier ein mögliches Potential an Asylwerberinnen und Asylwerbern, zwei Zahlen nur, das eine betrifft jene Asylwerberinnen und Asylwerber, die in Bundes- und Landesbetreuung stehen, das sind rund 900 hier in Graz von ungefähr rund 2.300, die sich hier in Privatquartieren

oder in organisierten Quartieren in der gesamten Steiermark aufhalten, also wir haben ungefähr einen Anteil von rund 39 % der derzeit betreuten Asylwerberinnen und Asylwerber halten sich in unserer Landeshauptstadt auf.

Für viele vielleicht neu, es gibt ein entsprechendes Grundversorgungsgesetz, das unter anderem beinhaltet, dass AsylwerberInnen, die in Betreuungseinrichtungen von Bund oder Land untergebracht sind, für Hilfstätigkeiten, die im unmittelbaren Zusammenhang mit ihrer Unterbringung stehen oder für gemeinnützige Hilfstätigkeiten für Bund, Land, Gemeinde herangezogen werden können, sofern sie wollen und wenn sie hier Interesse an solchen Beschäftigungsverhältnissen oder Art von Beschäftigungsverhältnissen haben und auch eingesetzt werden, ist diesen Personen ein Anerkennungsbeitrag zu gewähren.

Auch seitens des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz gibt es hinsichtlich der Beschäftigung von Asylwerberinnen und Asylwerbern In Form dieser gemeinnützigen Tätigkeit sehr klare Vorgaben, wenn es, wie gesagt, um diese Bewilligungsfreiheit für diese Organisationen geht.

Im Jahr 2010 hat die Stadt Graz aus diesem Potential rund 37 Asylwerberinnen und Asylwerber beschäftigt. Zurzeit sind rund 16 hier in Beschäftigung bei den Wirtschaftsbetrieben.

Da, wie schon gesagt, einerseits die Beschäftigung einen wesentlichen Beitrag zur Integration darstellt und andererseits wir immer wieder auch natürlich von Vereinen, Organisationen hören, dass es hier sehr viele kurzfristige anlassbezogene gemeinnützige Arbeiten gäbe, könnte ich mir vorstellen, dass man hier unter Umständen einmal erhebt, wie schaut überhaupt die Nachfrage und ein mögliches Angebot für dieses Potential aus.

Und in dem Zusammenhang stelle ich den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl als zuständiger Integrationsreferent wird ersucht, dem Gemeinderat bis zur heurigen Septembersitzung einen Bericht über Erfolge und Misserfolge in der Anstellung von Asylwerberinnen und Asylwerbern als RemunerantInnen vorzulegen. Dieser soll enthalten:

1. die bisherigen Erfahrungen mit dem Einsatz von Asylwerberinnen und Asylwerbern gemäß Grundversorgungsgesetz, das heißt, wir wollen einmal wissen, wie hat es sich bewährt dieser Einsatz, welche Probleme gab es, welche erfreulichen Umstände gab es auf der anderen Seite,
2. eine Überprüfung betreffend weiter gehender Aktivitäten in Hinblick auf Arbeitsmöglichkeiten für AsylwerberInnen im Bereich beziehungsweise Umfeld der Stadt in Kooperation mit Initiativen, Organisationen, NGOs, Holding etc und
3. in Bezug auf diese Punkte 1) und 2) auch ein entsprechendes Konzept, wenn es, wie gesagt, zur Beschäftigung solcher Asylwerberinnen und Asylwerber kommt, unter welchen Gegebenheiten, mit welchen Rahmenbedingungen, mit welcher Struktur soll es das geben für ein solches Projekt.

Ich darf euch in diesem Zusammenhang um eure wohlwollende Zustimmung zu diesem Antrag ersuchen. Herzlichen Dank (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher** zur Dringlichkeit: Ja, Her Eichberger, bei dir kenne ich mich in dem Antrag wirklich nicht aus, welche Zielgruppe du wirklich im Auge hast. Oben schreibst du, es geht um Beschäftigungsmöglichkeiten für AsylwerberInnen, im ersten Absatz ist eigentlich von Migranten die Rede, von 38.000 in Graz, erweckt den Eindruck, es betrifft diese Gruppe. Ich muss sagen, der Antrag zu diesem Thema ist

sicherlich zu einer Unzeit gewählt. Wir stehen vor der Ostöffnung des Arbeitsmarktes, wir wissen noch nicht, wie das wirklich sich auswirkt, und gemeinsam mit deinen Fraktionskollegen in der Arbeiterkammer beschäftigen sich immer mit dem Thema der Erhöhung der Lebenshaltungskosten, insbesondere jetzt der Energiekosten und vieles, vieles andere, was teurer wird und jetzt unterbreitest du einen Vorschlag hier, eine Konkurrenz in der Stadt Graz, wirklich eine Konkurrenz am Arbeitsmarkt wirklich abzubilden, die einfach zu Dumpingpreisen für, ich sage es jetzt einmal nicht abwertend, aber unter Anführungszeichen „niederere, einfachere Dienste“ heranzuziehen ist. Ich finde das absolut nicht in Ordnung, ich bin bei dir in meinem sozialen Verständnis komme ich absolut überein, dass man Asylverfahren für die Asylbewerber wirklich schnell, effizient und korrekt abzuwickeln hat, aber wir wissen alle aus den Quoten, aus den Genehmigungsquoten des Bundes, dass nur eine Minderheit, eine verschwindende Minderheit dieser Asylanträge je nach Nationalität, je nach Herkunftsland erwarten darf, in der Republik Österreich wirklich ein positives Asylverfahren abzuschließen. Das heißt, alle anderen, und das ist die große Mehrheit dieser Personen, genießen in dieser Zeit bei uns ein Gastrecht und es wäre völlig kontraproduktiv gegenüber dem heimischen Arbeitsmarkt und gegenüber den Erwartungshaltungen dieser Menschen, hier diesen Arbeitsmarkt sukzessive zu öffnen und hier sozusagen das Fass der Pandora aufzumachen. Ich werde daher als unabhängiger Gemeinderat diesem Ansinnen nicht zustimmen. Danke.

GR. Mag. **Sippel**: Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat! Für uns kommt dieser Vorstoß der SPÖ, Asylwerbern eine Beschäftigungsmöglichkeit in Graz zu geben, nicht in Frage. Dieser Vorschlag ist ein klarer Beweis dafür, dass sich die SPÖ als Partei der Arbeitnehmer endgültig verabschiedet hat. Ich glaube, Sie sollten auch einmal innerhalb ihrer Partei auf den ÖGB oder auch auf die Kämmerer, auf der Arbeiterkammer, die dort vertreten sind, hören. Nicht einmal in Ihrer Partei würden Sie die Mehrheit oder Zustimmung, breite Zustimmung, auch für dieses Vorhaben

finden, also deshalb handelt es sich hier nicht mehr als um einen Alibiantrag, der auch aufgrund der Tatsache, dass wir das letzte Mal das Integrationskonzept beschlossen haben, jetzt natürlich folgen muss. Angesichts der angespannten Lage am Arbeitsmarkt der Stadt, auch beim AMS Steiermark herrschen ja babylonische Zustände und auch unter Voraussetzung, der Kollege Mariacher hat es ja gesagt, mit 1. Mai gibt es das Ende der Übergangsfrist hinsichtlich der Arbeitnehmerfreizügigkeit, da kann es sich in Wirklichkeit nur um einen verspäteten Aprilscherz handeln mit Ihrem Vorstoß. Angesichts dieser Lage ist Ihr Vorstoß auch abzulehnen, wir Freiheitlichen sagen da strikt nein dazu und zwar nein zu einer Arbeitserlaubnis für Asylwerber, egal in welchem Stadium des Verfahrens sie sich befinden. Aber, und das sage ich auch dazu, die Verfahren sollten natürlich schneller abgewickelt werden und auch beschleunigt werden, damit sich die Frage nach einer Arbeitsgenehmigung gar nicht erst stellt. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Rajakovics:** Ja, lieber Klaus Eichberger, der Antrag ist deshalb dringend, weil tatsächlich es so ist, dass wir in der Stadt Graz die Ersten waren 2005, die begonnen haben, Asylwerbern auch diese Form der Arbeit anzubieten aus zwei wesentlichen Gründen. Erstens, weil wenn Menschen sich lange in unserer Stadt aufhalten und nichts tun dürfen, und das ist einfach so, da kann man sich wünschen, was man will, in der Geschwindigkeit des Asylverfahrens, Menschen halten sich relativ lange in diesem Asylverfahren auf, das heißt, man muss mit ihnen etwas tun, damit sie nicht nur herumsitzen und vor allem, damit sie nicht in Versuchung kommen, andere Tätigkeiten auszuüben, die wir schon gar nicht haben wollen. Die große Diskussion damals war auch schon rund um das Dealen, wir haben in der Caritas damals nachgefragt, es waren innerhalb kürzester Zeit über 200 Namen, die gerne für vier Euro in der Stunde, das ist nicht sehr viel, die Leute sind natürlich untergebracht und versichert, insofern ist es noch vertretbar, bereit waren, zu arbeiten und wir haben jetzt das Problem gehabt, dass durch den Wechsel der Wirtschaftsbetriebe zur

Holding Graz die Gelegenheit genutzt wurde, eben die Zahl drastisch zu reduzieren, die bei uns in den Gartenanlagen, Parks aber auch auf der Straße geholfen haben. Insofern sollten wir uns das genau anschauen, was bringt es, was bringt es nicht, Faktum ist, dass es genug gibt in der Stadt Graz, gerade in diesen Hilfsbereichen, was zu tun wäre, und wir haben heute über Sauberkeit und Ähnliches gesprochen, es gibt Leute, die das tun wollen, wir sollten ihnen da ganz dringend auch diese Möglichkeit wieder einräumen, dann haben wir alle was davon. Jene, die gerne arbeiten wollen und damit auch ein offiziell verdientes Geld dazuverdienen, sie dürfen eh nur maximal 360 Euro im Monat verdienen, wir die eine saubere Stadt haben wollen oder eine gepflegte Parkanlage und letztlich das ganze Thema der Sicherheit, wer ein Einkommen hat, wird sich nicht nach anderen Einnahmequellen umschaun, was, wenn man zwei/drei Jahre nichts tun darf, ja logischerweise die Folge ist. Ich möchte nur darauf hinweisen, wir werden schauen, dass wir da auch noch andere Gebietskörperschaften einbinden, weil wie du hast richtig festgestellt, die Stadt Graz hat damit begonnen, hat auch Briefe geschrieben auch an andere Bürgermeister, aber auch an Gebietskörperschaften öffentlichen Rechts, da auch quasi aktiv zu werden, innerhalb der Stadt Graz da sind wir leider ziemlich, glaube ich, allein geblieben, wenn ich das richtig sehe, da gibt es nicht viele Behörden, es könnten ja auch Bezirkshauptmannschaften oder andere Gebietskörperschaften tätig werden, gerade im Hilfsbereich, ob es Aktentragen oder sonst was ist, aber da ist leider nichts passiert. Das heißt, wir sollten auch schauen, wen können wir sonst noch dazu bewegen. Faktum ist, dass von den 900 Leuten, die da sind, sicher 600 Erwachsene sind und ein Großteil davon eine Zeit lang wird noch warten müssen, bis das Asylverfahren abgeschlossen ist und es allemal besser ist, dass sie im Sinne des Allgemeinwohls tätig werden und auch für die Stadt Graz etwas tun, als dass sie ihre Zeit nur absitzen und dann natürlich auch gebrandmarkt werden von jenen, die jetzt dagegen sind, dass sie faule Hund sind, die uns nur auf der Tasche liegen und dann mit dem Finger auf sie gezeigt werden kann. Insofern gibt es von uns eine Unterstützung und wir werden da sicher zu einer guten Lösung wieder finden (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Auch ich melde mich kurz zu Wort. Auch wir unterstützen die Dringlichkeit in dieser Sache. Ich kann ja berichten, nachdem ja im Bereich der ehemaligen Wirtschaftsbetriebe, jetzt Holdingbereich. Services schon längere Erfahrungen, sehr gute Erfahrungen gemacht wurden mit dem Einsatz von Asylwerbern und Asylwerberinnen, vor allem Asylwerbern, weil es hauptsächlich im Bereich der Straßenreinigung und der Parkpflege stattfindet, dass es sehr sinnvoll wäre, wenn wir immer davon reden, dass Menschen sich ihre Existenz selbst verdienen sollen, dass hier eine Möglichkeit des Zugangs zum Arbeitsmarkt und damit auch ein wesentlicher Schritt zum hier heimisch Sein, auch wenn es nur befristet ist, geleistet wird, deswegen auch von uns die Zustimmung zu diesem Antrag.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. **Eichberger**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herzlichen Dank für die breite Zustimmung. Es war natürlich zu erwarten, dass für manche Kolleginnen und Kollegen mancher Fraktionen der Zeitpunkt nie passt, egal ob jetzt Ostöffnung oder nicht Ostöffnung, ob Sommer oder Winter, es ist das ganze Jahr Kälte bei diesen Menschen, die halt hier sich an das Rednerpult gestellt haben und gegen diese Maßnahmen gestimmt haben. Es geht nicht darum, Kollegen von der FPÖ und Kollege Mariacher, es geht nicht darum um Ersatzarbeitskräfte, es geht nicht um billige Arbeitskräfte, sondern es geht eben darum, und Kollege Thomas Rajakovics hat ja vieles richtig hier auch gesagt, es geht um eine gewisse Win-Win-Situation. Zum einen eine sinnvolle Überbrückung einer Wartezeit, und wir können alle davon schwärmen und hoffen, dass die Bearbeitungsfristen von Asylanträgen immer rascher werden, auf der anderen Seite wird es aber Fälle geben, die nicht von heute auf morgen erledigt werden und das macht mehr Sinn, diesen Menschen eine sinnvolle Überbrückung der Wartezeit zu liefern, als sie darben zu lassen, warten zu lassen in

irgendwelchen Unterbringungsmöglichkeiten und nicht wissen, wo sie ihren Unterhalt bestreiten sollen. Und zum anderen, und da wundert es mich schon bei allem Nichtverständnis mancher Kollegen, was die Frage von Ausländerinnen und Ausländern und Integrationsmaßnahmen betrifft, dass sogar diese Ablehnung von Fremden in unserer Stadt auch dahingeht, dass man sagt, dann ist uns auch egal, wie unsere Stadt aussieht, weil auch die Stadt könnte ja durch diese Beschäftigung von Asylwerberinnen und Asylwerbern einen Nutzen, einen Gewinn haben. Und wenn da manche immer wieder sprechen von liebenswerter, schöner Stadt, wo bleibt denn da das in dem Zusammenhang, dass wir diese Menschen auch dazu gewinnen können, für unsere Stadt aktiv zu werden, und seid mir nicht böse, Kollegen von der FPÖ, es macht ja auch Sinn, dass diese Leute, auch wie gesagt, hier Deutschkenntnisse sich aneignen und wie gesagt, nicht in Zehn-Quadratmeter-Zimmern zu zehnt herumlungern und, wie gesagt, nicht wissen, was sie den ganzen Tag tun müssen. Ich bin etwas enttäuscht, habe es mir erwartet, alles andere wäre für mich natürlich eine positive Überraschung gewesen, ist halt heute nicht passiert, aber trotz alledem danke ich allen anderen, die hier zugestimmt haben und es geht nicht darum, dass wir jetzt Arbeitsmärkte zusätzlich für Asylwerberinnen und Asylwerber öffnen wollen, sondern in dem Antrag, aber da sieht man schon die Kurzsichtigkeit und Blindheit mancher Gemeinderatskollegen, die allein schon, wenn sie hören, AusländerInnen, AsylwerberInnen, sofort ein rotes Tuch sehen oder ein blaues Tuch oder ist ja egal was, sondern in diesem dringlichen Antrag ist es nur darum gegangen, ein Konzept zu erarbeiten, dass wir Strukturen haben, dass wir wissen, wer, wo, wann unter Umständen hier eingesetzt werden kann. In diesem Sinn noch einmal ein herzliches Dankeschön, ich freue mich schon, wenn wir im September darüber diskutieren können, welche Möglichkeiten unter Umständen hier geboten werden können. Danke (*Applaus SPÖ und Teile Grüne*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.15 Uhr den Vorsitz.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

5) Geplante Kürzungen der Steiermärkischen Landesregierung im Behinderten-, Jugendwohlfahrts- und Sozialbereich – Petition an den Steiermärkischen Landtag

GR. **Baumann** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Baumann**: Betrifft: Kälte in diesem Land, hätte ich noch dazusagen können, nach dem letzten Beitrag vom Kollegen Eichberger. Betrifft: geplante Kürzungen der Steiermärkischen Landesregierung im Behinderten-, im Jugendwohlfahrts- und im Sozialbereich. Ich lege eine Petition vor, die der Grazer Gemeinderat an den Steiermärkischen Landtag zu stellen hat. Die Steiermärkische Landesregierung hat massive Kürzungen für die Budgets der Jahre 2011 und 2012 angekündigt. Diese Kürzungen sollen vor allem in jenen Bereichen vorgenommen werden, in denen die Bevölkerung auf das Gemeinwesen angewiesen ist. Sie treffen überproportional und mehrfach Familien, Menschen mit Behinderungen, pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen, Kinder und Jugendliche sowie die Beschäftigten im Jugend- und Sozialbereich. Die geplanten Kürzungen werden also gerade jene Menschen am härtesten treffen, die auf die Unterstützung der Politik, die auf die Unterstützung von uns angewiesen sind.

Aber nicht nur die geplanten Budgetkürzungen in den genannten Bereichen, auch die Einführung der sogenannten bedarfsorientierten Mindestsicherung wird nicht zur Armutsvermeidung beitragen, sondern ganz im Gegenteil zu einer Schlechterstellung von Betroffenen im Vergleich zu den bisherigen Regelungen des Sozialhilfegesetzes führen.

Besonders drastisch werden sich die folgenden Kürzungspläne auf die Lebensqualität und die soziale Situation der Betroffenen auswirken:

Behindertenbereich: Leistungskürzungen für die mobilen Dienste, Kürzungen von Hilfeleistungen für Familien insbesondere der Familienentlastungsstunden, der Entwicklungsförderung, die schon gestrichen ist für Kinder, Kürzung von Betreuungszuschlägen und Tagsätzen für Menschen mit hohem und höchstem Hilfsbedarf, Verschlechterung des Betreuungsschlüssels im stationären Bereich.

Jugendwohlfahrt: Streichung der Sozial- und Lernbetreuung, einer unheimlich wichtigen, niederschweligen Angebot für Kinder, die sich in der Schule schwer tun, deren Eltern keine Lernbetreuung bieten können und die auch keine Nachhilfestunden zahlen können, Streichung der Erstausstattungspauschale für familienpädagogische Pflegeeltern.

Mindestsicherung: 12-malige Auszahlung der Mindestsicherung pro Jahr im Unterschied zur 14-maligen Auszahlung der Sozialhilfe, Reduzierung des Richtsatzes für Kinder und Wiedereinführung des Angehörigen-Regresses.

Kürzung von Fördermittel für Sozialvereine und Fraueninitiativen: Die Folgen der geplanten Kürzungen werden weitreichend sein und auch die Grazer und Grazerinnen treffen. Menschen mit Behinderung und ihre Familienangehörigen werden einen dramatischen Verlust an Lebensqualität hinnehmen müssen. Durch die Verschlechterung des Betreuungsschlüssels und die Einschränkung von mobilen Hilfsleistungen werden die in den letzten Jahren aufgebauten Betreuungsstrukturen gefährdet und heimähnliche Großstrukturen, die ein selbstbestimmtes Leben von behinderten Menschen verhindern, gefördert.

Von der Kürzung der Sozial- und Lernbetreuung werden in der Steiermark allein 1.500 Kinder betroffen sein, die bisher über diese, noch dazu sehr kostengünstige, mobile Unterstützungsform betreut und gefördert wurden. Einsparungen im

Jugendwohlfahrtsbereich schmälern nicht nur die Chancen der Kinder, bei fehlender Unterstützung fallen später wesentlich höhere Kosten in den Bereichen Gesundheit, Arbeitsmarkt und Justiz an. Die Kürzungen im Bereich der Pflegeeltern werden dazu führen, dass sich das Angebot der Pflegeplätze in den Familien reduzieren wird und daher verstärkt auf wesentlich teurere Unterbringungsformen zurückgegriffen werden muss.

Kürzungen im Behinderten-, Sozial- und Jugendwohlfahrtsbereich treffen gerade jene Menschen, die mit schwierigsten Lebenssituationen konfrontiert und besonders von Armut bedroht und betroffen sind. Sie führen zum Verlust von Arbeitsplätzen und verschlechtern die ohnehin schon oft prekäre Arbeitssituation der Beschäftigten in diesen Bereichen. Sie reduzieren die Lebensqualität von Menschen und verschärfen die Armutsgefährdung und bedrohen den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Investitionen in Gesundheit, Gerechtigkeit und Bildung sind Investitionen in eine lebenswerte Zukunft.

Daher stelle ich namens der ALG-Fraktion folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert den Steiermärkischen Landtag am Petitionsweg auf, die geplanten Einsparungen im Behindertenbereich, Jugendwohlfahrtsbereich und bei Sozialorganisationen und Fraueninitiativen zurückzunehmen und die bedarfsorientierte Mindestsicherung zu einem wirksamen Instrument der Armutsbekämpfung und Armutsvermeidung umzugestalten.
2. Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert den Steiermärkischen Landtag am Petitionsweg insbesondere auf:

- die Rechtsansprüche auf sämtliche im Behindertengesetz verankerten Hilfsleistungen sowie der in der UN-Behindertenrechtskonvention garantierten Menschenrechte auf soziale Inklusion und ein selbstbestimmtes Leben zu wahren,
- das Rechts auf ein selbst bestimmtes Leben auch für Menschen mit einem sehr hohen Unterstützungsbedarf zu gewährleisten,
- mobilen Hilfeleistungen den Vorzug vor stationärer Unterbringung zu geben und die unter dem Fokus der sozialen Inklusion entwickelten Betreuungsstrukturen zu sichern,
- den Ausbau der Unterbringung von gefährdeten Kindern und Jugendlichen durch die Bereitstellung entsprechender finanzieller Rahmenbedingungen bei Pflegeeltern sicherzustellen,
- die geplante Streichung der Sozial- und Lernbetreuung für Kinder und Jugendliche sofort zurückzunehmen,
- die Arbeit von Sozialvereinen und Fraueninitiativen längerfristig abzusichern,
- die bedarfsorientierte Mindestsicherung so zu gestalten, dass damit die Existenzsicherung von armutsgefährdeten und von Armut betroffenen Menschen erreicht wird. Dazu zählt insbesondere die 14-malige Auszahlung der Mindestsicherung, die Erhöhung der Richtsätze für Kinder sowie die Rücknahme des Angehörigen-Regresses.

Ich bitte um Annahme nach einer ausführlichen Diskussion dieses dringlichen Antrages. Danke (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, ich darf vielleicht gleich vorschlagen, dass wir den Herrn Gemeinderat Manfred Eber auch bitten, gleich seinen dringlichen Antrag zu stellen. Belastungsbudget des Landes Steiermark, und dass wir sie gemeinsam diskutieren.

6) Belastungsbudget des Landes Steiermark

GR. **Eber** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eber**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fakten seitens der Steiermärkischen Landesregierung liegen im Wesentlichen auf dem Tisch. Die Einschnitte beim Budget bedeuten große Belastungen für die betroffene Bevölkerung und wirken sich auch negativ auf viele Felder der Politik in der steirischen Landeshauptstadt aus.

Es ist in diesem Rahmen gar nicht möglich, auf alle Belastungen im Detail einzugehen und alle Verschlechterungen aufzuzählen, einen Teil hat der Kollege Heinz Baumann ja bereits übernommen. Dazu kommt noch das Aus für den Gratiskindergarten, die Zurücknahme der Finanzierung von zahlreichen Kulturinitiativen, die Streichung der Pendlerbeihilfe, und vor allem auch das Wohnen in Graz ist betroffen. Die Kürzung der Wohnbeihilfe des Landes und der Mittel für die Althausanierung wirken sich sehr negativ auf die Wohn- und Lebenssituation zahlreicher Menschen in unserer Stadt aus und erschweren die Umsetzung bereits beschlossener Programme in diesem Bereich.

Die Einschnitte beim Landesbudget erfolgen nach einem Belastungsbudget des Bundes, das bereits negative Auswirkungen auf die Familien, auf die Studierenden und auf viele andere Teile der Bevölkerung zeigt, die von der Gemeinde von Graz eben nicht aufgefangen werden können.

Statt Druck auf eine Umverteilung von oben nach unten zu machen oder Möglichkeiten der Einnahmenerhöhungen durch sinnvolle Abgaben zu erschließen, wird das Doppelbudget des Landes die soziale Lage vieler Menschen in unserer Stadt verschlechtern, zum Abbau von Arbeitsplätzen führen und auch die Finanzsituation der Stadt Graz sicherlich nicht leichter machen.

Es heißt in diesem Zusammenhang immer, es gibt keine Alternative zu diesem Belastungspaket, zu diesem Schuldenabbaupaket, wie es gerne genannt wird, und ich meine, es gibt sehr wohl Alternativen dazu. Es gäbe zum Beispiel die Möglichkeit der

Einführung einer Nahverkehrsabgabe, wenn man sie einführt, nach dem Vorbild der Wiener U-Bahn-Steuer, der Wiener Dienstgeberabgabe, wo nur Betriebe mit mehr als fünf Beschäftigten betroffen sind, würde das zusätzliche Einnahmen für die Steiermark von rund elf Millionen Euro bedeuten. Es gibt die Möglichkeit, die Abgabe auf Glücksspielautomaten zu erhöhen. Der erste Schritt ist ja bereits gesetzt worden, das würde Mehreinnahmen von 20 Millionen Euro im Jahr bedeuten, wenn nicht organisiert dagegen berufen werden würde und somit die Einnahmenseite da blockiert ist zurzeit. Die Anhebung auf das Wiener Niveau würde weitere 20 Millionen Euro an Einnahmen bedeuten und es gibt, um ein drittes Beispiel zu nennen, die Abgabe auf Stellflächen im Bereich von Einkaufszentren. Diese wären nicht nur umweltpolitisch sinnvoll, sondern würden bis zu zehn Millionen Euro pro Jahr für das Land bringen, das hängt natürlich davon ab, wie man das genau ausgestaltet.

Das Belastungspaket ist ohne Einbeziehung wichtiger Interessensverbände geschnürt worden. Viele Menschen in Graz und in anderen Städten und Gemeinden der Steiermark lehnen diese Vorgangsweise ab und lehnen den Inhalt dieses Belastungspaketes ab, das haben ja auch die wirklich sehr eindrucksvollen Protestaktionen in den letzten Tagen und Wochen bewiesen. Erst am Montag waren 5.000 Menschen in der Herrengasse, am 25. März, vor drei Wochen, waren es 10.000, die durch die Innenstadt und auf dem Hauptplatz demonstriert haben. Noch ist es nicht zu spät, wenn man Änderungen und Verbesserungen erreichen will. In vierzehn Tagen ungefähr debattiert der Landtag über den Budgetentwurf der Landesregierung und am 26. April findet auch eine Großdemonstration, eine neuerliche, statt, zu der nicht nur die Plattform 25, die die bisherigen Aktivitäten organisiert hat dazu aufruft, sondern auch, und das ist natürlich höchst erfreulich, der Österreichische Gewerkschaftsbund. Aus all diesen Gründen sollte der Gemeinderat der Stadt Graz auch heute hier ein Zeichen setzen.

Daher stelle ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs den folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert den Landtag Steiermark auf, das Belastungsbudget abzulehnen, weil es zu einer sozialen Schieflage führt. Danke sehr (*Applaus KPÖ*).

GR. **Grosz** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Das BZÖ wird beiden dringlichen Anträgen seine Zustimmung erteilen und zwar schlichtweg aus einem einfachen Grund: Mit 1. Jänner 2011 ist das größte Belastungspaket auf Ebene der Bundesregierung beschlossen worden. Es ist die Behindertenbeihilfe gekürzt worden, es ist der Zugang zum Pflegegeld erschwert worden, es ist die Familienbeihilfe gekürzt worden, es sind die Vignettenpreise erhöht worden, es ist die Mineralölsteuer erhöht worden, es sind die Kosten fürs Heizen und fürs Autofahren erhöht worden, es ist das tägliche Leben teurer geworden durch eine Anheizung auch der Inflation unter Anhebung von Steuern des täglichen Lebens. Das wäre ja schon allein schlimm genug für sich, nur das Problem ist, dass jetzt wenige Monate danach die steirische Landesregierung auch ihr Budget beschlossen hat und genau in jenen Bereichen Belastungen gesetzt haben, die zuvor bereits von der Bundesregierung belastet worden sind. Das heißt, jene Bereiche, wie Familien, wie behinderte Menschen, wie pflegebedürftige Menschen sind jetzt doppelt gestraft, einerseits durch die Kürzung der Mittel der Bundesregierung und andererseits durch die Kürzung der Mittel durch die Landesregierung. Das heißt, das was man selten erlebt, ist, dass die Steirerinnen und Steirer exklusiv das Schicksal haben, innerhalb von sechs Monaten in ihren Lebensbereichen, und zwar in den genau identen, es trifft genau dieselben Schichten, es trifft genau dieselben Betroffenen, doppelt belastet werden. Es ist nicht so, dass die Bundesregierung gesagt hat, wir konzentrieren uns auf Stiftungen oder wir konzentrieren uns auf Erhöhungen von Abgaben in einem anderen Bereich oder einer Verwaltungsreform,

einer Zusammenlegung, also von Budgetmaßnahmen, die nicht ursächlich und sofort beim Bürger wirksam werden. Nein, die Bundesregierung hat sich darauf beschränkt, ausgabenseitig zu kürzen im Pflege-, im Behindertenbereich und die Landesregierung ist nachgezogen und hat genau in dem Bereich auch gespart und somit trifft es die Menschen in der Steiermark doppelt, und das ist nicht nur eine soziale Katastrophe, sondern das ist ein Schicksal, das die Politik hier, und zwar grausames Schicksal, sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene hier heraufbeschwört. Und daher ist dieses Budget, das die Landesregierung vorgelegt hat, ein soziales Verbrechen, das gestoppt gehört und auch zurückgezogen gehört und auch neu verhandelt werden muss. Der Antrag des Kollegen der KPÖ ist zwar recht nett, der Gemeinderat der Stadt Graz fordert den steirischen Landtag auf, das Belastungsbudget abzulehnen, weil es zu einer sozialen Schieflage führt. Ich sage, nicht nur ablehnen, sondern ein neues Budget vorlegen, sachlicher ist der Antrag der Grünen, ich meine,...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Grosz:** Bitte? Ich meine, jetzt bin ich nicht der Freund der Grünen und will auch nicht die Qualitätsunterschiede...aber da sagt man wenigstens erstens, was man will, was man verbessert werden will, sondern dass das Land ein Budget braucht und soundso soll das Budget ausschauen. Weil nur ablehnen, er kann ja nicht sagen, ich lehne das Wohnbaubudget der Frau Kahr ab, Punkt, dann gibt es nimmer, sondern ich sage, wenn ich das eine ablehne, brauche ich etwas anderes. Das heißt, ich stimme eh zu, aber der Antragstext ist halt so wie eine Presseaussendung formuliert, wir sind dagegen, aber sagen nicht, was anders passieren muss. Ich sage schon, was anderes passieren muss. Wir haben in der Steiermark Kürzungen in sämtlichen Bereichen, nur nicht im Bereich der Parteienförderung. 24 Millionen Euro Parteienförderung aus dem

vorigen Jahr also inklusive der Zusatzdotierung aus dem Oktober 2010, insgesamt 25 Millionen Euro, das sich feinsäuberlich...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Grosz:** Sechs Minuten, doppelte, wir besprechen zwei Dringliche, nein, so ist es. Wir haben in der Steiermark eine Parteiförderung 25 Millionen Euro, die komplett ungekürzt ist, wo im Übrigen es keinen Aufschrei der KPÖ und der Grünen auf Landtageebene gegeben hat. Es hat zwar einen Antrag gegeben, die Parteiförderung ist nicht auszuzahlen und sie ist zu kürzen, aber abgelehnt und zurückgegeben habt ihr sie auch nicht, ihr habt sie genommen, ich sage es nur, ihr habt sie genommen, ihr habt einen Antrag gestellt habt, im Landtag ein Brimborium aufgeführt vor zwei Monaten, aber das Judasgeld habt ihr dann genommen, der sogenannte Judaslohn kurz vor Ostern. Quasi das Geld zu nehmen aus der Parteiförderung aus der erhöhten, aber dann auf der Straße gegen das Budget zu demonstrieren, das ist nicht ganz ehrlich, sage ich auch bei der Gelegenheit. Wir würden uns erwarten, dass das Land Steiermark, dass gespart werden muss ist klar, wir werden bei einem ähnlichen Beispiel, bei der Erhaltung der steirischen Spitäler, beim LKH Hörgas, es genau, Vorschlag, Wald- und Wiesenkliniken gehören geschlossen, na selbstverständlich, aber das LKH Hörgas ist keine Wald- und Wiesenklinik, sondern eine Spezialklinik. Es gehört sinnvoll gespart. Das, was das Land Steiermark hier mit dem Budget vorgelegt hat, ist nicht sinnvoll und stellt soziale Kälte dar und das auf dem Rücken von Menschen, die sich nicht mehr wehren können. Sie können sich nicht mehr wehren, sie können nur mehr auf die Straße gehen, sie sind in ihrer Existenz bedroht, sie sind in ihrem täglichen Leben bedroht, und noch dazu schaffen wir mit dem Budget 5.000 Arbeitslose in der Steiermark mehr. Das ist ja ruinös und daher glaube ich schon, dass

es der SPÖ heute sehr gut anstünde, aber auch der ÖVP zumindest in der Steiermark, in Graz ein Zeichen zu setzen und dieses Budget abzulehnen. Ich weiß schon, dass die soziale Kälte der SPÖ so weit geht, dass man Mieterinnen in Frohnleiten die Heizung nicht einmal mehr zahlt, das habe ich zumindest heute gelesen, also die soziale Kälte ist offenbar eine ganzjährige, aber ich glaube, es ist durchaus hier der Punkt so weit, dass wir sagen, das lehnen wir ab, da setzt die steirische Landeshauptstadt ein klares Zeichen und lehnt sich auch gegen diese Doppelbelastung auf, die Menschen wirklich in den Ruin treibt. Das kann es nicht sein, das ist unseriös, das Budget, wenig Ideenreich und zwingt Leute in den Ruin, und das will keiner.

GR. **Hötzl:** Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister! ich beginne mit dem Abänderungsantrag der ÖVP, bin aber gleich fertig, der ist nämlich sehr allgemein gehalten mit so Floskeln wie prüfen, damit auseinandersetzen, auszuloten, es sind alles nette Floskeln für einen Dringlichen, aber etwas seicht und vor allem zahnlos, aber dem können oder dem werden wir die Zustimmung erteilen. Was den Antrag der Grünen betrifft, so muss gesagt werden, dass er schon um einiges konkreter ist, aber dass manches aus unserer Sicht nicht ganz zutrifft. Die Sparmaßnahmen des Landes, in der Form wie sie beschlossen wurden, müssen grundsätzlich hinterfragt werden. Vor allem im Bereich von Behindertenbetreuung und Kinder- und Jugendeinrichtungen sollte zuletzt gespart werden und nicht zuerst so wie es jetzt geplant oder beschlossen ist. Dennoch sehen wir aber Vereine und NGOs in unserer Stadt, vor allem Sozialvereine, die im Wesentlichen alle dem gleichen Zweck dienen, die aber bisweilen sehr umfangreich durch die Stadt gefördert, wohl gemerkt, alle eigene Verwaltungsstrukturen haben. In dem Zusammenhang muss dann erwähnt werden, dass hier durchaus eine Vereinzusammenlegung und eine Verschlinkung der Organisationsstrukturen wünschenswert wäre, weil danach die Fülle der Subventionen durch die Stadt eingedämmt werden würde. Ich bitte seitens der FPÖ daher beim dringlichen Antrag

der Grünen um die getrennte Abstimmung der Punkte 1 und 2 sowie im Punkt 2 die einzelnen Unterpunkte auch separat abzustimmen. Beim KPÖ-Antrag gilt eigentlich das Gleiche wie für den ÖVP-Antrag, auch sehr allgemein gehalten, auch dem würden wir die Zustimmung erteilen. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Rajakovics:** Selbstverständlich werden wir der Dringlichkeit zustimmen. Liegt in der Natur der Sache, dass wenn in Graz demonstriert wird, wenn Menschen sich in sehr großer Zahl auch zusammenfinden, und zwar Menschen, die nicht normalerweise als Berufsdemonstrierer bekannt sind, dass man auch in der Stadt Graz sehr intensiv darüber nachdenken, was bedeutet dieses Sparpaket innerhalb der Landesregierung? Auf der anderen Seite, und das möchte ich zu Beginn sagen, es wird dann der Kurt Hohensinner noch im Rahmen der Diskussion sich zu Wort melden und auch diesen Abänderungsantrag einbringen, zu dem sich die freiheitliche Partei schon geäußert hat, also den kann ich hiermit auch ankündigen. Wir müssen schon auch eines im Auge haben, dass sozial auch ist, was ich den nächsten Generationen hinterlasse. Wenn ich die Schulden der heutigen Generation schon unseren Kindern, inzwischen schon auch den Enkelkindern, aufhalse, dann ist es halt schwierig zu sagen, na dann lassen wir alles beim Alten, nehmen wir die Urenkel gleich auch noch dazu. Wir nehmen den Generationen nach uns ganz viel an Spielraum, wenn wir uns ständig nur weiter verschulden. Insofern, dass gespart werden muss im Land und dass es rigoros gespart werden muss, das ist notwendig und daran wird auch kein Weg vorbeiführen und insofern haben im Moment ÖVP und SPÖ es nicht leicht, sich da entsprechend auch zu positionieren, weil etwas jemanden wegnehmen, was schon einmal vorhanden ist, was zugesagt wurde, einfach wehtut und mit großen Problemen verbunden ist. Ich glaube, in allen Bereichen gibt es auch ein Potential an Sparen, ich glaube, dass es natürlich, das gilt auch für den Behindertenbereich, der besonders betroffen ist, allerdings wahrscheinlich an ganz anderen Bereichen, man muss sich jetzt, wo das Sparen ausgerufen wurde, schon etwas genauer mit dem

auseinandersetzen, wo man den Sparstift dann tatsächlich ansetzen möchte. Ein Beispiel nur, wenn ich die Freizeitförderung an die Pflegegeldstufe kopple, das heißt, je mehr Pflegegeld, desto mehr Freizeitassistenz, dann ist das einfach ein Denkfehler und der gehört noch korrigiert, weil jene, die relativ geringe Pflegestufe aufweisen sind jene, die am ehesten noch am gesellschaftlichen Leben, und dafür gibt es ja die Freizeitassistenz, teilnehmen wollen und teilnehmen können, während jemand in der Pflegestufe 7 und 8 wahrscheinlich nicht mehr allzu oft am gesellschaftlichen, kulturellen Leben teilnehmen könne, aber besonders aufgrund der Pflegestufe ja sowieso praktisch rund um die Uhr betreut wird, insofern auch jemanden hat, der ihn begleiten kann. Also da sind einfach Feinheiten, die man sich sehr genau anschauen muss. Was wir nicht wollen, und das kommt ein bisschen so heraus aus den ersten Wortmeldungen von Heinz Baumann, aber auch bei dem Antrag der KPÖ, so zu tun, als ob man kann eh irgendwo noch eine Steuer einführen, irgendjemanden wird es schon geben, dem man noch ein Geld abnehmen können, damit wir nichts verändern brauchen.

Zwischenruf GRin. Schloffer: Da gibt es genug.

GR. **Rajakovics:** Das wird so nicht gehen. Nein, aber ich kann dir zu deiner Beruhigung sagen, es hat der Adenauer schon gesagt, ich werde es jetzt ein bisschen abwandeln: „Was manche vom Geld verstehen, ist nur, dass sie es von anderen haben wollen“. So werden wir Politik nicht machen können, das heißt, es ist notwendig, dass das Land Steiermark, das auch im Interesse unserer Stadt das Budget saniert, weil sonst haben wir ein paar Jahren gar nichts mehr zum Verteilen und das ist dann soziale Kälte, und wenn auch unsere Kinder keinen Spielraum mehr haben und unsere Enkelkinder keinen Spielraum haben, selbst noch etwas zu gestalten, dann ist das auch soziale

Kälte. Deshalb, wir werden der Dringlichkeit zustimmen, wir sind selbstverständlich auch dafür und setzen uns auch natürlich innerhalb unserer eigenen Gremien dafür ein, in gewissen Bereichen nachzjustieren, sich genauer anzuschauen, was macht Sinn und was macht nicht Sinn, wo geht es um Overheadkosten, wo geht es um echte Kosten am Menschen, was ist vertretbar, in welchen Bereichen sollte man noch einmal nachdenken, aber eines, zu dem bekennen wir uns, und das muss einfach auch der Ehrlichkeit halber gesagt werden, wenn wir nicht unsere Urenkel auch noch belasten wollen, dann muss irgendwann einmal sich drübertrauen und sagen, wir können nicht einfach so weitermachen, das Budgets innerhalb von fünf Jahren um jeweils 100 % sich verdoppeln und wieder verdoppeln, und irgendjemand wird schon zahlen, weil diese Einnahmen woher kommen müssen, und bisher haben wir den Goldesel noch nicht entdeckt, der uns das Geld ins Budget hineinspielt, dass es auch ausgegeben wurde an Stellen, die nicht optimal waren, kann man auch diskutieren. Faktum ist, es ist jetzt nicht da. Daher gehört gespart mit Augenmaß und genau in einigen Bereichen und da wird der Kurt noch sehr genau darauf eingehen, in einigen Bereichen gehört sicher noch nachjustiert. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Haas-Wippel**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auch wir von der SPÖ sind für Hinterfragungen von Leistungen, von Kosten, auch wir sind für das Sparen, dort wo es sinnvoll ist. Jetzt bewegen wir uns wirklich auf einem dünnen Eis. Wir müssen aufpassen, wo die Tragfähigkeit verloren geht, wir müssen darauf achten, wo das Eis brüchig wird und wo es Brüche gibt und das Eis zu brechen droht, da müssen wir aufpassen und einen Schritt zurückgehen. Und wir sind für soziale Ausgewogenheit, wir sind für soziale Treffsicherheit und wofür wir nicht sind ist, dass auf Kosten der Schwachen und der Ärmsten gespart wird und nicht ein Teil der Gesellschaft die gesamten Sparlasten aufgebürdet bekommt. Deshalb stimmen wir auch der Dringlichkeit zu und wir stimmen auch bei dem zweiten Punkt des Antrages der

Grünen zu mit Ausnahme des letzten Punktes, und da liegt die Begründung darin, dass die Mindestsicherung nicht Teil des Sparpaketes ist (*Applaus SPÖ*).

GR. **Baumann**: Wahrscheinlich weil ich mir nicht alle Argumente, die dann in der Debatte kommen, so merke. Thomas, du bist weit weg von den Sozialvereinen, von den Menschen, von diesen Menschen, die Hilfe anbieten. Sind wir doch froh, in einem Land zu leben, wo es junge Menschen gibt, die den Beruf des Behindertenbetreuers, den Beruf des Familienentlasters, der -entlasterin, der Frühförderin angehen, und mit diesem Beruf kann man keine Paläste, mit diesem Geld kann man keine Paläste bauen. Es sind Menschen, die gerade über der Mindestsicherung, über den Mindestlohn agieren und diese Menschen...

Zwischenruf GR. Rajakovics: Ich habe kein Wort...

GR. **Baumann**: Ich habe dir zugehört, du bist nur weit weg, was die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Sozialorganisationen brauchen, du bist weit weg von dem, was Menschen mit Behinderungen an Hilfeleistungen brauchen, du bist weit weg von dem, ich habe den Diskurs mit dir früher anders geführt, wo es schon sehr wohl auch die Förderungen, die Präventionsmaßnahmen, wie zum Beispiel die Lern- und Sozialbetreuungen wichtiger Teil war, die wird radikal gestrichen, und darüber verlierst du kein Wort, sagst, wir müssen da oder dort ein bisschen ändern. Und Entschuldigung, liebe SozialdemokratInnen, ich war nicht derjenige, der Butter aufs Brot geschmiert hat und dann behauptet hat, da ist zuviel drauf für unsere Behinderten. Allein die Terminologie, allein die Sprachwahl eures Landesrates in dem

Bereich ist so beschämend, so abwertend den Menschen gegenüber in der Behindertenarbeit. Seit 25 Jahren wird in der Steiermark an einem Level der Behindertenarbeit gearbeitet, die letztes Jahr in die LEVO und in die Organisationsform geführt haben, wo wir sagen können, ja das ist ein Level, das ist etwas, wo wir sagen, wo wir stolz sein können, oder Kurt? Ist nicht da, worauf du immer plädiert hast, Menschen mit Behinderung, sie sollen selbständig leben, sie sollen anerkannt leben, dieser Stand, diese Möglichkeit wird mit diesem Sparpaket zerstört. Ihr wisst ja gar nicht, wie viel Kosten euch und uns in den nächsten Jahren auf uns zukommen werden, wenn die Kleinheime, die Behindertenorganisationen, die jetzt zusammengelegt werden sollen, wenn diese Menschen nicht mehr in den kleinen Einheiten betreut werden, wenn diese dann in den Pflegeheimen, den Altersheimen, oder wer weiß wo, die Sozialdemokraten und ihre Kollegen aus der ÖVP die Leute hinhaben möchte, wenn sie dann nicht mehr betreut werden können mit dieser Unterstützung. Diese Antworten möchte ich jetzt dann nach der Abstimmung über die Dringlichkeit führen mit euch. Was sind eure Ideen für Menschen, für Jugendliche, die in einem Elternhaus aufwachsen, wo Eltern keine Möglichkeit haben, sie zu unterstützen beim Lernen, beim Leselernen, beim Lernen der Grundrechnungsarten. Wer soll das machen, die Diskussion ist nach der Dringlichkeitsabstimmung zu führen. Danke (Applaus Grüne).

Die Dringlichkeit des Antrages von GR. Baumann wurde einstimmig angenommen.

Die Dringlichkeit des Antrages von GR. Eber wurde einstimmig angenommen.

StRin. Mag.^a Drⁱⁿ. **Schröck** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, lieber Heinz Baumann! Ich frage mich, ob du meine Stellungnahme zur LEVO gelesen hast, ich glaube es nämlich nicht. Du hast mich gebeten, sie dir zu schicken, ich habe sie dir geschickt, offensichtlich hast du sie nicht gelesen oder vielleicht hast du sie auch nicht verstanden.

Zwischenruf GR. Grosz: Eher.

StRin. Mag.^a Drⁱⁿ. **Schröck**: Ich möchte an dieser Stelle eines sagen als Sozialstadträtin, und Sie wissen alle, dass ich äußerst kritisch bin gegenüber den Sparmaßnahmen des Landes und das bin ich nach wie vor. Aber ich sage auch eines ganz klar, es muss jetzt gespart werden auf Landesebene, es muss gespart werden, und in unserer Verantwortung können wir nicht sagen, dass wir das Sparen einfach komplett aussetzen. Das können wir nicht machen. Das Land ist in einer derartig schlechten finanziellen Situation, dass wir das nicht sagen können. Die Frage ist wie, wie muss gespart werden und da sage ich jetzt eines ganz klar: Mit den derzeitigen Vorschlägen, wie sie jetzt vorliegen, sind wir SozialdemokratInnen aus Graz nicht zufrieden, wir sind nicht zufrieden damit, dass ganze Leistungen im Bereich der Jugendwohlfahrt einfach ersatzlos gestrichen werden, damit kann man nicht zufrieden sein. Es ist schon angesprochen worden die Lern- und Sozialbetreuung im Bereich der Jugendwohlfahrt, damit sind wir natürlich nicht einverstanden. Ich bin auch nicht einverstanden, in das Gesetz, das wir jahrelang immer wieder verbessert haben, wo wir gesagt haben, europaweit wir sind Vorreiter, und das ist das Behindertengesetz, das wirklich das höchste Level in Österreich hat, das traue ich mich sagen, nachdem ich mich auch auf Landesebene sehr intensiv mit diesem Gesetz beschäftigt habe, dass wir hier jetzt radikale Abschlüsse machen und dass

schwerstbehinderte Menschen in stationäre Einrichtungen kommen, da sind wir auch nicht dafür. Und auch bei der Wohnbeihilfe, was die Kürzungen betrifft, da kann man sozialpolitisch nicht dafür sein, aber da kann man auch kommunalpolitisch nicht dafür sein und es hat in der letzten Stadtsenatssitzung diese Stellungnahmen gegeben eben zur LEVO, zur Wohnbeihilfe und auch zur Jugendwohlfahrt und die sind weitestgehend einstimmig von allen Fraktionen beschlossen worden. Und diese Stellungnahmen sind gut und die sind inhaltlich richtig, und das Land soll sich jetzt mit diesen Stellungnahmen von uns auseinandersetzen und soll die Anregungen, die wir da an das Land übermittelt haben, ernst nehmen, das ist ganz klar auch Inhalt des Abänderungsantrages. Und eines möchte ich jetzt schon ganz klar auch Richtung Land sagen, man kann nicht nur bei den Ausgaben sparen, man muss auch bei den Einnahmen sparen, und ich gebe dem Kollegen, ich glaube, der Kollege Eber hat es gesagt, vollkommen Recht, man muss sich überlegen, welche schnellen Möglichkeiten hat man, und man hat zum Beispiel die schnelle Möglichkeit, die Landeslustbarkeitsabgabe zu erhöhen, diese Möglichkeit gibt es und die sollte man auch nutzen und ich möchte auch Richtung Bund sagen, der Bund muss endlich seine Verantwortung wahrnehmen, es muss endlich zu einer Umverteilung kommen, es kann nicht sein, dass immer alles die Kleinen und die Mittelverdiener zahlen, es muss endlich zu einer guten Vermögensbesteuerung auf Bundesebene kommen, es muss eine Erbschaftssteuer geben, eine Schenkungssteuer geben...

Zwischenruf GR. Grosz unverständlich.

StRin. Mag.^a Dr.ⁱⁿ. **Schröck:** Jaja, Herr Gemeinderat Grosz. Und es geht auch darum, endlich die Frage zu lösen, wie gehen wir mit der Pflege in Zukunft um, die wird derzeit ausschließlich aus der Sozialhilfe bezahlt. Ich war jetzt am Montag beim

Städtebund österreichweit im Sozialausschuss und habe mir den Pflegefonds erklären lassen und habe genau nachgefragt und ich kann Ihnen sagen, ich habe noch immer keine Antworten bekommen. Weil jetzt kommt wieder einmal ein bisschen eine Finanzspritze und dann machen wir wieder ein bisschen weiter bei unserem Fleckerlteppich, was die Pflege betrifft, aber strukturelle Änderung kommt vom Bund keine und wir müssen aufschreien, wir als Kommune an den Bund, dass hier endlich langfristige Lösungen möglich sind, weil wir sind ja alle dafür, dass das soziale Netz ein dichtes ist in Graz und in ganz Österreich, weil die Alternative sind US-amerikanische Verhältnisse und die wollen wir alle nicht (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hohensinner:** Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat, liebe Frau Stadträtin Tatjana Kaltenbeck außer Dienst! In meiner inhaltlichen Wortmeldung werde ich jetzt nicht den gesamten Bauchladen diskutieren, weil ich denke, die Mindestsicherung ist einer Diskussion natürlich wert, wir haben sehr oft über die Mindestsicherung diskutiert, nur passt das nicht zum Sparpaket. Man muss sagen, da hat es auch eine Stellungnahme der Stadt Graz gegeben, und das Sparpaket zielt nicht auf die Mindestsicherung ab. Ich habe einen Bereich ausgewählt, wo ich auch in der Arbeit tätig bin, nämlich den Behindertenbereich, und ich habe mich in den letzten Wochen wirklich eindringlichst damit auseinandergesetzt, lieber Heinz, und da möchte ich kurz Stellung beziehen und zwar die Ausgaben, der Thomas Rajakovics hat das schon angesprochen, sind seit 2004 sehr angewachsen, 2004 waren es zirka 100 Millionen, jetzt im letzten Jahr, 2010, sind es in etwa 200 Millionen Euro. Warum sind die Kosten derart gestiegen? Das ist ganz einfach. Bis ins Jahr 2004 waren Menschen mit Behinderung Bittsteller, da war man halt angewiesen, ob man halt gerade die Leistung bekommt oder nicht, ab dem Jahr 2004 hat es ein neues Behindertenhilfegesetz gegeben, Zeit war es, das letzte hat 40 Jahre gebraucht, bis es dann wirklich zu einer Erneuerung gekommen ist, und jetzt sind Menschen mit Behinderung Anspruchsberechtigte.

Der Gemeinderat der Stadt tritt mit folgender Petition an das Land Steiermark heran:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht die Steiermärkische Landesregierung und den Steiermärkischen Landtag, dass – bei aller Notwendigkeit von Sparmaßnahmen aufgrund der angespannten Finanzlage des Landes Steiermark – bei jeglichen Maßnahmen, insbesondere aber in den Bereichen Jugend/Jugendwohlfahrt, Menschen mit Behinderung und Soziales sicherzustellen ist, dass diese nicht zu Lasten der Selbstbestimmung bzw. der Entwicklung dieser Zielgruppen gehen. In diesem Sinne wird der Landesgesetzgeber aufgefordert, sich auf jeden Fall mit den fristgerecht eingebrachten und kritischen Stellungnahmen der Stadt/der Stadtregierung betreffend die in Zusammenhang mit dem Sparkurs geplanten Neuerungen in den Bereichen der Jugend/Jugendwohlfahrt, LEVO und Wohnbeihilfe auseinanderzusetzen.

Des weiteren ist, gemäß Forderung der AK/des ÖGB, unverzüglich die Möglichkeit zusätzlicher Einnahmen auszuloten; darüber hinaus sind Verhandlungen mit dem Bund betreffend nachhaltige Finanzierung der Pflegekosten (Pflegefonds) aufzunehmen, also vom Bittsteller zum Anspruchsberechtigten. Und jeder, der mit Menschen mit Behinderung arbeitet, merkt und weiß, was das für Menschen mit Behinderung bedeutet. Früher war das Ziel, und das war, wie ich angefangen habe in der Behindertenarbeit, da habe ich ein Praktikum in Kainbach, ich glaube es ist doppelte Redezeit, ich brauche mich da nicht irritieren lassen, da habe ich angefangen, das war vor zirka 15 Jahren, und da waren die drei S schlagend, satt, sicher, sauber, da hat man schwer- und schwerstbehinderte Menschen mit Medikamenten ruhiggestellt, also das ist jetzt nicht nur in Kainbach gewesen, das war durch die Bank ziemlich überall. Natürlich hat man dann wenig Personal gebraucht, nur kann das sicher nicht die Lösung sein und auf das darf es nicht hinauslaufen. Heute schaut es so aus, dass ein selbst bestimmtes Leben möglich ist. Ich habe selber einen guten Freund, den Alexander Czech, also da merkt man, dass wie der mit Mitteln, auch aus dem Behindertenhilfegesetz, sein Leben allein meistern kann. Andere Leute mit so einer Behinderung sind oft in anderen

Bundesländern vollstationär irgendwo untergebracht, er schließt jetzt sein Jus-Studium ab. Dieses Gesetz wird auch, wenn es jetzt in dieser Art und Weise umgesetzt wird, da hast du Recht, wieder die Leute eher vollstationär unterbringen und nicht mehr in den eigenen vier Wänden belassen. Noch einmal, 2004 100 Millionen, 2010 200 Millionen. Und das hat der Thomas schon gesagt, wenn wir so weitermachen, werden wir die Leistungen in Zukunft, wenn sich das immer wieder verdoppelt, werden wir überhaupt keine Leistungen mehr zusammenbringen, das muss uns auch klar sein, wird nicht mehr gehen, wenn das immer sich verdoppelt, dann sind wir bei 300 Millionen, dann bald bei 600 Millionen, das kann sich einfach nicht ausgehen. Das lineare Sparen, was jetzt vom Land vorgeschlagen wird, sehe ich in vielen Bereichen als eine mögliche Lösung; in dem sozialen Bereich und vor allen im Behindertenbereich sehe ich es als problematisch an, ich glaube, dass das Land hier ein differenziertes Sparen anwenden sollte und genau das, und jetzt komme ich auf die Martina Schröck zu sprechen, haben wir schon in Stellungnahmen angeregt. Die Martina wird es bestätigen, ich habe mit ihr sehr frühzeitig Kontakt aufgenommen, habe gesagt, wir werden da eine Stellung beziehen müssen als Stadt Graz. Es hat einen Erstentwurf gegeben, wir haben den nachher noch einmal überarbeitet, ich habe auch gebeten, dass der Heinz Baumann diesen Entwurf bekommt, den hat er zugemailt bekommen; was ich weiß, hat er überhaupt keine Antwort gegeben, was ihr alle wissen müsst, was Sie wissen müssen, ist, das Land hat uns die Möglichkeit gegeben, bis 12. April Stellung zu beziehen, das haben wir gemacht in der Jugendwohlfahrt und auch im Sozialbereich, damit das Land unseren Vorschlag auch mit einarbeiten kann. Diese Frist ist abgelaufen, heute haben wir den 14. April und jetzt diskutieren wir so eine wichtige Sache und machen diese Diskussion zum parteipolitischen Spielball. Das finde ich nicht richtig, Heinz, wirklich nicht. Aber ich mag noch einmal zu den Beispielen kommen, dass man sich das, wenn man jetzt nicht in dieser Arbeit ist, besser vorstellen kann. Seit 2004 haben Menschen mit Behinderung einen Rechtsanspruch, man kriegt nach Begutachtung, da gibt es das IHB-Team, da bekommt der Mensch mit Behinderung einen

Bescheid und eine Leistung zugewiesen auf Jahre. Viele Menschen haben jetzt auf drei Jahre einen Bescheid, haben sich eingestellt, haben geglaubt, sie sind hier rechtssicher für die nächsten drei Jahre, und das Land hat vor, im Herbst einzugreifen in das Gesetz, damit man über Amtswege die Stundenkontingente dann abändern kann. Also das sehe ich als äußerst problematisch an, dass man in bestehende rechtskräftige Bescheide eingreift. Ein weiterer Punkt, das hat der Heinz und der Thomas schon angesprochen, aus dem Schwer- und Schwerbehindertenbereich betrifft, dass hier gekürzt wird und eben keine kleineren Einheiten dann mehr möglich sein werden. Es wird wieder in Richtung größere Einrichtungen gehen. Ich habe ein Beispiel, ich habe gestern mit jemandem gesprochen, nach dem momentanen Stundensätzen zehn Kunden werden begleitet, dort sind zwei Begleiter und ein Zivildienstler, nach der LEVO, wenn das eben schlagend wird, kann nur mehr ein Begleiter und ein Zivildienstler sein für zehn Leute. Das heißt, es werden wieder solche Zustände herrschen, dass zehn Leute dann durch die Straßen gehen mit einem Begleiter, das ist keine Integration, schon gar keine Inklusion. Die mobilen Dienste, ein Familienentlastungsdienst, wir haben jetzt einmal da diskutiert und haben einem Kind ermöglicht, dass das Kind zu Hause unterrichtet wird, ich weiß nicht, ob ihr euch an den dringlichen Antrag erinnert. Ich war bei dieser Familie zu Hause, da begleitet ein Ehepaar ihr Kind tagtäglich 365 Tage im Jahr zu Hause. Der Familienentlastungsdienst ist dafür da, dass der nach Hause kommt und dass die Eltern einmal auch was anderes machen können. Da wird massiv eingespart, bei der Wohnassistenz, die wird nur mehr als Starthilfe akzeptiert, das heißt, die Begleitung, dass jemand in den eigenen vier Wänden bleiben kann, die wird es nicht mehr geben, sondern wenn einer eben nicht Aussicht hat, dass er ohne Wohnassistenz auskommt, dann wird das auch gar nicht mehr genehmigt werden und die Freizeitassistenz, die Verena Ennemoser hat mir, ich hoffe, ich darf das erzählen, einmal eine Geschichte erzählt, es gibt eine Dame im Rathaus, die hat eine Behinderung und die macht hier eine Tätigkeit und die war immer so schlecht gelaunt, und eines Tages war sie total fröhlich und die Verena hat gefragt, was ist

los und die Dame hat halt nachher gesagt, ja sie bezieht Freizeitassistenz und sie hat die Möglichkeit, jetzt bei Freizeitaktivitäten teilzunehmen und ich glaube, das ist eine schöne Sache, da werden die Stunden von 300 auf 20 oder 30 im Jahr runterreduziert, dann können die Leute an zwei/drei Ausflügen teilnehmen, das ist zu wenig. Aber ich möchte noch einmal sagen, gar nicht zu sparen in dem Bereich, das ist ein Wunsch ans Christkind. Natürlich würden wir uns das alle wünschen, aber es geht nicht, wir müssen die Zukunft absichern, dass in Zukunft die Leistungen auch noch möglich sind. Deswegen sagen wir, nicht linear sparen, sondern differenziert, wir haben die Vorschläge bereits, am letzten Freitag war es, glaube ich, oder vorletzten Freitag, im Stadtsenat beschlossen, die Stellungnahme vom Detlev einstimmig und die von der Martina Schröck, glaube ich, da haben alle mitgestimmt bis auf die KPÖ. Wir haben das einmal an das Land weitergegeben fristgerecht, nicht so wie heute, dass man im Nachhinein das dann noch einmal diskutiert, ich hoffe, dass wir noch Einfluss nehmen können, und wir haben einen Abänderungsantrag vorbereitet: Den Punkt 1 werde ich kurz vorlesen, Punkt 2 ist ident bis auf den letzten Punkt, Mindestsicherung hat mit dem Thema aus meiner Sicht nichts zu tun. Ganz genau, in unseren beider Namen und zwar:

„Der Gemeinderat der Stadt tritt mit folgender Petition an das Land Steiermark heran:

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht die Steiermärkische Landesregierung und den Steiermärkischen Landtag, dass – bei aller Notwendigkeit von Sparmaßnahmen aufgrund der angespannten Finanzlage des Landes Steiermark – bei jeglichen Maßnahmen, insbesondere aber in den Bereichen Jugend/Jugendwohlfahrt, Menschen mit Behinderung und Soziales sicherzustellen ist, dass diese nicht zu Lasten der Selbstbestimmung beziehungsweise der Entwicklung dieser Zielgruppen gehen. In diesem Sinne wird der Landesgesetzgeber aufgefordert, sich auf jeden Fall mit den fristgerecht eingebrachten und kritischen Stellungnahmen der Stadt/der Stadtregierung betreffend die in Zusammenhang mit dem Sparkurs geplanten

Neuerungen in den Bereichen der Jugend/Jugendwohlfahrt, LEVO und Wohnbeihilfe auseinanderzusetzen.

Des weiteren ist gemäß Forderung der AK unverzüglich die Möglichkeit zusätzlicher Einnahmen auszuloten; darüber hinaus sind Verhandlungen mit dem Bund betreffend nachhaltige Finanzierung der Pflegekosten beziehungsweise Pflegefonds aufzunehmen.

Mir ist das wirklich ein Anliegen, noch einmal, wir müssen sparen, das ist so, sonst können wir das nicht mehr sicherstellen, aber schauen wir, dass wir da möglichst einstimmig diese Sache dem Land so weitergeben können. Ich sage noch einmal danke an die SPÖ, dass wir so zusammengearbeitet haben, weil das eine wichtige Sache ist und bitte um eine breite Zustimmung. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Kollege Hohensinner aber auch lieber Kollege Rajakovics! Die ÖVP ist als jahrzehntelang Verantwortliche im Land mit die Hauptschuldige, dass es diese Überschuldung des Landes gegeben hat, da ist einfach unverantwortlich gewirtschaftet worden, aber im fast gleichen Boot ist auch die SPÖ zu sehen, die immerhin die letzten fünf Jahre den Landeshauptmann stellt, die jahrelang den Finanzlandesreferenten gestellt hat und die jahrelang, jahrzehntelang kann man sagen, Sozialressort plus Gesundheit im Lande federführend betrieben hat. Und wenn ich allein nur daran denke an die Krankenanstaltengesellschaft, wo alleine in der letzten Periode, in den letzten fünf Jahren fast sämtliche Grundstücke eingebracht worden sind, verpfändet worden sind, den Banken gegenüber und überhaupt sozusagen den Treibstoff noch zu haben, um die Krankenanstalten weiterführen zu können, dann sieht man, wie dieses Land die Institutionen, die Einrichtung, die unsere Generationen vor uns, Eltern, Großeltern, Generationen nach dem Krieg geschaffen haben, eigentlich mit maximalem Fragezeichen versehen worden ist und ich bin durchaus beim Kollegen Rajakovics, der

die Not auch vom Budget her aktuell jetzt erkennt, aber zuvor gehören einmal die Verantwortlichen ganz klar nominiert und ganz klar gesagt, wer für diesen Sauhaufen, für diese Budgetmisere wirklich die Verantwortung trägt, das ist das Erste. Das Zweite ist zu den Anträgen selber. Der Antrag der Grünen ist zwar aus meiner Einschätzung heraus, aus meiner Sicht heraus sehr ausführlich formuliert; was mir aber abgeht, ist bei der Auflistung der Details, der Maßnahmen hinten, dass ihr euch keine Gedanken gemacht habt über eine Priorisierung der Maßnahmen, was ist euch wichtiger als das andere, das wäre einmal das Erste und das Zweite ist, dass ihr keine Angaben gemacht habt, wie ihr dieses Budgetloch, weil diese Maßnahmen kosten ja soundsovielen Millionen Euro im Jahr, wie ihr diese Maßnahme wirklich finanzieren wollt. Die KPÖ ist zwar in ihrem Antrag her nicht so ausführlich, aber sie hat Angaben gemacht, sie will einfach den Bürgern sozusagen in die Tasche greifen und das füllen, ich sage ganz klar, das ist ein unlauterer Ansatz, da ist ganz klar hier von Umverteilung die Rede, es ist ganz klar die Rede zusätzlicher Einnahmequellen erschließen, was ist es dann, als zusätzliche Steuern und Abgaben einzuführen, um Löcher zu stopfen, die anderen, die die Politik gemacht hat und die die Leute sozusagen auslöffeln sollen, das kann nicht der richtige Weg sein und deswegen verwehre ich mich auch dagegen. Ich sehe es absolut als unmoralisch an, diesen Weg zu gehen, aber genauso unmoralisch sehe ich es an, einfach so zu tun, als wenn nichts wäre, weiter den Schuldenberg zu erhöhen. Allein die Stadt Graz ist auf einem Schuldenberg von 1,2 Milliarden Euro, das ist wirklich unverantwortlich. Unseren eigenen Generationen, unseren Kindern und Kindeskindern gegenüber hier einfach so fortzuwurschteln. Das heißt, klare Botschaft, natürlich muss gespart werden, man muss schauen, wo ist es machbar, da bin ich durchaus bei den Vorrednern, aber ich bin dagegen wirklich hier mit auf den Weg zu gehen, dem Land nachzudenken, wo sie die Bürger weiter schröpfen können, um das Budgetziel zu erreichen, da haben sie wirklich einmal selber die entsprechenden Vorschläge zu erarbeiten und auch entsprechende Maßnahmen zu setzen. Ich werde daher als unabhängiger Gemeinderat diese beiden Anträge, weil sie zu global sind, weil nicht ganz klar ersichtlich ist, welche Prioritätenreihungen. Beziehe mich da durchaus auch auf

meinen Antrag, den ich in der letzten Gemeinderatssitzung eingebracht habe und ganz klar eine konkrete Maßnahme herausgegriffen war, nämlich das Gratiskindergartenjahr, wo ich gesagt habe, ja, wie die Finanzierung hätte über, dass man eben nicht dieses Geschenk des klinischen Mehraufwandes an den Bund macht, wie man das hätte über die nächsten dreieinhalb Jahre durchfinanzieren können im gleichen Ausmaß, das hätte ich mir von diesen Anträgen her erwartet und das ist leider nicht gegeben und daher ist es für mich unvollständig, weil so kann man nicht Politik machen, so kann man nicht diesen Brief an den Landtag in der Steiermark schicken. Ich danke.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** In dieser Diskussion fallen mir also drei Worte ein immer wieder, und zwar nach außen betrachtet, wenn wir die ganze Landesdebatte zu dieser sehr einmaligen Kürzungsaktion verfolgen, dann geht es doch um eine ordentliche Portion Zynismus, die dieser ganzen Situation innewohnt. Ich denke an das Butter-auf-dem-Brot-Zitat, mit dem ständig die Menschen konfrontiert werden, wo wir doch wissen, wo die Butter die letzten Jahrzehnte und Jahre war, also sicher nicht dort, wo es um die Behindertenhilfe oder um die sozial Schwachen gegangen ist. Eine ziemliche zynische Herangehensweise sehe ich auch gerade im Behindertenbereich dort, wenn ich das als Frau sehe, die viele Mütter kennt von behinderten Kindern, denen man damit noch einmal vorhält, selber schuld, wenn du dich für ein schwerstbehindertes Kind entscheidest, mehr denn je, selber schuld und dann gibt es eine gewisse Ironie und eine gewisse Schizophrenie, die ich hier herinnen wahrnehme zu dieser Diskussion. Die Schizophrenie sehe ich bei der Sozialdemokratie genauso wie bei der ÖVP. Wir beklagen uns über den Weg, den die anderen gehen, aber auf Bundesebene oder auf Landesebene, die ÖVP hätte die Chance gehabt, auch diese Debatte hier zu nutzen, durchaus aufzuzeigen und zu sagen, in der Stadt Graz haben wir ja bewiesen, dass man es auch anders tun kann und es wäre trotzdem ein sehr klares Zeichen und ein notwendiges Zeichen gewesen, wenn der Gemeinderat neben dem Stadtsenat

noch einmal klar signalisiert, dass dieser Weg, den das Land geht, nicht zu Ende gedacht ist, weil was kommt übermorgen, wenn so gekürzt wird, wie gekürzt wird, ohne dass wir das jetzt wahrnehmen. Der einzige Bereich, wo es ein paar Ideen gibt, was ich bisher wahrnehme, ist der Bereich der Spitalsfinanzierung, aber sonst sehe ich all die strukturellen Ansätze nicht annähernd vom Land, die eigentlich notwendig wären, um hier endlich einen anderen Weg zu gehen. Das heißt, die ÖVP hätte die Chance gehabt zu sagen, ja in der Stadt haben wir im Budget Schwerpunktsetzungen und Prioritäten gesetzt und gewusst, dass wir im Sozialbereich nicht einfach nicht nur so hineinfahren können, weil das eben eine Zukunftsfrage ist für eine Stadt. Und der SPÖ möchte ich schon noch einmal mitgeben, auch wenn ich jetzt nicht weiß, ihr stimmt, glaube ich, in dem Falle jetzt zu oder (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*)? Habe ich das richtig verstanden, dass ihr dem Antrag zustimmt? Mit einem Abänderungsantrag genau, aber wenn ich der Martina vorher zuhöre, wer ist denn Sozialminister in der Republik Österreich und hat gemeinsam mit dem Koalitionspartner, der da auch wieder zufällig ÖVP heißt, ein Pflegepaket geschnürt, mit dem wir jetzt alle unzufrieden sind? Das heißt, diese Schizophrenie auf unterschiedlichen Ebenen, unterschiedlich betroffen zu sein und dann immer wieder neue Positionen einzunehmen, die irritiert mich schon, insbesondere wenn man jetzt wirklich konfrontiert sind mit einer Kürzungssorgie, würde ich sagen, die wirklich nicht dort ansetzt, wo wir die Erwartungen haben; das Land hat einige Petitionen der Stadt oben liegen zum Thema Einnahmen, ob das jetzt die Zweitwohnsitzabgabe oder auch andere Wünsche sind, die Spielautomatenabgabe wurde heute schon erwähnt, in dem Bereich tut man nichts, weil es nach wie vor darum geht, bestimmte Lobbys zu bedienen und über andere darüberzufahren und das ist leider die Aussage dieses Sparpaketes und da kann ich nicht einstimmen, in dem wir müssen sparen; wer muss sparen, diese Frage wurde von diesem Budget nicht beantwortet. Dann ist bitte auch die Frage beantwortet, welche Butter auf welchem Brot neu geschmiert werden muss (*Applaus Grüne*).

StRin. **Kahr**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Antragsteller, der Manfred Eber, hat einen Dringlichkeitsantrag heute hier gestellt, bewusst sehr allgemein gehalten, aber in dem Antragstext selbst sehr klar und zwar, dass dieses Sparpaket, wie es derzeit im Land beschlossen werden soll, abzulehnen ist. Der Kollege Baumann hat seinen Dringlichkeitsantrag, dem werden wir natürlich zustimmen, hat viele Punkte aufgegriffen, die nur zu unterstreichen sind, keine Frage, ist aber letztendlich auch nur ein Teil, weil das, was die Bevölkerung treffen wird, geht ja noch viel weiter. Das heißt, diese Punkte, die alle anzuführen wären, da würden wir drei Seiten brauchen und natürlich braucht es auch drei Seiten, was einnahmenseitig das Land durchaus tun kann. Aber, und das ist der springende Punkt, und da geht es jetzt gar nicht darum, parteipolitisch zu agieren, sondern ich frage Sie wirklich, es wird immer geredet im Bund ist kein Geld da, im Land ist kein Geld da und die Kommunalen als letztes Glied sind wir natürlich immer jene, wo die Menschen, wenn sie nicht mehr weiterwissen, sich hinwenden und am stärksten in Bedrängnis kommen. Aber warum ist das so? Das wird hier nirgends diskutiert und das ist nämlich diese Falle, wo viele Politikerinnen und Politiker oft reinfallen oder einfach nicht wissen wollen oder wegschauen, weil sonst habe ich eine andere Erklärung dafür. Der Grund, das hat was mit der Politik in dem System, in dem wir leben, mit dem Neoliberalismus und mit der Politik, die in der EU derzeit vorherrscht, zu tun. Nächstes Jahr muss Österreich, nicht nur im Zuge von Bankenrettungspakete 2,2 Milliarden Euro aufbringen und in die EU einzahlen, wer zahlt denn das, weil heute so der Herr Mariacher gesagt hat, die KPÖ will Massensteuern oder die Bürger...das zahlen alle Österreicherinnen und Österreicher, 2,2 Milliarden Euro und das ist der Grund, warum Bund, Länder und letztendlich auch die Kommunen unter Druck kommen. Wie kann man das lösen? Zu 100 % sowieso nicht, auch diese Vorschläge, die wir einbringen, das sind ja nur wenige, meine KollegInnen vom Landtagsklub haben heute eine Pressekonferenz, wo sie aufgezeigt haben, nur von den Vorschlägen, die wir haben, dass es möglich ist, einnahmenseitig, ohne die Masse der Steirerinnen und Steirer zu belasten, von 50 Millionen Euro. Ein paar Punkte hat mein Kollege genannt. Glücksspielabgabe, Nahverkehrsabgabe usw. Wer hat denn das Thema zum Beispiel Glücksspielabgabe

seit Jahren gepredigt, mein Kollege Ernst Kaltenegger, Sie haben ihn noch in Erinnerung, hat das Thema überhaupt als Problem aufgebracht, weil es immer heißt, die KPÖ hat keine Vorschläge, warum hat man denn das nicht schon früher aufgegriffen, dann hätte man schon viel früher einnahmenseitig mehr Geld in der Kasse gehabt, aber trotzdem es wird das Land, auch wenn wir diese ganzen Vorschläge natürlich auch umsetzen, einnahmenseitig es nicht gelingen, schuldenfrei zu werden, wenn es nicht zu einer Umverteilung von oben nach unten kommt, und wen wollen Sie noch zusätzlich belasten, die Arbeiter und Angestellten, die eh kaum Löhne und Gehälter haben, wo sie jetzt sich schon schwer tun oder jenen, die die Mindestsicherung, die in Wirklichkeit ein bisschen ein besseres Hartz 4 werden wird? Das kann es ja wohl nicht sein, man kann ja nur jene belasten und jene Vermögen, die sozusagen wirklich nicht am Hungertuch nagen, wie soll denn sonst die Umverteilung vonstatten gehen? Ich möchte mich aber nur auf einen Punkt konzentrieren und den noch erwähnen. Natürlich als Wohnungsstadträtin ist mir nicht egal, wie es in anderen Bereichen geht, weil zu Behindertenfragen hat der Kollege Hohensinner eh sehr gut gesprochen. Ich möchte nur sagen zum Beispiel, nur damit Sie verstehen, was das für Auswirkungen sind: Die „Brücke“ zum Beispiel, die es seit 25 Jahren gibt, die wird zusperren müssen. Die hat ihre Angestellten eh schon jetzt vorsorglich gekündigt, die wird es einfach nicht mehr geben und es wird in vielen anderen Bereichen, ob die Lebenshilfe usw. ist, genauso gehen. Das ist eine Tragödie in Wirklichkeit für die, die gearbeitet haben oft ehrenamtlich jahrzehntelang und natürlich auch für die Betroffenen und für deren Angehörige. Aber im Wohnen ist es noch einmal zum Beispiel, nur damit Sie verstehen, warum wir da in dem Haus seit 20 Jahren predigen, wir brauchen mehr Gemeindewohnungen, das hat natürlich alles was mit vorausschauender Politik zu tun und wenn wir hier in der Kommune nicht jetzt machen, indem man auch aus Vorausschau dem Land eine Absage erteilen und zwar quer über alle Parteien, wir haben nur eine Chance, wenn wir da gemeinsam vorgehen und nicht nur die eine Partei oder die andere, wenn wir hier alle der Meinung sind, dass da Maßnahmen beschlossen werden, die die Menschen in einer Weise trifft, die unerträglich sind, dann kann man nicht sagen kritisch, sondern dann

kann man nur sagen, nein zu diesem Punkt und deshalb haben wir auch, das was die Kürzung der Wohnbeihilfe betroffen hat, das Wohnungsamt, eine sehr deutliche Stellungnahme im Stadtsenat vorgelegt, wo drinnen steht, wir lehnen diese Kürzung bei den Betriebskosten ab, und nicht kritisch. Weil was ist kritisch, kritisch ist mein Sohn zu mir auch fast jeden Tag einmal, aber deswegen lehnt er mich nicht ab. Aber ich möchte Ihnen nur verdeutlichen, und das wird uns hier treffen, die Kürzung der Wohnbeihilfe bei den Betriebskosten bedeutet zum Beispiel für eine Person, ich tu jetzt gar nicht die großen Beispiele nennen, was es noch mehr ist 39 Euro, bei zwei Personen sind es schon 70 Euro die Kürzung der Betriebskosten zu 50 %. Wenn Sie jetzt wissen, dass jährlich der Index bei den Mieten angehoben wird, Graz nach Salzburg das teuerste Pflaster ist, wenn es um Mietpreissegment geht, die Betriebskosten jährlich steigen, glauben Sie, dass da die Anzahl der Menschen, die sich leichter tun, sinken wird? Sicherlich nicht, wir rechnen jetzt schon allein vom letzten Halbjahr von 2010 mit einem Anstieg von 20 % an Ansuchenden, durch die Bank Menschen, die arbeiten noch, aber so geringe Löhne und Gehälter haben, dass sie sich die Wohnungen am privaten Wohnungsmarkt nicht leisten können. Und wenn wir nicht noch mehr unleistbaren Wohnraum bauen, wird das eine unerträgliche Situation, wir werden massenhaft mit Wohnungslosigkeit zu tun haben, das wird uns alle treffen. Jetzt wird aber im Land, und jetzt sind wir wieder beim Land, gleichzeitig die Fördermittel im Geschößwohnbau noch einmal gekürzt, war eh schon unerträglich in den letzten Jahren, und Stadtrat Rüschi weiß das mittlerweile aus unzähligen Gesprächen, weil er uns ja hier Gott sei Dank unterstützt bei diesem Vorhaben, was das Neubauprogramm betrifft, sehr gut, wie da die Situation ist. Also wenn da bei den Wohnbaufördermitteln und auch bei der Wohnbeihilfe nicht ein Umdenken stattfindet, dann werden wir zunehmend mit einer Problematik konfrontiert sein, wo Sie sichtbar, nicht die Roma auf der Straße haben, sondern unsere eigenen Leute auf der Straße haben und das ist etwas, das sage ich jetzt in vorausschauender Politik, weil dass uns vieles da auf den Kopf fällt, hängt zusammen, weil wir in der Vergangenheit eben nicht gespart haben dort, wo es notwendig wäre. Ich denke nur zum Beispiel, Schladming, das lässt sich doch bitte auch machen in

reduzierterer, wir haben so Größenwahnsinnsprojekte, es ist ja nicht so, dass nicht genug Geld vorhanden ist, aber ich kürze das jetzt ab, weil mein Kollege hat ja noch das Schlusswort und mir fallen noch hundert Gründe ein, aber das ist der Grund, warum unser Antrag auch so kurz gefasst ist, weil das Thema, und ich weiß auch, dass andere Kollegen hier herinnen genug zu sagen hätten, aber es hat immer auch eine Ursache, warum das so ist und die hat nichts damit zu tun, dass man die Generation, weil das ist ja wirklich ein Witz, jetzt zu sparen in der Weise, damit man die nächste Generation nicht belasten. In Wirklichkeit durch das Bankenrettungspaket und das, was man mit der EU da müssen machen, belastet ja fünf Generationen (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Haas-Wippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vieles ist gesagt worden, aber bei manchen Wortmeldungen habe ich oft das Gefühl gehabt, es ist so wie „Geh weg mit deiner Lösung, sie ist der Tod meines Problems“. Wir wissen um die Problemsituationen in vielen Bereichen und da liegt es wirklich an uns, gemeinsam Lösungen zu suchen und das, was die Stadträtin Kahr gerade angesprochen hat, Schuldzuweisungen dem einen oder dem anderen das kann nicht zielführend sein, wir müssen jetzt, es ist eh schon fünf nach zwölf, nach Lösungen suchen, wie wir wirklich sinnvoll sparen und die Einnahmen steigern. Und ich denke mir, vieles haben wir schon gemacht hier im Gemeinderat, es hat vor einem halben Jahr einen dringlichen Antrag von mir gegeben bezüglich der Sicherung in der Pflege, ist einstimmig angenommen worden. Das sind Dinge, die ganz wesentlich sind und die wir einfach vorantreiben müssen und man darf da nie ein Stückwerk sehen, es ist über die Behinderung gesprochen worden, Menschen mit Behinderungen, es ist über die Wohnbeihilfe gesprochen worden, ich möchte Ihnen nur ein Beispiel aus der Pflege bringen. Können Sie mir erklären, wie es in Österreich möglich ist, dass ein zu Pfleger nur halb so viel Betreuungsstunden bekommt wie ein Wiener oder eine Wienerin? Wir haben innerhalb von Österreich neun unterschiedliche

Pflegeheimgesetze und wir in der Steiermark sind da das Schlusslicht. Und wenn da das Sparen weitergeht, dann sicher nicht mit der SPÖ, das muss ich ganz klar sagen. Weil diese Einschnitte in der Pflege oder beim Pflegepersonal, das ist ja nicht nur etwas, was den zu Pflegenden auf den Kopf fällt, wo er wirklich um die Hälfte nur an Betreuung, also die Hälfte der Betreuung bekommt, die zum Beispiel ein Wiener oder eine Wienerin bekommt. Es geht ja auch um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, in einem Beruf, der physisch wie psychisch sehr schwer ist, sehr belastend ist und es kommt nicht von ungefähr, dass wir gerade in diesem Berufsfeld zuwenige Kolleginnen und Kollegen haben, die bereit sind, diese schwere Arbeit zu übernehmen. Da müssen wir wirklich unterstützen und in diesen Bereichen darf nicht gespart werden, weil Menschenrecht darf nie zu Menschenrechnung werden. Deshalb haben wir auch einen gemeinsamen Abänderungsantrag mit der ÖVP betreffend des dringlichen Antrages der KPÖ, ich möchte nur einen Satz ergänzen, der Abänderungsantrag ist ja schon vorgelesen worden vom Kollegen Hohensinner, aber in der Hitze des Gefechtes ist ein Satz untergegangen, nämlich dass bei unserer kritischen Stellungnahme, die wirklich in diesem Abänderungsantrag drinnen ist, dass auch die Resolution der Arbeiterkammer und des ÖGB zu bewerten sind und entsprechend zu berücksichtigen sind. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war jetzt ein gutes Lehrbeispiel, wie man alles wieder zerreden kann und zerreden kann und man kommt so in Trance und wie ein Mantra wird immer wiederholt, dass wir sparen müssen und sparen müssen und es ist kein Geld da und dann zeigt uns aber die Kollegin Kahr ganz deutlich auf, dass durchaus Geld da wäre, aber dass das Geld überhaupt nicht abgeholt wird, weil es Parteien gibt an mächtiger Stelle, die dieses Geld nicht abholen wollen. Und wenn die KPÖ, und da hat sie ja Recht, das mit dem Glücksspielgesetz anschneidet, dann schneide ich noch an, dass der Gerhard Wohlfahrt immer wieder darauf hingewiesen hat, wo denn über Einnahmenseite ein Geld hereingeholt werden

kann, und darüber reden wir jetzt nicht und dann kommt mir vor, dass es Kolleginnen und Kollegen da herinnen gibt, die eigentlich, ich weiß nicht mehr, welcher Partei angehören. Ich konstatiere, dass ihr sehr differenziert, sozialdemokratische Partei in Graz, sehr differenziert dieses Problem seht. Aber gerade weil ihr so differenziert und kritisch zu diesen Sachen steht, bringt es überhaupt nichts, wenn man da jetzt anfangt zu relativieren und zu sagen und hin und her, das geht nicht. Der erste Punkt, um ein Problem zu lösen ist, die Ursachen zu analysieren, und so wie heute schon einmal gesagt worden ist, wer war die ganzen letzten Jahre an der Macht, ÖVP Jahrzehnte, SPÖ auf Landesebene und auf Bundesebene, und das was jetzt passiert, wo wir Kommunen bluten werden bis, ich weiß nicht, zum geht nicht mehr, was jetzt passiert, dieses Sparpaket von einer sogenannten SPÖ/ÖVP-Reformpartnerschaft ist eigentlich als Sparpaket einer Partnerschaft, die aus purer Angst besteht. Sie ist nicht mehr fähig und nicht mehr bereit zu diskutieren. Sie ist nicht fähig und nicht mehr bereit, sich zu bewegen, sie hat Angst, hier irgendwie zu hinterfragen, was sie selber ausbaldowert hat und das ist wohl von der Qualität her letztklassig. Ich sehe, wenn es so weitergeht, und da gebe ich auch wieder der Kollegin Kahr Recht, dass der soziale Friede, wenn es so weitergeht, massiv in Frage gestellt wird und es hat einstmals den Spruch gegeben, Friede den Hütten und Krieg den Palästen (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), ich will nicht den Krieg der Paläste, aber ich will eine Umverteilungsdebatte, eine ehrliche, offene Umverteilungsdebatte von oben nach unten. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Baumann:** Lieber Kurt! Hier ist der Platz, um die politische Diskussion zu führen und nicht nur über die Ämterstellungnahmen zu diskutieren. Hier geht es darum, Öffentlichkeit zu schaffen, ich weiß, du hast mir schon, wie man drüber diskutiert haben, wieder den Vorschlag eines gemeinsamen Antrages in diesem Bereich, im Behindertenbereich gemacht habe, nein, um Gottes Willen, da könnte noch die Presse zuhören, das könnte populistisch werden, was da heraußen vielleicht

diskutiert wird. Nein, das ist der Platz, wo man genau über diese Grauslichkeiten der Landesregierung sprechen sollte und die Menschen, die du betreust, die wir da in Graz betreuen, die sind quasi die Opfer dieser Regierung. Ich möchte aber danke sagen, danke sagen dir, Martina, aber auch dir, Kurt, und dir, Waltraud, für die Argumente, die Argumente sind zum Teil die Wiederholung der Argumente, die die Kollegen und Kolleginnen auf der Straße bringen, die die Plattform 25 skandiert, die auf den Transparenten stehen, die Argumente habt ihr, die Argumente sind vorhanden, nur die Handlungen, die ihr setzt als Sozialdemokraten und als christlich Soziale, die sind andere. Die sind nicht die, die jetzt, wo ihr diesen Argumenten folgen könnt, und deine präpotente Art, liebe Martina, deine präpotente Art, Sachen rüberzuschmeißen, das ärgert mich, das ist ärgerlich, weil diese Stellungnahme, die Stellungnahmen sowohl des Sozialamtes wie auch des Amtes für Jugend und Familie sind ausgezeichnet, ich möchte nur, dass sie auch politisch von euch Regierenden da in der Stadtregierung getragen werden. Ich habe nur den Verdacht, dass diese Stellungnahmen, so dick und so genau sie auch sind, von dieser Landesregierung nicht registriert werden. Wenn es darum geht, den Abänderungsantrag der SPÖ und der ÖVP mitzugehen und quasi ein Zeichen des Konsens als Zeichen der politischen Diskussion zu führen, wenn dieser Abänderungsantrag sich auf Punkt 1 bezieht meines Antrages, so hat mir zumindest die SPÖ signalisiert, dann würden wir meinen von Seiten der Grünen, ja, diesem Abänderungsantrag in Punkt 1 dem stimmen wir zu, in dem Punkt 2 erwarte ich dann aber die Zustimmung von euch Kolleginnen und Kollegen, zumindestens der Sozialdemokratie, von der ÖVP bin ich mir da in dem Fall, was die soziale Gerechtigkeit angeht, nicht so sicher. Danke (*Applaus Grüne*).

Zwischenruf GR. Herper: Ich bitte den Heinz, das Wort Präpotenz zurückzunehmen.

Zwischenruf GRin. Binder: Sie hat ihm vorgeworfen, dass er nicht lesen kann, das ist präpotent.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Liebe Damen und Herren! *(Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke)*, Schluss, Schluss, Schluss. Jetzt können wir drüber streiten, ob das Wörtchen „präpotent“ eine Beleidigung ist oder nicht. Liebe Herrschaften, es gibt hier keinen Ordnungsruf, es wurde auch kein Antrag gestellt, es wurde eine Bitte gestellt und das ist einfach so, dass hier unterschiedliche Einschätzung über die beleidigende Form von „präpotent“ besteht. Liebe Leute, kommt langsam wieder in den Saal. Ich ersuche, dass der Heinz und die Martina das miteinander klären. Ich ersuche bitte um Ruhe, es ist ein bisschen kompliziert mit den Abänderungsanträgen heute. Wir kommen jetzt zur Abstimmung des Abänderungsantrages, der den grünen Antrag betrifft, der den ersten Punkt des grünen Antrages betrifft. Ich werde ihn noch einmal verlesen. Der zweite Punkt ist auch betroffen, ich gehe jetzt einmal auf den ersten ein: Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht die Steiermärkische Landesregierung etc. bei jeglichen Maßnahmen, insbesondere aber in den Bereichen Jugend, Jugendwohlfahrt, Menschen mit Behinderung und Soziales, dass diese nicht zu Lasten der Selbstbestimmung beziehungsweise der Entwicklung dieser Zielgruppen gehen, da geht es auf die Einsparungen. In diesem Sinne wird der Landesgesetzgeber aufgefordert, sich auf jeden Fall mit den fristgerecht eingebrachten und kritischen Stellungnahmen der Stadt, der Stadtregierung betreffend die im Zusammenhang mit dem Sparkurs geplanten Neuerungen in Bereichen der Jugend, Jugendwohlfahrt, LEVO und Wohnbeihilfe auseinanderzusetzen. Des weiteren ist gemäß Forderungen der AK, des ÖGB unverzüglich die Möglichkeit zusätzlicher Einnahmen auszuloten, darüber hinaus sind Verhandlungen mit dem Bund betreffend nachhaltige Finanzierung der Pflegekosten aufzunehmen. Das ist jetzt der erste Punkt, den ich jetzt von diesem Abänderungsantrag einmal zur Abstimmung bringe.

Der Abänderungsantrag von GR. Hohensinner, Punkt 1, wurde mit Mehrheit angenommen.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Damit ist der Abänderungsantrag der gültige Antrag. Der zweite Punkt des Abänderungsantrages ist gleichlautend wie der grüne Antrag, nur im letzten Punkt fehlt die Mindestsicherung, die ist herausgenommen. Wer stimmt dieser veränderten Fassung, wo die Mindestsicherung nicht vorkommt, zu?

Der Abänderungsantrag von GR. Hohensinner im Punkt 2 wurde mit Mehrheit angenommen.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Damit ist auch dieser Punkt, nämlich der zweite Punkt im Abänderungsantrag und damit der gesamte Abänderungsantrag zum dringlichen Antrag angenommen und der dringliche Antrag damit abgeändert.

GR. **Eber:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst einmal, der Kollege Grosz hat sinngemäß gemeint, nur dagegen zu sein, ist zu wenig, es braucht klare Vorschläge. Ich möchte gleich anfügen, der Kollege Rajakovics hat gemeint, es ist auch nicht sozial, Schulden zu hinterlassen für die nächste und die übernächste Generation, also sinngemäß hast du das so gesagt. Dazu kann ich sagen, vielleicht hat der Kollege Grosz gerade nicht zugehört, ich habe eben sehr wohl darauf hingewiesen, dass es einnahmenseitig sehr wohl Möglichkeiten gibt, Nahverkehrsabgabe, Glücksspielautomatenabgabe und eine Stellflächenabgabe für

Einkaufszentren. Allein dadurch könnte man 40 Millionen pro Jahr zusätzlich einnehmen. Man kann natürlich auch Einsparungen vornehmen, und wir verschließen uns ja nicht generell Einsparungen. Wenn es beispielsweise um die Eventpolitik geht, da hat die Kollegin Kahr Elke ja vorhin bereits schon Schladming angeführt als Beispiel, wo es um 150 Millionen geht. Wir können uns Einsparungen bei der Parteienförderung vorstellen, wenn man dort um 25 % auf Landesebene kürzt, bringt das immerhin 4,5 Millionen und wir können uns natürlich auch vorstellen, dass man bei den Wirtschaftsförderungen einspart beziehungsweise dort dann auch auf Rückzahlungen besteht tatsächlich, wo die Vereinbarungen von Seiten der Wirtschaft nicht eingehalten werden (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Im Abänderungsantrag, ich glaube, dort ist es auch vorgekommen, zumindest jedenfalls auch in einigen Wortmeldungen hat es geheißen, es geht auch darum, sozial ausgewogen zu sparen, differenziert und nicht linear zu sparen und vor allem auch, es geht darum, Einfluss zu nehmen auf das Landesbudget. Das ist natürlich auch alles richtig, aber ich möchte dazu schon auch sagen, der Kollege Schachner, der ÖGB-Vorsitzende, der ja nicht im Verdacht steht, ein Kommunist zu sein, hat ja das Gespräch gesucht und gefunden mit der Landesregierung und er hat gesagt, es wurde ihm die kalte Schulter gezeigt, die Landesregierung war nicht bereit, auch nur einen einzigen Millimeter nachzugeben und deswegen ruft der ÖGB ja auch auf zu einer Großdemonstration am 26. April. Und die bisherigen Demonstrationen haben ja auch gezeigt, die Menschen wollen das nicht, die Menschen sagen, es reicht und wir sagen, es reicht für alle. Wenn die Politik so weiter geht, wenn dieses Belastungspaket in dieser Art und Weise durchgezogen wird, dann bedeutet das auch, die Kluft zwischen der etablierten Politik einerseits und der Bevölkerung auf der anderen Seite wächst weiter und das hat natürlich auch keine guten Auswirkungen. Und zum Abschluss möchte ich nur noch sagen, heute zeigt sich auch, wo Sie, meine Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, stehen, stehen Sie auf der Seite der besorgten Bevölkerung oder stehen Sie auf der Seite der Banken und Konzerne? Dankesehr (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Gut, wir kommen jetzt zur Abstimmung des Abänderungsantrages, der meines Wissens in dem Punkt gleich lautend ist wie der ersten Punkt vom letzten Abänderungsantrag. Wie gesagt, es geht auch um die Würdigung der kritischen Stellungnahmen...ist auch gemeinsam von der SPÖ und von der ÖVP eingebracht.

Der Abänderungsantrag zum KPÖ-Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Die Gemeinderatssitzung wurde von 18.45 Uhr bis 19.25 Uhr unterbrochen.

7) Schadstoffarmer Fernwärme-Mix für Graz durch Bezug der Fernwärme aus dem neuen Gas- und Dampf-Kraftwerk in Mellach

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner:** ...weil das ein Antrag ist, der wirklich sehr wichtig ist, wir beschäftigen uns in den letzten Monaten und Jahren intensiv mit dem Thema des Schadstoffausstoßes von CO₂ in NO_x bis zu Feinstaub und (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), und das täte irgendwie allen ganz gut, mal zuzuhören, was leider, muss ich sagen, im Großraum Graz im Gange ist, dass sich nämlich wieder einmal herausstellt, dass die Energiepolitik unseres Landes nicht von den Politikerinnen und Politikern gemacht wird, sondern offensichtlich nach dem Diktat von Konzernen stattfindet. Das betrifft alle Konzerne, in dem Fall ist es zwar der Verbund, aber bei der Estag ist es nicht anders. In meinem dringlichen Antrag geht es um einen schadstoffarmen Fernwärme-Mix für Graz durch Bezug der Fernwärme aus

dem neuen Gas- und Dampfkraftwerk in Mellach. Ich möchte Sie jetzt nicht mit den einzelnen Daten, die ich in meinem Antrag geschrieben habe, konfrontieren, ich nehme an, dass Sie das gelesen haben. Wenn Sie das gelesen haben, dann werden Sie auch sehen, dass derzeit 67,6 % der Grazer Fernwärme aus einem Steinkohlekraftwerk kommen, nämlich aus dem seit 1986 in Betrieb befindlichen Steinkohlekraftwerk in Mellach. Uns ist in den letzten Jahren immer wieder von den Betreibern des jetzt im Bau befindlichen Gas- und Dampfkraftwerks in Mellach erzählt worden, dass das ganz toll ist, dass der Standort deshalb gewählt wurde, weil eben sehr große Mengen an Abwärme zur Verfügung stehen werden und die für die Grazer Fernwärme verwendet werden. Es wurde uns auch gesagt vom Verbund, dass es ein hocheffizientes Kraftwerk ist, eines der effizientesten, das es derzeit weltweit gibt, dass bei der Stromerzeugung ein Wirkungsgrad von 59 % erzielt wird und inklusive Fernwärmeauskoppelung ein Wirkungsgrad von 70 %.

Ich möchte Ihnen aber kurz die Vergleichsdaten sagen. Bei der derzeitigen Stromproduktion im Steinkohlekraftwerk in Mellach entstehen 830 bis 850 g CO₂/kWh, im neuen Gas- und Dampfkraftwerk sind das nur 334 g/kWh. Und rechnet man die Fernwärme-Auskoppelung ein, dann reduziert sich der CO₂-Ausstoß auf 250 bis 290 g/kWh Nutzenergie, das ist ein Drittel, meine Damen und Herren, das ist ein Drittel von dem, was derzeit anfällt bei der Fernwärmeproduktion für Graz.

Die beiden neuen Gas- und Dampfblöcke in Mellach werden mit 31. Oktober beziehungsweise 31. Dezember 2011 in Betrieb gehen und sie bieten die einmalige Chance, dass es eine wirklich große Steigerung der Qualität der Grazer Fernwärme gibt, die derzeit eben über die Fernwärmeleitung nach Graz transportiert wird und es besteht die Möglichkeit, dass die Schadstoff-Bilanz erheblich verbessert wird.

Ich hatte am 28. März Gelegenheit, das in Bau befindliche Gas- und Dampfkraftwerk zu besichtigen, und leider haben sich dort alle unsere Vermutungen bestätigt. Laut Verbund ist es so, dass das neue Gas- und Dampfkraftwerk in Mellach der Erzeugung von Spitzenlast-Strom für das europäische Stromnetz dienen wird, das heißt, es wird

nur dann in Betrieb sein, wenn Spitzenstrom im europäischen Netz zu sehr hohen Preisen verkauft werden kann. Das bedeutet aber auch, dass dieses Kraftwerk niemals dafür vorgesehen war, Graz mit Fernwärme zu versorgen, weil das nämlich zusätzliche Kosten verursachen würde und darauf wird weitgehend verzichtet.

Das Steinkohlekraftwerk, das seit 1986 in Betrieb ist, wird nicht stillgelegt, sondern weiterhin in Betrieb sein. Ein Großteil unserer Fernwärme, wird verbunden mit den entsprechend höheren CO₂-Emissionen aus dem Steinkohlekraftwerk in Mellach kommen. Mir wurde gesagt, das dort geplant ist, dieses Kraftwerk bis ins Jahr 2030 in Betrieb zu halten, nämlich einfach, weil es abgeschrieben ist und man es deshalb weiter in Betrieb haben muss. Das heißt, die Möglichkeit einer Qualitätsverbesserung für den Grazer Fernwärme-Mix bleibt somit weitgehend ungenützt.

Sie wissen, und das haben Sie heute auch von der Vizebürgermeisterin gehört, dass die Stadt Graz sich bemüht, im Bereich Energie-Effizienz und auch im Bereich der Reduktion von Schadstoffen mit verschiedenen Projekten etwas weiterzubringen. Es sind da teilweise höchst erfolgreich und wir können einfach nicht zulassen, dass aus rein betriebswirtschaftlichen Gründen von Kraftwerksbetreibern eine Möglichkeit zur Reduktion von CO₂, NO_x und Staub in unserer Region hintangesetzt wird.

Deshalb stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

Im Sinne der im Motivenbericht genannten Fakten wird der Bürgermeister der Stadt Graz ersucht, sich bei den Zuständigen des Kraftwerksbetreibers Verbund Thermo Power für eine emissionsarme Zusammensetzung der Grazer Fernwärme einzusetzen, indem

- 1) die Fernwärmelieferung für Graz ab 2012 vorwiegend aus den neuen Gas- und Dampf-Blöcken aus Mellach erfolgt;

- 2) das Steinkohlekraftwerk ab 2012 stillgelegt wird und nur als Ausfalls-Reserve in Betrieb geht.
- 3) Für den Fall, dass dies nicht erfolgt, möge der Kraftwerksbetreiber, also Verbund, jedenfalls seine Gründe offenlegen, warum die Fernwärmeversorgung von Graz nicht aus dem neuen Gas- und Dampfkraftwerk realisiert wird (*Applaus Grüne*).

GR. Dipl.-Ing. **Topf** zur Dringlichkeit: Frau Vizebürgermeisterin, liebe Andrea! Wir werden jetzt grundsätzlich dem Ansinnen, hier einen möglichst guten Mix für die Fernwärme der Stadt Graz zu erzeugen, grundsätzlich zustimmen, werden aber dann in der Diskussion des Antrages zum Punkt 2 insbesondere unsere Bedenken durchaus äußern, denn es ist kaum vorstellbar, und wir werden das dann auch begründen, dass wir 2012. das Kraftwerk stilllegen können.

GRin. **Haas-Wippel**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir von der SPÖ sind für den Ausbau der Fernwärme. Wir haben ja in Graz absolut einen Nachholbedarf im Vergleich zu den Städten in Österreich und jede Maßnahme, die der Luftverbesserung, der Luftgüteverbesserung, der Luftqualitätsverbesserung dient, ist uns willkommen und vor allem die immissionsärmeren Kraftwerke, wie sie eben Gas-Dampf-Kraftwerke sind, sind zu forcieren, weil aufgrund der Kraftwärmekoppelung es ökonomisch wie ökologisch Sinn macht. Deshalb stimmen wir von der SPÖ der Dringlichkeit und dem Inhalt des Antrages zu (*Applaus SPÖ und Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Dipl.-Ing. **Linhart** zum Antrag: Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist grundsätzlich zu begrüßen und jeder von uns, der hier im Gemeinderatssaal sitzt, hat das Bestreben, den CO₂-Ausstoß weltweit zu reduzieren. Nur wir können diesem Antrag im Punkt 2 nicht zustimmen und zwar aus ganz einfachen Gründen. Das Dampfkraftwerk, das Steinkohlekraftwerk Mellach ist so konzipiert, dass es den höchsten thermischen Wirkungsgrad hat, wenn Wärme ausgekoppelt wird und es ist konzipiert für Grundlast in der Fernwärmeleitung. Das Kraftwerk, das stimmt, das ist ungefähr 15 Jahre alt, aber es war damals das modernste Kraftwerk fast in Europa, es hat eine Entschwefelung, es hat eine Entstaubung und entspricht heute noch den höchsten Ansprüchen. Die Leistung des Gas- und Dampfkraftwerkes, würde man das Steinkohlekraftwerk stilllegen, würde niemals ausreichen, um Graz zu versorgen. Was wäre die Konsequenz, wenn das Kohlekraftwerk außer Betrieb wäre? Erstens, man müsste das Fernheizkraftwerk, das sich da in Graz befindet, verstärken. Die Herrschaften von Ihnen, die beim letzten Gemeindeumweltausschuss dabei waren, haben dieses Jahresbelastungsdiagramm gesehen, wo die roten Spitzen, die ganz unangenehmen roten Spitzen aufgezeichnet waren, die die Betriebsstunden oder die Jahresarbeit des Fernheizkraftwerkes gezeigt haben, und mit der Stilllegung jetzt des Kohlekraftwerkes würden Sie erreichen, dass nicht von jetzt etwa siebeneinhalb Prozent Jahresarbeit aus dem Fernheizkraftwerk ungefähr 25 bis 30 Prozent aus dem Gaskraftwerk kommen würden. Ein Zustand, nämlich von der Kostenseite, von der wirtschaftlichen Seite her ist die Fernwärme ein Niedrigpreisprodukt, das eben ausgekoppelt wird und mit dem Gaskraftwerk, wenn ich Strom daraus erzeuge, kann ich ungefähr den dreifachen Preis jetzt pro Kilowatt- oder Megawattstunde erzielen. Zusammengefasst, die Konsequenz wäre, würde man das stilllegen, wir hätten erstens eine wesentlich höhere Umweltbelastung in Summe, zweitens wir hätten wesentlich höhere Kosten und was ganz entscheidend ist, drittens, es wäre eine viel, viel niedrigere Versorgungssicherheit in der Energieversorgung gegeben. Wir lehnen daher diesen Punkt ab (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Antragstellerin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit diesem Antrag der Grünen und den Fragestellungen, die die Frau Magister in Ihrer Eröffnungsansprache gehalten hat, zeigt sich wirklich, dass die Grünen, sage ich einmal, wirtschaftspolitisch sehr, sehr blank sind, beängstigend blank sind, wenn ich denke, dass diese Fraktion in der Grazer Stadtregierung sitzt. Denn wenn man die Frage aufwirft, naja, warum ist denn das so und kommt nicht selber auf den Gedanken, dass das in der Wirtschaftlichkeit zu sehen ist, dann frage ich mich, wo hier das Know-how einer Regierungspartei ist. Aber in energiepolitischen Fragen sind für mich als unabhängiger Gemeinderat die Grünen sowieso nicht mehr die Experten, seitdem sie ihr kategorisches Nein zum Wasserkraftwerk in Graz-Puntigam geäußert haben und den Huchen sozusagen hier sogar präsentiert im Gemeinderatssitzungssaal präsentiert haben, als das Top-Argument, warum man gegen die Wasserkraft sein soll. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Grünen, die sich einmal in den späten 70er-Jahren gebrüstet haben, dass sie gegen die Atomkraft sind, wie viele andere übrigens auch von anderen Fraktionen, die sich gegen regenerativen Energien immer wieder auch zu Wort melden, ob das Windkraft, ob das Windkraftparks sind, Wasserkraft usw. sind energiepolitisch in einer energiepolitischen Diskussion keine Expertise. Und wenn ich allein nur die Frage aufwerfe, ob ich das Steinkohlekraftwerk, und der Kollege Linhart hat durchaus das sehr richtig genannt, dass dieses Kraftwerk noch von vor 15 Jahren zu einem der Topkraftwerke gegolten hat, die errichtet worden sind, und 15 Jahre sind bei einer Nutzungsdauer so eines Kraftwerks keine endend lange Zeit, dann ist es doch allemal besser, als wenn diese Wärme, die aus diesem Kraftwerk kommt, durch Einzelbrandöfen hier in Graz die Wärme erzeugt werden würde, weil da dann der Ausstoß der Emissionen um ein Vielfaches höher wäre. Ich denke daher, dieser Antrag ist wirklich ad acta zu legen, Zeit drängt übrigens auch nicht, weil hier erst im November die entsprechenden Maßnahmen erfolgen, nachzudenken ist natürlich immer, und allemal kann man das gerne machen. Aber wenn sich die Frage aufwirft, wie viel kostet es mehr, wenn man die gleiche Art und die gleiche Menge Wärme aus einem anderen Kraftwerk bekommt, dann möchte ich einmal die Differenz sehen, die

die Grazerinnen und Grazer oder die Fernwärmekunden hier zu zahlen hätten, um diese bessere möglicherweise ökologische Form der Energie zu bekommen, und diese Unterlagen fehlen leider Gottes dem Stück und das wäre das Wichtigste gewesen. Danke.

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Meine Damen und Herren! Es ist leider genauso, wie ich am Anfang gesagt habe, es bedarf hier wirklich einmal eines energiepolitischen und energiewirtschaftlichen Kurses, weil den Unsinn, den ich da gehört habe, der ist wirklich unglaublich, muss ich sagen. Herr Linhart, wollen Sie mir wirklich erzählen, dass zwei Blöcke eines Kraftwerkes mit einer Leistung von 832 Megawatt, ich wiederhole, 832 Megawatt, weniger Fernwärme erzeugen als ein Kraftwerk mit 246 Megawatt? Das ist so ein Unsinn, dass ich es gar nicht glauben kann (*Applaus Grüne*). Nummer zwei, von Ihnen und vom Herrn Kollegen Mariacher, Sie sagen immer, das Kraftwerk sei 15 Jahre alt, das Kraftwerk ist 1986 in Betrieb gegangen, bitte das sind 25 Jahre, schauen Sie sich die Unterlagen an.

Zwischenruf GR. Grosz: Das ist ein verdrängtes Alter.

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Das Nächste war der Punkt der Auskoppelung. Sie haben mir vorher gesagt, Herr Linhart, dass das irgendwie nicht darauf ausgelegt wäre auszukoppeln, dann frage ich mich aber, warum der Verbundkonzern in den letzten Jahren das der Bevölkerung und offensichtlich auch der steirischen Politik mit dem Argument der sauberen Fernwärme und der Fernwärmeauskoppelung schmackhaft machen konnte und warum genau derselbe Verbundkonzern plant,

einen weiteren Block mit 500 Megawatt am Standort Mellach zu bauen, und auf die Frage, warum sie denn so gerne in der Steiermark Kraftwerke bauen, kriege ich dann als Antwort, weil Graz die Fernwärme abnimmt. Ja bitte, ich meine, da stimmt ja irgendwas nicht an Ihrer Argumentation. Weil zuerst heißt es immer, die nehmen die Fernwärme ab und wir bringen ihnen die reine, saubere Fernwärme und dann ist das plötzlich nicht mehr der Punkt. Also der weitere Punkt höhere Leistung, Puchstraße, der erübrigt sich von selbst, weil das habe ich Ihnen eh erklärt mit den 832 Megawatt zu den 246 Megawatt und zum Punkt der Wirtschaftlichkeit, Herr Gemeindevater Mariacher, darf ich Sie an Ihren Antrag erinnern zur Murstaustufe und zur Beantwortung mit der Winterleistung, dort haben Sie allen Ernstes gefordert, dass die Menschen mit dem Strom aus dem Murkraftwerk, dass sie billigen Strom bekommen, um im Winter zu heizen und jemand der glaubt, dass man im Winter mit einem Murkraftwerk soviel Strom erzeugt, dass damit irgendjemand heizen kann, braucht mir energiepolitisch nichts erzählen (*Applaus Grüne*). Und im Übrigen bedanke mich bei all jenen, die den Antrag unterstützen (*Applaus Grüne*).

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Wir kommen jetzt zum Abstimmen dieses dringlichen Antrages in drei Punkten, es wurde eine punktgenaue Abstimmung gewünscht, wir kommen zum ersten Punkt, da geht es um die Fernwärmelieferung, dass die ab 2012 vorwiegend aus den neuen Blöcken erfolgt.

Der Punkt 1) des dringlichen Antrages wurde mit Mehrheit angenommen.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Dann gibt es den Punkt 2). Da geht es um das Abschalten des Steinkohlekraftwerkes, wie es einmal versprochen war.

Der Punkt 2) des dringlichen Antrages wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Punkt 3) des dringlichen Antrages wurde mit Mehrheit angenommen.

Bgm. Mag. Nagl übernimmt um 19.50 Uhr den Vorsitz.

8) Tariferhöhungen im Steirischen Verkehrsverbund

GR. **Sikora** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Sikora**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Die mit 1. Juli bevorstehende Tariferhöhung beim Verkehrsverbund Steiermark und damit auch bei den Graz Linien (vormals GVB) hat zu Recht scharfe Kritik hervorgerufen. Von einem Vorrang für den öffentlichen Personennahverkehr kann keine Rede sein, wenn die Fahrkarten Jahr für Jahr teurer werden und zwar über die offizielle, und das sind doch plus 50 %, über die Inflationsrate hinaus. Am 1. Juli 2011 werden darüber hinaus noch die Zeitkarten stärker verteuert: sprich besonders die Jahreskarten und die Halbjahreskarten. Das bedeutet bildlich gesprochen eine Bestrafung der treuen Kundinnen und Kunden und im Besonderen der Pendlerinnen und Pendler.

Die zuständige Frau Vizebürgermeisterin hat den Preisschub in einer Stellungnahme selbst als 'schmerzhaft' bezeichnet. Wir von der KPÖ sind in unserer Kritik da aber noch viel schärfer.

Weiters hat die Frau Vizebürgermeisterin auch verwiesen in ihrer Stellungnahme, dass die Tariferhöhung keine politische, sondern eine betriebswirtschaftliche Entscheidung aller im Verbund vereinten Unternehmen ist und auf einer

vertraglichen Grundlage basiert, die schon vor ihrer Zeit vereinbart wurde. Damit erinnert sie daran, dass dem Verkehrsverbund vertraglich das Recht zugesprochen wurde, seine Tarife jedes Jahr zu erhöhen, und zwar um bis zu 50 Prozent mehr als die Inflationsrate ausmacht, ohne dass politisch entschieden werden müsste.

Wir finden, dass diese Bestimmung in Zeiten des Sozialabbaus, der Belastungen für große Teile der Bevölkerung und eines faktischen Feinstaubnotstandes im Großraum Graz nicht mehr haltbar ist.

Daher stelle ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht die VertreterInnen der Stadt Graz im Verkehrsverbund, darauf hinzuwirken, dass die vertragliche Grundlage des Verkehrsverbundes geändert wird. Dabei geht es vor allem um die Bestimmung, dass die Tarife für den Personenverkehr jährlich um die Inflationsrate plus 50 Prozent angehoben werden können. Die Entscheidung über die Tarifgestaltung des ÖPNV ist nach Auffassung des Gemeinderates eine politische und keine rein betriebswirtschaftliche Frage. Ich bitte um Annahme (*Applaus KPÖ*).

GR. **Eichberger** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auch wir seitens des SPÖ-Gemeinderatsklubs sprechen uns vehementest gegen diese geplante Tarifierhöhung aus, und es ist schon interessant, dass immer wieder, vor allem von unserer Verkehrsreferentin, in Sonntagsreden immer wieder von der Notwendigkeit von günstigen Tarifen, von Attraktivität des öffentlichen Verkehrs durch entsprechende günstige Preise die Rede ist und ich kann mich erinnern, es ist noch nicht so lange her, es war im Herbst eine groß angelegte Aktion, dass man hier neue Kunden werben wollte durch eine einmalige Aktion, wo

man eben Halbjahrestickets zum Billigsttarif hier verramscht hat und auf der anderen Seite viele umweltbewusste Dauerkundinnen und Dauerkunden, die sich eben die teureren Jahres- und Halbjahreskarten geleistet haben, hier vor den Kopf gestoßen hat, und jetzt kommt der nächste Schlag und genau jene Gruppe ist am ärgsten betroffen, und immerhin prognostizierte oder bereits fixierte Erhöhungen der Halbjahres- und Jahreskarten von 4,8 % sind ja nicht unbedingt jetzt eine moderate Preiserhöhung, wie es halt in letzter Zeit sehr oft heißt. Und aus diesem Grund werden wir natürlich hier diesem vorliegenden Antrag der KPÖ-Gemeinderatsfraktion sowohl was die Dringlichkeit betrifft, als auch den Inhalt betrifft selbstverständlich unsere Zustimmung geben, muss aber schon noch ein Wort vorher dazusagen und zwar vor allem in Richtung Verkehrsreferentin, in Richtung Vizebürgermeisterin. Ich hätte mir schon auch, wenn es hier nicht so einfach, ist die Stimme zu erheben unter Umständen und sich dort zu Wort zu melden und den Unmut bei den Verhandlungen kundzutun, nur im Nachhinein zu sagen, es tut mir auch mehr oder weniger leid, es ist schmerzlich, mir passt es auch nicht, hätte ich mir schon andere Reaktionen einer Verkehrsreferentin der Stadt Graz erwartet bei diesen Verhandlungen, nämlich mehr Widerstand, mehr Kampf, ein klares Nein zu diesen Erhöhungen und entsprechende Protestmaßnahmen. Und eines auch, liebe Lisa, ich merke in letzter Zeit und nicht nur in letzter Zeit, dass dein Auge sich eher halt leider nur in Richtung Radfahrer richtet, aber ich möchte dir auch an dieser Stelle und im Zusammenhang mit dieser frappierenden Erhöhung dieser Karten schon auch noch eines mit auf den zukünftigen Weg einer Verkehrsstadträtin geben, in der Stadt Graz gibt es nicht nur Radfahrer, sondern es gibt auch Benützerinnen und Benützer des öffentlichen Verkehrs, es gibt Fußgänger und es gibt auch bitte Autofahrer, und aus diesem Grund bitte in Zukunft auch daran zu denken, dass du nicht nur Fahrradstadträtin bist, sondern Verkehrsstadträtin und da gehört mehr dazu und ich hätte mir den gleichen Kampf, den du hier immer wieder natürlich erfolgreich auch führst für zusätzliche Radwege, für zusätzliche Mittel, und heute hätten wir ja wieder 1,2 Millionen Euro für entsprechende Ausbaumaßnahmen des Radfahrverkehrs setzen können. Mir wäre es recht, wenn du endlich auch Geldmittel in die Hand nehmen würdest, um die

angekündigten und von dir schon sehr, sehr lange in Aussicht gestellten günstigeren Tarife für den öffentlichen Verkehr unterstützen würdest. In diesem Sinne ein klares Ja zur Dringlichkeit, ein klares Ja zum Inhalt dieses Antrages. Danke (*Applaus SPÖ und KPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ein klares Wort, weil du so klare Forderungen an mich stellst, lieber Klaus Eichberger. Wir haben in den letzten eineinhalb Jahren ungefähr 70 neue Fahrer und Fahrerinnen bei den Linien aufgenommen, das ist so ein kleiner Hinweis darauf, wo der Schwerpunkt im öffentlichen Verkehr sehr wohl ist, er ist nämlich im Ausbau, im mehr Kapazitäten Schaffen und damit auch mehr Angebot Schaffen, und wir haben einige Millionen hier herinnen in den letzten zwei/drei Jahren beschlossen hier im Gemeinderat, die wir zusätzlich zum bestehenden Verkehrsfinanzierungsvertrag für ÖV-Ausbaumaßnahmen an die Holding zahlen. Also ich möchte das nicht so stehen lassen, dass ich mich nur für den Radverkehr einsetze, ich setze mich für alle sanften Mobilitätsformen ein, und der öffentliche Verkehr ist mir wirklich ein Anliegen und ich verstehe den Ärger über diese regelmäßige jedes Jahr stattfindende Preiserhöhung im öffentlichen Verkehr. Nur eben, irgendwoher muss das Geld auch kommen für ein System, das Geld kostet und mir ist momentan aus der Not, die wir haben, dass wir Busse und Straßenbahnen haben, die in den Stoßzeiten, und das weißt du, weil ich weiß, dass du in der Früh auch manches Mal mit der Straßenbahn unterwegs bist, da treffen wir uns ja manchmal, dass dort für manche der Platz schon verdammt knapp wird, das heißt, in der Ausweitung der Kapazität und in dem Angebot, wo die Menschen dann wirklich auch einsteigen und dabei bleiben, nicht wieder aussteigen, weil es ihnen zu eng wird, liegt momentan wirklich ein eklatanter Schwerpunkt und eine Notwendigkeit, und hier geht momentan gar nicht wenig Geld hinein. Ich würde liebend gerne hier herinnen, und das würde jeder, der da heroben Tarife verantwortet, den populistischen Weg gehen und sagen, ja alles wird jedes Jahr billiger und wir machen alles noch billiger. In jedem

Bereich der Gebühren und Tarife finanzieren wir damit auch Kosten, für die wir in der öffentlichen Umverteilungsfrage nicht genug Geld kriegen. Gerade die Stadt Graz ist ein gutes Beispiel dafür, dass der ÖPNV relativ stark an den Gemeinden hängt und wenig vom Bund bis gar nichts kommt und vom Land derzeit, ich habe noch gar keine Rückmeldung vom Herrn Landesrat, ob überhaupt noch was kommen wird in dem Bereich, dass die Stadt unterstützt wird. Das heißt, wir müssen das selbst derheben und deswegen muss ich dazu stehen, dass es eine regelmäßige Fortentwicklung gibt, aber zu deiner Überraschung werde ich dir jetzt sagen, wir stimmen trotzdem der Dringlichkeit in diesem Fall zu, weil was mich genauso ärgert wie alle anderen ist, dass es eine Gesetzesgrundlage gibt auf Landesebene, die diese Tarifentwicklung vorsieht, bei der ich als Stadt Graz nicht einmal darüber mitreden kann, welche Formen der Tickets in welcher Form erhöht werden und das passt mir auch nicht. Deswegen werden wir der Dringlichkeit zustimmen (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kunden der Graz-Linien beklagen genauso wie jeder andere Nutzer von Energie, ob das jetzt Benzin, Diesel, besonders stark aber in Zukunft auch verstärkt der elektrische Strom sein wird, die Preisentwicklung im Energiebereich und für mich ist klar, dass natürlich diese speziellen Energiepreise viel stärker steigen als der allgemeine Verbraucherpreisindex, der hier anscheinend auch bei den Verbundtarifen mit den plus 50 % herangezogen wird. Was die Kunden, glaube ich, besonders aufregt ist, dass die Preiserhöhung, die immer wieder routinemäßig stattfindet, da nicht entsprechend ausgewiesen ist seitens der Betreiber, seitens des Verbundes, warum diese Preiserhöhung erfolgt beziehungsweise wie sie zustande kommt, wie sie berechnet wird. Das heißt, hier Transparenz einzufordern ist, glaube ich, das oberste Gebot, um hier Verständnis, aber auch Aufklärung und dann eine noch viel bessere und treffendere Kritik wirklich zur Sprache bringen, wenn hier Ungerechtigkeiten passieren. Und die Frau Vizebürgermeister hat in ihrer Zwischenantwort eigentlich

schon eine wesentliche Auskunft gegeben, die mich hellhörig gemacht hat. Sie hat nämlich gesagt, dass mit diesen höheren Preisen der Ausbau der Verbundlinien mitfinanziert wird, was im Umkehrschluss heißt, der Ausbau erfolgt nicht kostendeckend, nicht effektiv über zusätzliche Kunden, die der Verbund heranzieht, sondern durch allgemeine Preiserhöhung für das gesamte Netz wird dieser Ausbau zum Teil mitfinanziert kurz- und mittelfristig. Und ich denke, das ist eine Sache, die zu hinterfragen ist bei jeder Einzelmaßnahme, die gesetzt wird, inwieweit hier die Gesamtheit der Kunden wirklich belastet wird, um diese Maßnahmen zu treffen.

GR. **Mayr:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jedes Jahr wieder, das ist natürlich verständlich, dass das politisch eine schwierige Situation ist. Wir haben auf der einen Seite die gesetzlichen Rahmenbedingungen, die ausgehandelten Verträge und wir haben die Finanzierungsnotwendigkeit. Wir haben in dieser Gemeinderatssitzung die Busanschaffungen beschlossen, da sind wir fast im Bereich von einer Million Euro Investition, und die Frau Vizebürgermeisterin hat darauf hingewiesen auf die Bereitschaft zur Mitfinanzierung von Seiten des Landes, von Seiten des Bundes, wir sind auf die Finanzierung durch die Tickets im ÖV-Bereich einfach angewiesen. Auch für die Investitionen, für die Aufrechterhaltung des Betriebes, für die Wünsche nach zusätzlicher Taktverdichtung etc. Wir werden daher von der ÖVP-Fraktion der Dringlichkeit nicht zustimmen, wie wohl wir wissen, dass es auf der einen Seite schön wäre, wenn wir einen Spielraum hätten in dem Bereich, den die Frau Vizebürgermeisterin angesprochen hat, nämlich in der Tarifgestaltung zwischen den unterschiedlichen Tickets und wenn es auf der anderen Seite natürlich für die politische Welt nicht diese Unannehmlichkeit hätte, dass wir jährliche Tarifierpassungen durchführen. Auf der anderen Seite bieten die natürlich den Vorteil, dass die Tarifierpassungen auch relativ dezent durchgeführt werden können. Würden wir einmal drei/vier Jahre auf Tarifierpassungen verzichten, wäre das mit einem Schritt natürlich ein noch viel größerer Aufschrei. Also wir sehen nach wie vor

die Notwendigkeit auch für diesen zusätzlichen Finanzierungsanteil, wird vielleicht einmal anders ausschauen, wenn von Seiten des Landes auch eine zusätzliche Finanzierungsmöglichkeit, vielleicht auch hinsichtlich einer Abgabe in diesem Bereich, eröffnet wird und können daher der Dringlichkeit nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR. Sikora: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Mayr, du hast vollkommen Recht, jährlich grüßt das Murmeltier, was die Erhöhungen bei den Öffis betrifft. Wenn man bedenkt, dass 60.000 Menschen allein in der Steiermark in der Armut leben, dann ist das, glaube ich, ein weiteres Zeichen zur Entlastung dieser Personengruppe, die auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen sind und ich möchte vielleicht nur zum Abschluss noch illustrieren, was diese Erhöhung seit Beginn der jetzigen Legislaturperiode bis jetzt jeweils für diesen Personenkreis für Auswirkungen gehabt hat. Ich fange bei der Stundenkarte an, es bleibt ihnen nicht erspart, also die hat 2008 1.80 gekostet, kostet jetzt 1.90, die Zehn-Fahrten-Karte hat 2008 15.70 gekostet, kostet jetzt 17.60, das ist schon eine Differenz von 1.90, die Monatskarte 34.00, jetzt 38.20, das ist eine Differenz, die mehr zu zahlen ist von 4.20 oder, wenn man es gescheit macht, zwei Bier sogar, die Halbjahreskarte von 175 Euro auf 195 Euro, da ist die Differenz schon größer, sind wir bei 20 Euro und die Jahreskarte auf alle Fälle 316 Euro im Jahr 2008 und jetzt 352 Euro, das ist schon eine Differenz von plus 36 Euro und das muss sich einmal einer am Rande der Armut leisten, der auf die Öffis angewiesen ist. Freizeitticket ist um einen Euro erhöht worden und die Studienkarte von 89,50, die Viermonatskarte auf 94 Euro, das ist eine Differenz von 4.50 plus und die Sechsmonatskarte von 134,30 auf 141 Euro, das ist eine Differenz von 6,70. Ich meine, das muss einmal leistbar sein für Menschen, die in der Armut leben beziehungsweise die am Rande der Armut leben. Auf alle Fälle für all jene, die mit dem Antrag mitgehen, herzlichen Dank und das war es (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

9) Evaluierung des Leistungsumfanges von Zivildienern und Bundesheer für die Stadt Graz

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Im November 2010 habe ich einen Antrag eingebracht, der mit großer Mehrheit angenommen wurde, die allgemeine Wehrpflicht betreffend.

Seither wurde die Diskussion mit unterschiedlicher Intensität weitergeführt. Allerdings fand im Rahmen des politischen Diskurses die Bedeutung der allgemeinen Wehrpflicht für zahlreiche Gebietskörperschaften keine ausreichende Würdigung. Zweifellos sind kommunale Versorgungs- und Betreuungsaufgaben ohne die Mithilfe von Zivildienern ebenso wenig zu erledigen, wie auch die öffentliche Hand bei den meisten Katastropheneinsätzen nicht auf militärische Hilfe verzichten kann.

Wie auch immer die bevorstehende militärische Strukturreform aussehen wird, sie wird auch den sozialen und militärischen Versorgungsauftrag ausreichend berücksichtigen müssen. Seitens der Stadt Graz gilt es im Vorfeld einer entsprechenden Diskussion, die Bedeutung des Bundesheeres sowie jene von Zivildienern zu evaluieren und diese in der Folge darzustellen, um gegebenenfalls auch einen Überblick über den neu zu organisierenden Leistungsumfang zu haben.

Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Herr Bürgermeister Nagl wird im Sinne einer Gesamtschau ersucht, bei den zuständigen Ämtern einen Leistungsbericht im Hinblick auf zeitlichen Aufwand und allfällige Kosten in Auftrag zu geben, der sich auf sämtliche Leistungen von Zivildienern im städtischen Bereich sowie auf alle Leistungen des Bundesheeres im Rahmen von Katastrophenhilfe bezieht. Zudem wird Herr Bürgermeister Nagl gebeten, mit den zuständigen Stellen des Landes Steiermark in Kontakt zu treten, um eine analoge Aufstellung des oben erwähnten Leistungskataloges auch für das Land Steiermark anzuregen.

Der Gemeinderat wolle ferner beschließen:

Herr Bürgermeister Nagl wird ersucht, bei den zuständigen Stellen des Landes Steiermark anzuregen, die solcherart erarbeiteten Leistungsberichte als Gegenstand einer gemeinsamen Petition des Landes Steiermark und der Stadt Graz an das zuständige Bundesministerium zu richten, wobei hiermit erreicht werden soll, dass die bevorstehenden Maßnahmen militärischer Strukturreformen zumindest das bisher erbrachte Leistungsvolumen nicht gefährden. Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

GR. **Schneider** zur Dringlichkeit: Hoher Gemeinderat, Herr Bürgermeister! So wenig wir die politische Position der FPÖ in der Frage der Zukunft des Österreichischen Bundesheeres teilen, so sehr werden wir diesem Antrag zustimmen. Klingt paradox, ist es nicht, eine Übersicht über die Leistungen von Zivildienst und Bundesheer besonders auch im Zusammenhang mit Katastropheneinsätzen ist sinnvoll, dass das

gemacht wird, ist gut, es wird umso mehr zeigen beziehungsweise die Entscheidung erleichtern, wie genau diese Leistungen auch in anderer Weise erbracht werden können, ohne dass ein Zwangsdienst von den Bürgern dieses Landes verlangt wird und ohne dass im Hinblick auf Katastropheneinsatz und zivile Dienstleistungen an der Gesellschaft jemand mit einem Schießprügel herumrennen muss. In diesem Sinne Zustimmung der grünen Fraktion für Dringlichkeit und Antrag. Danke sehr (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

10) Verhinderung der drohenden Schließung des LKH Hörgas-Enzenbach

GR. **Schröck** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schröck**: Sehr geehrte Damen und Herren! Die geplante Schließung des LKH Hörgas-Enzenbach durch die steirische Landesregierung ist eine gesundheits- wie wirtschaftspolitische Bankrotterklärung und zerstört jegliche effiziente Reform des steirischen Spitalswesens. Gerade Hörgas-Enzenbach ist das beste Beispiel für ein spezialisiertes Schwerpunktkrankenhaus, ich gehe sogar so weit, gäbe es diese Spezialklinik noch nicht, man müsste sie eigentlich umgehend bauen. Es ist wirtschaftlich sinnvoll, die unzähligen Wald- und Wiesenspitäler nicht nur zu hinterfragen, sondern auf das Maß der gesundheitspolitischen Notwendigkeit zurückzustutzen. Aber gerade Hörgas-Enzenbach ist aber kein Wald- und Wiesenspital, sondern eine über die Grenzen der Steiermark hinaus bekannte und

renommierte Spezialklinik. Sowohl die personelle Qualifikation samt der jahrelangen Erfahrung als auch der Standort sind bestens geeignet und haben sich bewährt. In diesen Standort wurden und werden Millionen Euro investiert und nach wie vor eine neue Tuberkulose-Station gebaut. Dieser 18-Betten-Trakt geht Anfang Mai in Betrieb. Mehr als drei Millionen Euro kostet dieser Umbau, der aber bei einer Schließung des Spitals wertlos wäre. Die Zusicherung, dass die Tuberkulose-Station in das LKH-West kommen soll, löst bei den verantwortlichen Medizinern nur Verwunderung aus. Denn das Be- und Ablüftungssystem wurde eigens auf die Gegebenheiten in Enzenbach abgestimmt und konstruiert. Es wäre unmöglich, diese einfach in einen anderen Raum zu setzen und würde wieder enorm viel Geld verschlingen.

Das LKH Hörgas-Enzenbach ist also nicht nur ein hochspezialisierter Standort für Innere Medizin, sondern beherbergt auch eine stets ausgelastete Einheit zur Remobilisation. Darüber hinaus befindet sich in besagter Einrichtung eine der modernsten Pulmologie-Stationen des Landes, welche gerade durch das feinstaubgeplagte Grazer Einzugsgebiet von großer Wichtigkeit ist. Mich würde daher auch besonders interessieren, was der neue Gesundheitsstadtrat Müller zu diesem Thema zu sagen hätte und ihm somit auch zu seiner heutigen ersten Wortmeldung in diesem Haus verhelfen. Denn gerade Sie, Herr Stadtrat Müller könnten heute beweisen, dass sie nicht der Appendix einer sparwütigen rot-schwarzen Landesregierung sind, sondern ihr neues Amt hier in diesem Hause auch ernst nehmen.

Ich stelle daher folgenden

dringlichen Antrag:

Die Stadt Graz fordert die steirische Landesregierung auf, ihre Schließungspläne betreffend Hörgas-Enzenbach zu verwerfen und aufgrund der offensichtlichen Unentbehrlichkeit besagter Einrichtung eine Standortgarantie abzugeben.

GRin. Mag.^a **Ennemoser** zur Dringlichkeit: Im Zuge der Strukturreform des steirischen Spitalswesens blieb der Großraum Graz auch nicht unberührt und es ist ja nicht so, dass einfach willkürlich irgendwelche Krankenhäuser geschlossen werden, sondern die Intention ist, die kleinstrukturierte Versorgungslandschaft zu bündeln und die Qualität in Zukunft auch zu halten. Es ist auch nicht so, dass die jetzt von heute auf morgen geschlossen werden, sondern der Plan ist, dass bis 2020 dieses durchgeführt wird, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben Garantie, dass sie übernommen werden. Beide Häuser werden siedeln nach Graz ins LKH-West und auch ins LSF. Für Graz natürlich auch ein Vorteil, daher werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen, weil es ja auch jetzt kein Grazer Thema ist (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GR. Grosz: Wie viele Feinstaubtote haben wir in Graz?

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Kollege Schröck! Wir werden sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zustimmen, wobei wir uns einmal ein Argument, was du gebracht hast, wollen wir einmal außer Acht lassen, das ist natürlich ein bisschen widersinnig ist, ein relativ modernes Spital zu bauen und dann in den nächsten Monaten oder Jahren das wieder zu schließen. Für uns zählt eigentlich mehr oder minder das Argument der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung, und leider ist feststellbar, dass die Tuberkulose wiederkehrt, wie gesagt, wenn man die Opernliteratur sich anschaut, es gibt fast keine Oper, wo nicht jemand im zweiten und dritten Akt schon husteln anfangt und dann weiß man, was im vierten Akt mit dem dann ist, weil Tuberkulose war ja in den letzten Jahrhunderten eine sehr stark ausgeprägte Krankheit, die Gott sei Dank im 20. Jahrhundert fast zum Erliegen gekommen ist und jetzt leider wieder sehr stark im Kommen ist. Hat natürlich auch

damit zu tun und wird natürlich sicher wahrscheinlich wieder zu einem kleinen Aufschrei führen, aber hat natürlich auch damit zu tun, dass natürlich doch ein enormer Zuzug aus Ländern kommt, die medizinisch nicht so gut versorgt sind, Beispiel, heute schon oft zitiert worden, 1. Mai, also mit dem Zuzug ist natürlich auch teilweise eine wiederaufflammende Krankheit bei uns zu vermerken und aus diesem Grunde sehen wir uns voll in der Lage, deinem Antrag zuzustimmen, weil uns die Bevölkerung am Herzen liegt und die Gesundheitsversorgung, wir glauben, dass es wichtig ist, ein Spital, das sich eben so speziell auf diese Sache konzentriert hat, nicht zu schließen, um eben der Bevölkerung zu zeigen, dass sehr wohl auch der Grazer Gemeinderat hinter der Gesundheitsversorgung steht. Deshalb Zustimmung zum Antrag und zur Dringlichkeit (*Applaus FPÖ*).

GRin. **Binder**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die grüne Fraktion wird diesem Antrag auch zustimmen, sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt. Einerseits deswegen, weil, wie schon jetzt mehrfach betont, es sich hier um ein wirklich sehr modern ausgestattetes Spezialkrankenhaus handelt. Zweitens ist keineswegs von der zuständigen Landesrätin ein Konzept erarbeitet, eine Vision erarbeitet, wo es überhaupt hingehen sollte in den nächsten Jahren mit der Gesundheitsversorgung. Selbstverständlich gehört da aber auch, um ein Konzept zu erarbeiten, dazu, dass auch die Betroffenen miteinbezogen werden, und wie ich mich schlaue machen konnte, gerade in Hörgas-Enzenbach ist es so, dass bei der Unterschriftenübergabe kein Wort mit den Betroffenen gesprochen wurde. Also an Ignoranz kaum zu überbieten. Unsere Zustimmung haben Sie (*Applaus Grüne und BZÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Georg Schröck, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Auch ich stimme als unabhängiger Gemeinderat der Dringlichkeit und dem Antrag zu,

habe auch diesbezüglich bereits in der letzten Gemeinderatssitzung eine Bürgermeisteranfrage in diese Richtung gestellt. Wir haben sicherlich enorme Probleme angehäuften in den letzten Jahrzehnten strukturelle Natur, allein, wenn ich an den Bezirk Liezen denke, jeder hat mit Änderungen gerechnet in dem neuen RSG, aber wenn man in Richtung Schließung gedacht hat, ist eigentlich kaum einem bis gar keinem das LKH Hörgas-Enzenbach eingefallen, dass hier wirklich Handlungsbedarf besteht, weil die Positionierung ist einzigartig gut ausgerichtet auf Fachbereiche, auf Spezialisierungen, auch in Richtung (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) alter Patienten mit der Reha-Station, die wir dringend brauchen. Das Personal ist gut, die ärztliche Führung ist gut. Aus der äußeren Sicht, ohne jetzt ein Eingeweihter zu sein, würde man auf den ersten Blick sicherlich hier nicht diesen großen Handlungsbedarf erkennen, wie vielleicht bei dem einen oder anderen Standort und aufgrund der Bedeutung für Graz, für den Großraum Graz, aber auch für die Stadt Graz werde ich diesen Antrag gerne unterstützen in der Dringlichkeit und im Antrag. Danke.

GR. **Schröck:** Es ist eigentlich sehr traurig, weil es halt immer wieder gleich abläuft. Die Partei, die es eigentlich jahrelang in der Hand gehabt hätte, für strukturelle Veränderungen zu sorgen, die es in der Hand gehabt hätte, auch vernünftige Einsparungswege zu finden, die echauffiert sich dann leider wieder am meisten, wenn es dann darum geht, dass eine andere Partei sich dieses Problems annimmt. Die ÖVP behauptet dann auch tatsächlich in Form von der sehr geschätzten Verena Ennemoser quasi hier als fleischgewordenes Placebo dann der Grazer Volkspartei, dass es doch tatsächlich kein Grazer Thema wäre, wenn es hier um feinstaubbelastete Menschen geht, die hier in Hörgas auch betreut werden. Jahrzehntelang erworbene medizinische und wissenschaftliche Kompetenz geht hier den Bach hinunter, eine bestens ausgelastete Spezialklinik mit bestem Ruf in bester Lage wird geschlossen, weil angeblich kein Geld da ist. Was da ist, ist viel potentieller

Baugrund und eine Landesregierung, die budgetmäßig aus dem letzten Loch pfeift. Dagegen steht aber eine neue drei Millionen teure TBC-Station, dagegen steht Frischluft statt Feinstaub, dagegen stehen über 38.000 Unterschriften, die wir, die aber leider, wie wir gehört haben, nicht einmal ernst genommen werden, mit diesen Menschen wird nicht einmal das Gespräch gesucht, steht dagegen eine pulmologische Intensivstation, eine RCU für Langzeitbeatmete, und was vor allem dagegen steht, kein tatsächliches Einsparungspotential. Bitte also um Zustimmung zur Dringlichkeit und zum Inhalt. Danke.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Umfangreiche Initiativen für das Tierschutzhaus Arche Noah in Graz

GR. **Grosz** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Grosz**: Hoher Gemeinderat! Ein Wort zum vorigen dringlichen Antrag sei mir kurz gestattet, zumal es eh meine Redezeit betrifft. Wir haben, wenn wir eine Gesundheitsreform machen, dann diese, dass man die Spezialkliniken, qualitativ hochwertigen Klinik erhält und das ist intelligent. Wald- und Wiesenspitäler, wie es Georg Schröck gesagt hat, sind wirklich unnötig, und das hat ja eine Strategie der steirischen Bürgermeister gegeben der letzten 30 Jahre, entweder er hat sich mit einem Kreisverkehr verewigt oder mit einem eigenen LKH. Und das fällt uns finanziell am Schädel, aber dass wir jetzt dort einsparen, wo sich qualitativ hochwertige

Einrichtungen ergeben haben mit einem exzellenten Ruf, wo der Standort aufgrund der Luftqualität besonders gut ist, wo Millionen Euro jetzt investiert werden, damit es dann gesperrt wird oder wie viele vermuten, schlichtweg verschachert, weil solche Kreaturen wie der Herr Köck am österreichischen Gesundheitswesen hinter einer Partei stehen, die gezielt nichts anderes tun als solche Spitäler aufzukaufen, nachdem vorher eine politische Schließungsdiskussion stattgefunden hat, das kann nicht im Interesse der Aufrechterhaltung der Gesundheit der Österreicherinnen und Österreicher oder der Steirerinnen und Steirer sein.

Zum Thema: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Thematik Tierschutz. Wir haben die letzten Wochen wieder einmal mehr erlebt, dass Südösterreichs größter Tierschutzverein in den Schlagzeilen ist. Einerseits wird zu Recht kritisiert, dass es keine Quarantänestation gibt, zu Recht wird kritisiert, dass es einen Überbelag gibt, zu Recht müssen wir aber feststellen, und der geschiedene, politisch geschiedene, wohl gemerkt, Stadtrat Herper, hat es sich selbst angesehen das Tierschutzhaus Arche Noah, haben wir das Problem, dass öffentliche Behörden Tiere mit Tieren in das Tierschutzhaus Arche Noah beschicken und genau diese öffentlichen Behörden sich schlussendlich aufregen, dass es einen Überbelag gibt. Das Amt der steirischen Landesregierung und das Veterinäramt der Stadt Graz sagt, es gibt keine Quarantänestation, und auf der anderen Seite sind das aber dieselben Behören, die die Auszahlungen für einen Neubau der Quarantänestation in der Höhe von mehr als 200.000 Euro verhindern. Unser Herr Finanzstadtrat erklärt uns heute, dass die Stadt Graz im Jahr 13.900 Euro an die Arche Noah leistet...

Zwischenruf unverständlich:

GR. **Grosz:** Wie? Kollegin wie? Passt schon, die SPÖ ist noch ein bisschen konfus, verstehe ich, ...13.900 Euro leistet und die Tierrettung kostet allein im Jahr 109.000 Euro. Die Tierrettung, die die Arche Noah im Auftrag der Stadt Graz erfüllt, was haben wir, wenn wir sie nicht hätten, dann haben wir halt herrenlose Tiere in der Stadt, die herumlaufen, das will auch keiner. Dieses Institut erfüllt die Aufgabe, zu der die öffentliche Hand schlichtweg nicht in der Lage ist. Und selbstverständlich löst der Überbelag Probleme aus, veterinärmedizinische, hygienische Probleme und selbstverständlich löst auch das Fehlen einer Quarantänestation Probleme aus im täglichen Betrieb der Arche Noah. Das, was wir wollen, ist, dass dieses Tierschutzhaus auch in Zukunft seine Arbeit exzellent erfüllt, wir wissen, es gibt dort vereinsinterne Probleme, das ist aber nicht Aufgabe der Politik, sondern die hat jeder Verein für sich selbst zu lösen, das was die Politik lösen muss, ist eine Sicherstellung nach allen Maßgaben des Veterinärrechts, nach allen Maßgaben des Bundestierschutzgesetzes, dass die Arche Noah in Zukunft gut arbeiten kann. Wir haben noch dazu besonders die kuriose Situation, dass wir in Graz einen Amtstierarzt, wie den Herrn Dr. Hejny haben, der einerseits der Kontrollor in Sachen Veterinärmedizin ist, quasi die Behörde, die Amtsperson und auf der anderen Seite im gleichen Bereich eine Tierärztelepraxis betreibt, was ein klassischer Fall von Unvereinbarkeit ist, damit wird sich der neue Stadtrat Müller beschäftigen müssen, das sei auch gesagt. Wir wollen eine finanzielle Absicherung, wir wollen auch die Zusammenarbeit der Behörden der Stadt Graz mit dem Land Steiermark.

Daher bringe ich folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g

ein, der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Die Stadt Graz bekennt sich zu einem umfassenden Tierschutz und fordert daher im Sinne des Motivenberichtes die finanzielle Sicherstellung der steirischen

Tierschutzhäuser, insbesondere des Grazer Tierschutzhauses beim Land Steiermark ein. Das für den Tierschutz zuständige Stadtsenatsmitglied wird aufgefordert, gemeinsam mit den Vertretern des Landes Steiermark eine tragbare Lösung für die Sicherstellung des Betriebes des Grazer Tierschutzhauses zu erzielen. Insbesondere sollen der Bau einer Quarantänestation sowie die faire Abgeltung der Kosten für die Tierrettung im Mittelpunkt einer gemeinsam erzielten Lösung sein. Ich ersuche Sie um Zustimmung.

GR. Herper: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Gerald Grosz! Ich bin heute milde gestimmt, heute Abend, und nachdem du auch engster Mitarbeiter von Mag. med. vet. Herbert Haupt gewesen bist, kennst du die Sachlage seit Jahr und Tag, die mir auch seit vielen Jahren bekannt ist, ob aus journalistischer Zeit oder in politischer Begleitung oder jetzt bis heute Mittag als verantwortlicher Stadtrat für das Veterinäramt. Wir werden sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt die Zustimmung geben, obwohl vieles, was du hier angeregt hast und als Missstand oder als Mangelerscheinung anprangerst, von mir bereits eingeleitet oder vorbereitet worden ist und in Arbeit ist, weil uns der Tierschutz und die Tiere natürlich am Herzen liegen. Es hat nicht nur der Berichterstattung erst bedurft, sondern es hat vor allem auch der Vorsprachen, der Mails, der Reaktionen der Spaziergängerinnen und Spaziergängern, der ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind es gewesen, die die Kritikpunkte, die du aufgezeigt hast, auf die ich dann reagiert habe. Ich habe am 6. April einen Besuch bei der Arche Noah vorgenommen, mich größtenteils über den positiven Eindruck, habe ich auch kundgetan. Herbert Oster, den Obmann kenne ich ja schon seit vielen Jahrzehnten, habe mit ihm, mit dem Führungsteam, mit dem Generalsekretär Mag. Moser eine Besichtigung, einen Lokalausweis durchgeführt und auch Gespräche anschließend geführt vor Ort. Ich habe aufgrund dessen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) am 11. April eine ExpertInnenrunde eingeladen, an der nämlich

nicht nur die Vertreter des Veterinäramtes, der Bau- und Anlagenbehörde, sondern auch die Fachabteilung 10a vertreten war und das Büro von Landesrat Hans Seitinger und die Tierschutzombudsfrau Frau Dr. Fiala-Köck. Über die Situation die finanzielle hat der Finanzstadtrat dir schon geantwortet. Wir haben vereinbart, und das am 11. April, und Herbert Oster war damit einverstanden in Zusammenarbeit zwischen Stadt und Land, dass wir den Stand der Tierhaltung natürlich reduzieren müssten, dass wir die Vergabe der Tiere nachvollziehbar gestalten werden und müssen, auch in Zusammenarbeit mit den Tageszeitungen, die hier im besonderen Maße angesprochen sind und sich schon in bewährter Weise eingesetzt haben. Es wird auch einen Bescheid über Vorschlag des Landes geben, wie die Hunde täglich zur vorgeschriebenen Zeit ausgeführt werden müssen und auch die Namen der Spaziergängerinnen und Spaziergeher protokolliert werden und es wird auch Sorge getragen werden, dass die Qualifikation der Tierpfleger und Tierpflegerinnen vorhanden sein wird. Und was das Wichtigste ist, und das ist dein Anliegen auch und mein Anliegen auch immer gewesen, es gibt einen guten Vorschlag, dass wir einen Quarantänecontainer einrichten, das wird von beiden Seiten aus geprüft sowohl von der Arche als auch von Behördenseite aus und ich glaube, wir sind auf gutem Weg; eine nächste Runde dieses runden Tisches wird es jetzt demnächst mit meinem Nachfolger geben. Was die Angriffe betrifft von Beamten des Veterinäramtes, so will ich die nicht kommentieren, ich bin mit dem Bürgermeister einer Meinung und ich habe auch dementsprechend bei der Magistratsdirektion veranlasst, dass wir zwischenzeitig die Umstände der Nebenbeschäftigung, die eingetreten sein könnten, überprüfen wollen und werden und ob eine andere Beurteilung als bisher geboten erscheint. Anwürfe, die ungerechtfertigterweise vorhanden sind, lehne ich ab, ich will eine Überprüfung durch die Magistratsdirektion, das, was du forderst, habe ich eingeleitet und vorbereitet und die Zusammenarbeit mit dem Land und mit den zuständigen Stellen. Danke Gerald (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Molnar**: Werter Gemeinderat! Inhaltlich vom Motivenbericht möchten wir uns, unsere Fraktion, teilweise distanzieren, aber dem Inhalt selber stimmen wir natürlich voll zu, der Förderung des Tierschutzes. Wir möchten aber noch eines bitte festhalten, weil wir heute auch mit Förderungsmissbrauch in dem Bereich gesprochen haben, wir möchten auch dazu sagen, dass das auch von Fördergeldern finanziert wird und aber auch, dass die Arche Noah eine Tierklinik betreibt, die laut Statuten nur aus...

Zwischenruf GR. Schröck: Ich habe keinen Hund gesehen, der JVP-Mitglied war.

GR. Mag. **Molnar**: Genau richtig. Ein bisschen aufpassen, Herr Kollege, weil sonst...Aber wie gesagt, es geht darum um die Tierklinik, es geht um die Tierklinik, die nur intern ist und für sozial schwache Tierbesitzer gedacht wird, aber Faktum ist, dass jeder hier, wie ich auch weiß Familie Grosz, habe ich schon öfter gehört, auch diese in Anspruch nimmt und das da sollte man sich einmal überlegen, ob das das Richtige ist, es werden hier von Tierärzten gewisse Sätze untergegangen, die man am freien Markt auch Steuer dafür zahlen und das sollte man vielleicht in diesem Bereich einmal auch überprüfen, dass hier quasi Steuergelder richtig eingesetzt wird. Aber inhaltlich stimmen wir quasi hier zu. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Grosz**: Ich möchte nur eines kurz festhalten, Kollege Molnar: Zu der finanziellen Unregelmäßigkeit, die offenbar Thema war, die war heute nicht Thema, auch nicht in der Fragestunde, die Arche Noah wird geprüft durch die Österreichische

Bundeskammer der Wirtschaftstreuhand, durch deren Präsidenten und erhält das Spendegütesiegel Jahr für Jahr nicht zuletzt durch eine Initiative des scheidenden Vizekanzlers und Finanzministers, um die Absetzbarkeit von Spenden zu erreichen, vielleicht irgendwann einmal. Des weiteren ist sie im Jahr 2009/2010 vom steirischen Landesrechnungshof geprüft worden und alles für in Ordnung befunden worden und dass du sagst, dass meine Familie, ich mit meinen zwei Hunden aus der Arche Noah, die Tierklinik der Arche Noah in Anspruch nehme, stimmt, und zwar ich begründe wie folgt: Wohne in Gösting, Anton-Kleinoscheg-Straße, ich habe zwei Hunde der Arche Noah. Ein Hund davon war im vorigen Jahr sehr krank, er konnte nicht mehr gehen, die Hinterbeine sind zusammengebrochen. Ich habe die dortige Tierärztin angerufen beziehungsweise mein Vater hat sie angerufen, die hat gesagt, bringen Sie den Hund in die Ordination, ich denke ja gar nicht daran, dass ich komme. Damit ist die dortige Tierärztin für die Behandlung meines Hundes für alle ewigen Zeiten gestorben. Ich richte mein Leben so ein, dass ich der Dame nicht mehr begegne und jeder, der einen Hund hat oder ein Viech hat, ein schutzbefohlenen Tier, wird auch so reagieren. Und ich bin mit den Hunden genau dorthin gefahren, wo ich sie hergeholt habe, nämlich in die Tierklinik, die geleitet wird von einem sehr guten Veterinärmediziner vom Herrn Moser, Dr. Moser. Im Gegensatz zu den sozial Bedürftigen, bei denen der Herr Oster sagt, na, na passt schon, weil das Mutterl sagt, was soll ich mit meiner Katze, zahle ich dort für die medizinischen Indikationen, ich zahle ordnungsgemäß und ich spende und ich zahle den Mitgliedsbeitrag. Also nicht, dass da der Geruch überbleibt, der Grosz macht da Lobbying für die Tierschutzklinik, dass Steuergeld hinunterfließt, dass er seine Hunde gratis behandeln kann, so denkt vielleicht ein ÖVPLer, ich nicht. So wie der Schelm denkt, so ist es. Übles dem, der Übles dabei denkt, ist ein alter Wappenspruch des Hauses Windsor. Übles dem, der Übles dabei denkt. Also ich bin nicht auf die Idee gekommen, ich glaube, ich habe ausführlich geschildert, warum ich die qualitativ hochwertige Einrichtung der Tierschutzklinik für richtig halte und wie sehr ich die Kritik durchaus unterstütze, dass man sagt, für die Hofratsgattin kann es nicht gratis sein. Wir wissen, dass die Tierklinik mit dem jovialen, mit der Tätigkeit des dortigen Präsidenten, machen wir schon, passt schon, ja bringen Sie her das Hunderl,

na klar, das wissen wir. Ich habe gesagt, es gibt Probleme im Verein, die muss der Verein selber klären, es gibt Eigenheiten, die Personen über 30 Jahre begleiten unter anderem diesen Präsidenten. Man wird ihn nicht mehr ändern, aber man kann irgendwann einmal seitens der öffentlichen Hand sagen, danke für das, was du 30 Jahre getan hast und nicht ständig Woche für Woche, jährlich grüßt das Murmeltier, eine Schmutzkübelkampagnen über Ehrenamtliche darüberfahren, nämlich 36.000 Mitglieder, Spaziergängerinnen und Sparziergänger, das ist nicht in Ordnung. Ich danke für die breite Unterstützung des Antrages.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 20.45 Uhr den Vorsitz.

12) Evaluierung der bereits bestehenden Rad- und Fußwege sowie der Verkehrserziehung in städtischen Volksschulen bevor verkehrspolitischer Aktionismus fortgesetzt wird

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Mariacher**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht zum Thema Evaluierung der bereits bestehenden Rad- und Fußwege sowie der Verkehrserziehung in städtischen Volksschulen, bevor verkehrspolitischer (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) Aktionismus fortgesetzt wird. Wir haben den Aktionismus ja immer

wieder erlebt bei wichtigen Themen, ich habe auch in der letzten oder einer der letzten Sitzungen darauf hingewiesen, dass diese Themenentscheidung seinerzeit aus dem Jahr 2007 nicht mehr aktuell ist und überarbeitet werden müsste. Wir haben Fiascos erlebt im öffentlichen Verkehr, ob das die Haltestellen betroffen hat, die Anzeigetafeln, die immer wieder defekt sind, ob das die Variobahn betrifft, ob das die Zahlautomaten betrifft in den Straßenbahnen, die jetzt zu langen Warteschlangen in den Garnituren führen. Wir haben aber auch gesehen, dass im Individualverkehr de facto nichts weitergeht, sich die Situation verschärft, Rot- statt Grünphasen. Wir haben Umweltbelastungen auch durch den Quarz von den Straßenbahnen, wir haben Straßenlöcher, die zu Autoschäden führen und zusätzlichem Lärm, wir haben den Parkplatzsuchverkehr und, und, und, die Liste wäre eigentlich beliebig fortsetzbar. Bevor also hektisch, ohne ausreichend zu überlegen, weiterer Aktionismus mit weiteren Rad- und Fußwegen usw. gemacht wird, sollte ein Schwerpunkt gesetzt werden zugunsten der Sicherheit unserer Kinder und Jugendlichen und das Bestehende, bereits Gemachte evaluiert werden, nämlich genau geschaut werden, wo entsprechende Gefahrenpotentiale da sind entsprechend dem Verkehrsgeschehen und dem Verhalten der Kinder und Jugendlichen. Auch das Thema Radfahren von Kinder und Jugendlichen hat sich auch das Kuratorium für Verkehrssicherheit angenommen und genau meine Position unterstützt, die ich in seinerzeitigen dringlichen Antrag hatte, nämlich eine entsprechende Radhelmpflicht für Kinder und Jugendlichen zu fördern, die Mehrheit der Bevölkerung ist hier hinter dieser Aussage. Es zeigt sich also, es besteht nicht nur ein gesetzlicher Änderungsbedarf in so manchen Bereichen, sondern ist auch ein Bedarf da, im Bereich Verkehrserziehung in städtischen Volksschulen entsprechend zu evaluieren und entsprechende Verbesserungspotentiale aufzuspüren, die beitragen könnten, unter anderem die Anzahl und die Schwere der Unfälle von Kindern und Jugendlichen zu reduzieren. Nach Abschluss dieser Evaluierung sind die sich daraus ergebenden Handlungsbedarfe zu Lasten eben von Neubauten anzugehen, priorisiert anzugehen, denn bevor Neues in Angriff genommen werden soll, ist das Bestehende zu überprüfen und zu optimieren und hat dabei endlich die Zielerreichung in messbarer

Form Einzug zu halten. Das heißt, die Grazer Verkehrspolitik gehört meines Erachtens massiv professionalisiert, ein weiteres Abgehen von diesem Ansatz, nämlich ein Durchwurschteln wie bisher, erscheint mir als Antragsteller, als unabhängiger Gemeinderat keinesfalls mehr als zulässig.

In diesem Zusammenhang stelle nachfolgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht die für den Verkehr zuständige Stadtsenatsreferentin Vizebürgermeisterin Rücker um Prüfung der bestehenden Einrichtungen, insbesondere auch des bestehenden Rad- und Fußwegenetzes und Regelungen auf Basis einer nachvollziehbaren und messbaren Zieldefinition unter Berücksichtigung des real gegebenen Verkehrsgeschehens und die damit verbundenen Gefährdungslagen, insbesondere für Kinder und Jugendliche.

2. Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht die für das Stadtschulamt zuständige Stadtsenatsreferentin Mag.^a Grabner um Prüfung der bestehenden Einrichtungen und Regelungen auf Basis einer nachvollziehbaren und messbaren Zieldefinition, der Strategien und Maßnahmen sowie der didaktischen Konzepte und der zugehörigen Umsetzung im Rahmen der Verkehrserziehung in den städtischen Volksschulen.

3. Beide Stadtsenatsreferentinnen mögen bis spätestens zu Beginn der Sommerferien mitteilen, welche Vorschläge ihrerseits bestehen und was seitens der Stadt Graz veranlasst werden kann, um Verkehrserziehung und Radhelmpflicht sowie auch Zustandskontrolle der Räder sowie der besonders von Kindern und Jugendlichen benützten Verkehrswege zu optimieren, damit nach Möglichkeit der Gemeinderat der Stadt Graz gegen Schulbeginn im Herbst 2011 rechtzeitige und wirksame Entscheidungen treffen kann.

Ich ersuche die Mitglieder des Gemeinderates um Annahme. Danke.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Lärmpegel ist wieder inzwischen so groß geworden, dass wahrscheinlich diejenigen, die zuhören wollen, überhaupt nichts verstehen. Ich bitte um Aufmerksamkeit, das ist der letzte dringliche Antrag, wir sind alle in der selben körperlichen Verfassung und ich glaube, es gebührt einfach auch der entsprechenden Aufmerksamkeit für die Rednerinnen und Redner, dass wir ihnen ein bisschen zuhören.

GR. **Grosz** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, dass Sie mir helfen, ernsthaft. Ich lese Ihnen jetzt kurz etwas vor, ich beschäftige mich seit gestern damit: „Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht die für das Stadtschulamt zuständige Stadtsenatsreferentin Stadträtin Mag.^a Grabner um Prüfung der bestehenden Einrichtungen und Regelungen auf Basis einer nachvollziehbaren und messbaren Zieldefinition, der Strategien und Maßnahmen sowie der didaktischen Konzepte und der zugehörigen Umsetzung im Rahmen der Verkehrserziehung in den städtischen Volksschulen. Tut mir leid, geht nicht, also ich kann inhaltlich keine Würdigung abgeben, weil ich es nicht verstehe und daher bitte ich Sie eindringlich, mir intellektuell offenbar gänzlich benachteiligtem, armen, einfachen Gemeinderat der Stadt Graz zu helfen, dass ich es verstehe. Ich habe dann versucht, vielleicht im Motivenbericht irgendwo einen Bezug darauf zu finden auf einmal das Wort Stadträtin Grabner, ihren Bereich, was sie tun soll und ich finde es nicht. Nur, noch einmal, der Gemeinderat soll sich und darf sich nicht selbst ad absurdum führen, deswegen ersuche ich den Gemeinderat Mariacher eindringlich, ich gehe gerne mit ihm mit, ich stimme allem zu, alles keine Frage, nur mir bitte behilflich zu sein, mir zu sagen, um was es da überhaupt geht. Das wäre ein nettes Entgegenkommen, weil die Sprachbarrieren doch nicht so groß sind, sage ich einmal, die intellektuellen, möglich, das merkt man, man gäbe einem Menschen einen Duden und er benutzt ihn, aber ich

verstehe es wirklich nicht. Ersten Punkt stimmen wir zu, drittem Punkt stimmen wir auch zu, weil wir es gelesen haben, verstanden haben und unterstützen können. Zweiter Punkt wegen Unleserlichkeit derzeit ein großes Fragezeichen.

GR. **Mayr**: Die ÖVP stimmt nicht zu.

Zwischenruf GRin. Binder: Habt ihr es nicht verstanden?

GR. **Mariacher**: Ganz kurz auf die Frage vom Kollegen Grosz. Lösen wir es einmal in Einzelteile auf. Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht die Stadträtin Grabner, sie ist für das Stadtschulamt zuständig, das ist auch entsprechend drinnen. Natürlich hat das Stadtschulamt, hat Graz entsprechende Zieldefinitionen, Strategien und Maßnahmen, die gilt es inklusive der didaktischen Konzepte, die in den Volksschulen zur Anwendung kommen, zu hinterfragen und zu untersuchen, ob hier Verbesserungspotentiale bestehen, die einfach aufgegriffen werden können, um die Verkehrserziehung, und es geht hier um unsere Kinder, unsere Volksschulkinder, einfach zu verbessern, damit einfach mehr Sicherheit, weniger Unfälle, weniger schwere Unfälle einfach entstehen, das ist die Zieldefinition dieses Antrages und das war gemeint.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Wir haben damit die dringlichen Anträge alle durch. Ich darf folgende Mitteilung machen, und zwar haben sich die Fraktionen im Gemeinderat geeinigt darauf, dass die Anträge, und das sind deren 26, sowie die Anfragen an den Bürgermeister, und das sind deren 17, als eingebracht gelten (*allgemeiner Applaus*). Sie liegen selbstverständlich alle beim Herrn Polz für das Protokoll und sie sind auch durchgelesen worden und sie werden geschäftsordnungsmäßig zugeteilt.